

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboller 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 722.6. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72.01

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Bfg., bei Platzvorkauf 40 Bfg.
Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Bfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Bfg. bei Platzvorkauf 50 Bfg., Reklamezettel 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

„Fachminister“

Demagogie im Reichstag

Berlin, 8. März.

Unter dem Schrei „Fachminister“ an die verantwortlichen Stellen des Staates, wurde der Rapp-Butsch inszeniert, und bei jeder neuen Bildung eines Reichskabinetts haben die Deutschnationalen immer wieder diesen Ruf erhoben. Seit den Dezemberwahlen von 1924 haben sie nun zweimal an der Regierung teilgenommen, um den Schrei nach Fachministern endlich verwirklichen zu können. Die Betreuung der Innenpolitik war dereinst das unveräußerliche Privileg der Konservativen. Als nun ihren Nachfolgern unter dem neuartigen, gepinselten Firmenschild der Deutschnationalen Volkspartei das Innenministerium in die Hände fiel, da fanden sie keinerlei Rat. Zuletzt wählte Graf Westarp in seiner Verzweiflung denjenigen aus, der ihm als nächster in die Arme lief. Das war der im Rapp-Butsch gestraufelte Landrat und Rittergutsbesitzer Herr v. Reudell. Er wurde dann zum „Fachminister“ ausgerufen, mit dem Erfolg, daß selbst seinen besten Freunden die Haare längst zu Berge stehen. Reudell ist der größte Verfallener in den neun Ministerien seit Gründung der Republik.

Das ergab sich im Verlaufe all der politischen Affären, in die Herr v. Reudell während seiner einjährigen Dienstzeit so reich verwickelt war. Der Fachminister mußte von seinen Räten gekostet werden. In seinen Räumen sammelten sich die unerledigten Akten zur Gaurisankarhöhe an. Seine vollkommene Unfähigkeit hat der „Fachminister“ bei den Debatten im Haushaltsausschuß über seinen Etat erneut dargestellt. Was er da über die Flaggfrage, den Gewissenszwang der Beamten, über die Kulturprobleme und über

Duende von anderen Dingen gestammelt hat, war so außerordentlich „eindrucksvoll“, daß der „Fachminister“ im allgemeinen Lärm zuletzt überhaupt nicht mehr zu verstehen war. Zuletzt wurde im Plenum des Reichstages die Frage der „Fachminister“ in aller Breite aufgeworfen. Die Debatte entspann sich um den Verkehrsminister, Herrn Dr. hon. c. Koch, dessen fachmännische Qualitäten am Tage vorher vom volksparteilichen Abgeordneten Mittelmann angezweifelt worden waren. Darob entspann sich nun ein grotesk wirkender häuslicher Streit zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei. Ausgesprochen einer der Hauptstreiter der Westarpratation, Dr. Quaaß, der bis zu den Wahlen im Mai 1924 der Volkspartei zugehörte, griff all die Argumente auf, die bisher von der Sozialdemokratie im Kampf um die Fachminister ins Feld geführt worden waren. Und ausgesprochen der Volksparteiler Mittelmann hielt den Deutschnationalen in seiner Antwortnote den Spiegel vor. Waidler Hohm ist sonst über alle Minister ausgeschüttet worden, die aus den Kreisen der Arbeiter kamen. Wie viele wurden niedergeheißt gerade in Sachen, allwo die volksparteilichen Leipziger Neuesten Nachrichten im Vordergrund dieses Kampfes standen.

Nun aber verneigt sich Herr Dr. Quaaß vor dem Ehrendoktorhut, der Herr Koch wegen seiner Verdienste in der Ruhrkampagne verliehen worden ist. Und Herr Koch besitzt die Qualitäten des Fachministers wie sein Kollege, Herr v. Reudell, dem alle Wege offen standen und der dennoch ein allerseits unbestrittener großer Verfallener ist. „Es ist manchmal gut, wenn der Minister kein Fachmann ist“, hieß es dereinst auf der linken Seite. Nun sind die Deutschnationalen zu der gleichen Erkenntnis gelangt. Die Erfahrungen waren freilich niederdrückend. Spät kommt ihr, doch ihr kommt...

beklagen, denn sie hätten ja der Daseinsfrage der Reichsbahn zugestimmt. Als die 750 000 deutschen Eisenbahner der Fuchtel der Franzosen ausgeliefert wurden, haben die Gewerkschaften nicht einen Finger gerührt; als aber Rathenau erschossen wurde, haben sie wegen dieses einen toten Juden den Generalkrieg proklamiert. (Lebh. Entrüstungsgedebungen, Rufe: „Unerschämter Hege!“ — Präsident Webe ruft den Redner zweimal zur Ordnung.)

Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.). Er habe nicht den von ihm geschätzten Dr. Koch persönlich treffen wollen, sondern nur seine Tätigkeit als Verkehrsminister. Sehr interessant war mir, so fährt der Redner fort, die Bemerkung des Abg. Dr. Quaaß, daß es weniger auf die Schulbildung ankomme als auf die Schule des Lebens. Ich habe dazu aus vollem Herzen Bravo! und sehr richtig! gerufen, denn das ist auch mein Standpunkt. Herr Dr. Quaaß hat aber diesen Standpunkt nicht immer eingenommen (Sehr wahr! links). Ich erinnere daran, wie er und die Deutschnationalen über den „Sattlergesellen“ Ebert und den „Schlosser“ Severing hergefallen sind (Lebh. Zustimmung links). Wie sie sich entkühlt haben, wenn ein Arbeiterkandidat Landrat wurde. (Sehr wahr! links.) Ich habe die Heranziehung tüchtiger Arbeiter zu solchen Posten immer begrüßt. So weit gehe ich allerdings nicht, daß ich fachmännische Qualitäten für überflüssig oder gar schädlich bei einem Minister halte. So hat auch Herr Dr. Quaaß nicht gedacht, als er Mitglied unserer Fraktion war; das hat er erst bei den Deutschnationalen gelernt (Heiterkeit).

Reichsverkehrsminister Dr. Koch erklärt, er wolle auf diesen Streit um seine Person nicht eingehen. (Zuruf des Abg. Dr. Reichscheid (Soz.)). — Es wirkt eigenartig, wenn ein sozialdemokratischer Doktor sich in den Chorus mischt. Die sozialdemokratische Presse hat in dieser Beziehung auch manches getan, dessen sie sich später schämen wird.

Um 17.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 14. März, vertagt.

Die Dauerkrise in Mecklenburg-Strelitz

WTB Neustrelitz, 8. März.

In der heutigen Sitzung des Landtags gab Staatsminister v. Reibnitz im Namen des Staatsministeriums eine sehr eingehende Erklärung über das Programm der neuen Regierung ab. Im Anschluß daran kam der von Deutschnationalen, Demokraten und Handwerkern in der vorigen Sitzung eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die beiden neuen Staatsminister zur Abstimmung. Dem Minister Freiherrn v. Reibnitz wurde das Vertrauen mit 19 gegen 16 Stimmen, dem Minister Dr. Heipert mit 18 gegen 16 Stimmen versagt. Nach längerer, sehr erregter Debatte wurde der Antrag der Deutschnationalen, den beiden Ministern die Weiterführung der Geschäfte zu entziehen, mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Der Kampf um den Verkehrsminister

Deutschnationale gegen Volkspartei

Berlin, 8. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 13 Uhr. Die zweite Beratung des Verkehrs-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Giesberts (Ztr.) bezeichnet es als falsche Sparjamkeit, wenn beim Ausbau der Verkehrsmittel gespart wird. Der Reichsbahn müßten die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die zum Ausbau ihrer Betriebsmittel, vor allem zur Verbesserung des Wagenmaterials notwendig sind. Eine Ermäßigung der Gülertarife werde nur möglich sein, wenn bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur die Einnahmen der Reichsbahn sich steigern. Die Straßen müssen so verbessert werden, daß sie den sich täglich steigenden Lastkraftwagen-Verkehr ertragen können, sonst fügen eines Tages in kleinen Orten die dauernd erschütterten Häuser zusammen.

Abg. Dr. Wieland (Dem.) vermißt bei der Verkehrspolitik des Reiches ein klares Ziel. Die in der Luft liegende Tarifserhöhung der Reichsbahn würde verhängnisvoll für die Wirtschaft sein. Die Reichsregierung müsse dafür sorgen, daß die Reichsbahn auf dem Anselwege Mittel für die dringenden Beschaffungen erhält, damit ihre Einrichtungen nicht verwaisten. Ueber den Mittelstandes sei festzustellen, daß keine Verständigung zwischen Reich und Preußen erzielt worden.

Abg. Dr. Quaaß (Dtn.) wendet sich gegen die geistige Bemerkung des Abg. Dr. Mittelmann gegen den Verkehrsminister, daß mit dem Amt nicht das nötige Wissen übertragen worden sei und daß deswegen seit dem Ausscheiden des Ministers Dr. Krohne das Verkehrsministerium in der Schätzung der Öffentlichkeit verloren habe. Hierzu erklärt Abg. Dr. Quaaß: Es kommt nicht darauf an, welche Schule ein Mann durchläuft, sondern wie er sich in der Schule des Lebens bewährt. (Beifall d. Dtn. u. links.) Ich kenne keinen häßlicheren Hochmut als den Hochmut der Bildung (erneute lebh. Zustimmung links). Was die wissenschaftliche Bedeutung betrifft, so hat der jetzige Verkehrsminister den Ehrendoktorhut einer Unversität erhalten, eine Auszeichnung, auf die Sie, Herr Dr. Mittelmann, wohl noch sehr lange werden warten müssen (Heiterkeit). Den früheren Minister Dr. Krohne habe ich in jeder Weise unterstützt. Um so mehr hätte man von Dr. Mittelmann eine gewisse Courtoisie gegen seinen Nachfolger erwarten müssen. Gerade bei der Beteiligung an den Kraftverkehrsvergesellschaften und bei anderen von Dr. Mittelmann besonders scharf kritisierten Dingen hat der jetzige Minister nur die Politik seines Vorgängers fortgesetzt. Es ist manchmal recht gut, wenn der Minister kein Fachmann ist. Es war von Dr. Mittelmann also möglich, die Parallele zu ziehen zwischen Dr. Krohne und dem jetzigen Minister, dessen erfolgreiche Tätigkeit wir übersehen können (Abg. Dr. Reichscheid (Soz.): „Ein schöner Reklolog!“). Wir sind gar nicht bestrebt, noch lange von dieser Stelle aus zu regieren, wir möchten recht bald hier so statische Personifikationen sehen wie Sie, Herr Dr. Reichscheid (Heiterkeit).

Abg. Giesche (Komm.) nennt den Minister den Subventionsminister, von dem die kapitalistischen Unternehmungen sagen konnten: „In seinen Augen hat er so was Gutes, wenn man von ihm was haben will, er tut es!“ (Heiterkeit.) Von diesen Subventionen habe leider das Reichsbahnpersonal nichts gehabt. Der Redner kritisiert dann eingehend die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Eisenbahnpersonals.

Abg. Mollath (Wirtsch. Bgg.) begrüßt es, daß die Reichsbahn-

gesellschaft dem Reichstag Gelegenheit gegeben habe, durch die Besprechung mit einem Interfraktionellen Ausschuss wertvolle Einblicke, vor allem in finanzwirtschaftlicher Beziehung, zu erhalten. Der Redner wendet sich gegen die Uebertragung von Bahnhofsverwaltungen an die Mitropa.

Abg. Dauer (Bagr. Sp.) fordert einen Ausbau der bahnrischen Bahnlinien. Es sei erfreulich, daß eine Tarifserhöhung nicht beabsichtigt ist.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) meint, die übrigen Parteien hätten kein Recht, sich über die Verhältnisse bei der Reichsbahn zu

Der Berliner Elektro-Kampf

Schlichtungskomödie

Arbeiter und Techniker solidarisch

Die Erklärung der Metallarbeiter-Vertreter, daß dieses „Monstrum von Schiedspruch“, das am Mittwoch im Berliner Werkzeugmacherverein gefaßt wurde, unannehmbar sei, hat sich inzwischen zu dem Beschluß verdichtet, den Schiedspruch abzulehnen. Die Unternehmer dagegen haben den Schiedspruch angenommen, und der Schlichter von Groß-Berlin, der Reichswirtschaftsminister a. D., Freigewerkschafter und Parteigenosse Rudolf Wissell, hat die Parteien für den heutigen Freitagnachmittag zu neuen Einigungsverhandlungen eingeladen.

Die Verbindlichkeitsklärung würde, wenn die Ausführungen des Vorwärts dazu einen Sinn haben sollen, unbedingt eine offene Stellungnahme der Schlichtungsinstanz zugunsten der Unternehmer bedeuten. Juristisch soll eine Verbindlichkeitsklärung eigentlich überhaupt nicht möglich sein. Die Erklärungen, die aber die Boffische Zeitung dazu abgibt, lassen erkennen, was denn nun eigentlich hinter der ganzen Schlichtungsgeschichte in diesem Falle steckt. Die Boff ist der Meinung, daß die Verbindlichkeitsklärung „in diesem etwas kompliziert liegenden Fall die Verhandlungssform regelt, in der die Lohnfrage weiter behandelt werden soll“ und daß sie damit „für beide Parteien einen Verfahrens-wang“ schafft. Diese formale Bedeutung hatte der Schiedspruch überhaupt. Und darin liegt ein offener Hochmut gegenüber den Werkzeugmachern.

Nach dem Schiedspruch, der selbst keinerlei Lohnfestsetzungen vornahm, soll in den Betrieben über die Löhne verhandelt werden. Diese „Entscheidung“ ist zustande gekommen durch die Stimmabgabe von zwei der drei in diesem Schiedsverfahren tätigen „unparteilichen Beisitzer.“ Für diese „Entscheidung“ stimmten der Gewerberat Körner und der Minister a. D. Köth, dagegen stimmte der Genosse Robert Schmidt. Da die Uebereinstimmung zwischen Körner und Köth vorauszusetzen und die Einstellung Körners vorweg bekannt war, so liegt das Komödien-spiel ziemlich klar. Die Schlichtungsverhandlungen waren aber um so mehr ein Komödienpiel, als die Empfehlung, in den Be-

trieben über die Lohnfrage zu verhandeln, vollständig die Tariffrage ignorierte, daß dies schon zweimal, und zwar jedesmal erfolglos geschehen ist.

Es ist schon so, daß die im Verein Berliner Metallindustrieller tonangebenden Elektrofirmer unter keinen Umständen tarifmäßige Abmachungen wollen. Einer der Wortführer der Elektrofirmer, der Minister a. D. von Raumer, hat noch erst am Montag im Reichstag einen Tarifvertrag für die Elektrowirtschaft als ein Übel erklärt. Also die Elektrofirmer wollen keine tarifmäßigen Abmachungen. Ihnen gegenüber hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband wirklich ein außerordentliches Maß von langmütiger Verhandlungsbereitschaft bewiesen. Das nach dem Scheitern so vieler Verhandlungen durchgeführte Schlichtungsverfahren durfte deshalb, wenn man nicht eine Arbeiterfeindschaft des Schlichtungswesens mit geradezu brutaler Deutlichkeit demonstrieren wollte, nicht ohne eine Lohnfestsetzung enden. Aber wie gesagt, es endete trotzdem mit dem in der L. B. bereits mitgeteilten Schiedspruch, der den Metallarbeitern materiell in keiner Weise voranhielt, ihre Kampffreiheit aber in unerträglicher Weise behindern soll.

Nun ist eine beträchtliche Ausdehnung des Kampfes zu erwarten. Weitere Werkzeugmacher werden aus den Betrieben gezogen, weitere Arbeiter werden von den Firmen der Berliner Metallindustrie auf die Straße gesetzt werden. Der Vorwärts ist der Meinung, daß die Zahl der zum „Feiern“ kommenden Arbeiter 200 000 betragen wird und daß indirekt noch weitere Zehntausende von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit verurteilt sein werden.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat in einer großen Kundgebung bereits die Parole ausgegeben: „Arbeiter und Angestellte gehören in eine Front!“ In einer Erklärung versichern die Mitglieder des Bund, daß sie den von den Berliner Werkzeugmachern geführten Kampf als den ihren betrachten und „Streikarbeit jeder Art unter allen Umständen ablehnen“ werden. Die Unternehmer, die in der Bezahlung keinen Unterschied machen zwischen dem Mann an der Wertbank und Maschine und dem, der im technischen Bureau am Reißbrett steht, sollen die Auswirkungen in kräftigen Solidaritätsbeweisen der technischen Angestellten zu spüren bekommen.

Die Mitschuld der Demokraten

Dr. Reinhold und die Phoeбусaffäre

H. So oft in der Öffentlichkeit über den Phoeбус-Scandal gesprochen wird, weisen die deutschnationalen Zeitungen darauf hin, daß demokratische Minister an der Vorgeschichte der ganzen Angelegenheit nicht ganz unbeteiligt gewesen seien. Sicher waren es nur Andeutungen, die erfolglos, doch jetzt werden die Herren demokratisch und in einer offiziellen Erklärung der deutschnationalen Pressestelle heißt es:

„Die Wahrheit ist, daß die Phoeбус-Angelegenheit die Hin- und Hergeratenheit früherer Kabinette darstellt, an denen einige Freunde jener Blätter, die sich heute als Retter fiskalischer Anstalten aufspielen, maßgeblich beteiligt waren.“

Diesem leichtfertigen Wind mit dem Zaunpfahl stehen nun die demokratischen Organe ruhig ein, ohne irgendwie darauf näher einzugehen. Daß an der Behauptung der deutschnationalen Pressestelle doch nicht nur etwas, sondern sehr viel dran sein muß, beweist eine sehr interessante Nachricht im 8. Uhr-Abendblatt. Da heißt es in einer großen zweispaltigen Überschrift: „Das Reichsamt hat von den Geschäften Lohmanns gewußt und für sie gebürgt.“ Dazu schreibt das bürgerliche Abendblatt wörtlich: „Während der letzten Debatte über den Phoeбус-Scandal ist wieder einmal die Behauptung laut geworden, der damalige Reichsfinanzminister Dr. Peter Reinhold habe von den Vorgängen gewußt und der Geldhergabe an die Phoeбус-Film-Gesellschaft zugestimmt.“

Dann schildert Herr Reinhold selbst die Ereignisse um die Phoeбус-Angelegenheit, wie er sie aufgefaßt haben will. Eines schönen Tages sei der Kapitänleutnant Lohmann zu ihm gekommen und hätte bei ihm angeregt, „den Phoeбус durch eine Darlehnshingabe gleichzeitig vor der Heberfremdung zu schützen und für nationale Zwecke zur Verfügung zu haben.“ Herr Reinhold hat nun abgelehnt, für diese Angelegenheit Mittel anzufordern und glaubt darum jetzt behaupten zu dürfen, damals seine Pflicht erfüllt zu haben.

Wir möchten demgegenüber Herrn Dr. Reinhold fragen: Konnten Sie sich nicht denken, was es mit den „nationalen Zwecken“ des Kapitänleutnants Lohmann auf sich hatte? Haben Sie es daher nicht für ihre Pflicht gehalten, vom Reichswehrminister Dr. Geßler und dem Admiral Jenckes sofort Aufklärung über diese Angelegenheit zu verlangen?

Herr Reinhold erklärt weiter:

„Später kam der Kapitänleutnant Lohmann noch einmal zu mir und erklärte mir, daß die Marineleitung keine Mittel mehr für den besagten Zweck benötige. Die Angelegenheit sei so geregelt, daß die Girozentrale dem Phoeбус ein Darlehen von drei Millionen zur Verfügung stelle, das der Phoeбус in Raten zurückzahlen. Für dieses Darlehen habe das Reichsamt formelle Bürgschaft übernommen, sich aber durch eine Rückbürgschaft bei der Agnosc-Aktiengesellschaft gesichert, so daß für das Reichsamt keinerlei Zahlungen in Frage kämen. Sollte das gegen alle Voraussetzungen — also beim Verstoß sowohl des Phoeбус wie der Agnosc-A.G. — trotzdem nötig werden, so verpflichtete sich das Reichsamt, ohne Staatserklärung solche Zahlungen aus seinem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu leisten.“

Und wir haben Herrn Reinhold weiter zu fragen: Haben Sie es in dem Augenblick nicht für Ihre Pflicht gehalten, auf Aufklärung zu dringen, wo das Reichsamt durch seine Garantie-Geschäfte ermöglicht hat, die mit der Reichsmarine nicht das geringste zu tun gehabt haben? Haben Sie als Reichsfinanzminister nicht gewußt, daß eine Bürgschaft nicht formell, immer höchst realer Natur ist? Daß Sie das im fraglichen Augenblick geglaubt haben, soll jemand glauben? Warum haben Sie damals nicht in einer Sitzung des Reichskabinetts Protest gegen die Geschäfte des Herrn Lohmann erhoben?

Die Angelegenheit wird aber noch schlimmer für Reinhold und seine Partei. Er muß nämlich weiter gestehen:

„Einige Zeit später überreichte mir Herr Kapitänleutnant Lohmann dann eine Girozentrale gegenüber ausgestellte Bürgschaft des Reichsamtmarines, zu der der damalige Reichswehrminister Dr. Geßler sein schriftliches Einverständnis erklärt hatte, und ersuchte mich, das gleiche zu tun, da aus formellen Gründen die Summe sonst von der Girozentrale nicht ausgehört würde.“

„Da die ganze Angelegenheit also lediglich eine Reffortfrage des Reichswehrministeriums war, ohne daß von dem Reichsfinanzministerium irgendwelche außer- oder überetatmäßigen Mittel beantragt wurden, hatte ich keinen Anlaß, dieser Aktion zu widersprechen.“

Herr Dr. Reinhold hat also der Bürgschaft seine Zustimmung gegeben, Herr Dr. Reinhold hat so, da ohne ihn die Bürgschaft nicht gewährt worden wäre, die Hingabe von drei Millionen Mark an die Phoeбус direkt ermöglicht. Herr Reinhold gehörte demnach zu den wenigen Republikanern Deutschlands, die von den Filialgeschäften des Reichsamtmarines überhaupt etwas wußten. Er wußte, daß die Marinestellen Filialgeschäfte zumind. „vermitteln“, daß sie mit ihren Mitteln, bzw. durch ihre Garantie, die ja Bargeld bedeutete, die ganze Sache erst ermöglichen. Herr Reinhold wußte auch, das muß er zugeben, daß „nationale Zwecke“ in Frage kamen. Die Angelegenheit war demnach weit mehr als eine „Reffortfrage“, wie er es jetzt so gerne glauben machen möchte.

Wir haben folglich Herrn Dr. Reinhold zu fragen:

Warum haben Sie als Minister und überzeugter Republikaner nicht gegen die Filialgeschäfte der Phoeбус, von denen Sie, wie Sie zugeben, wenigstens etwas — immerhin aber genug! — wußten, Protest erhoben? Warum haben Sie es zugelassen, daß das Reichsamtmarines derartige Geschäfte durchführt? Warum haben Sie sich nicht näher für die „nationalen Zwecke“ des Herrn Kapitänleutnants Lohmann interessiert? Warum, Herr Reinhold, haben Sie nicht früher gestanden, daß eine Garantie, die dem Reiche drei Millionen kostete, durch ihre Unterschrift erst ermöglicht wurde?

Solange Herr Dr. Reinhold auf diese Fragen keine klare, eindeutige Antwort gegeben hat, müssen wir ihn und die Deutsche Demokratische Partei als Mitschuldige an dem Phoeбус-Scandal betrachten.

Noch keine Phoeбусbilanzen

SPD Berlin, 8. März.

Die Direktion der Phoeбус-A.G. erklärte gestern auf der Generalversammlung, daß sie wegen Überlastung weder die Bilanz für 1926 (1) noch für 1927 hätte fertigstellen können.

Was müssen sich für merkwürdige Dinge hinter den Kulissen dieses „nationalen“ Filialunternehmens abgespielt haben, wenn die Direktion so das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat!

Gröner ist über alles unterrichtet

Die B.Z. am Mittag hatte am Donnerstag die Behauptung aufgestellt, daß der Reichswehrminister in der Phoeбус-Angelegenheit offenbar nicht genügend unterrichtet sei. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle erklärt, daß der Minister über alle Einzelheiten der Angelegenheit informiert ist. Zu den in der Presse verbreiteten Nachrichten über ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren in der Phoeбус-Angelegenheit wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß in der Reichsanwaltschaft von einem derartigen Ermittlungsverfahren nichts bekannt sei.

Wenn die Staatsanwaltschaft sich tatsächlich noch nicht für den Scandal interessiert haben sollte, ist es die allerhöchste Zeit, daß sie sich nun darum kümmert.

Herr Gröner schafft Ordnung!

So meint er das!

Hochverratverfahren in verkehrter Front

Von einem Kenner der republikanischen Reichsmarine wird der Sozialdemokratischen Korrespondenz geschrieben:

Der neue Reichswehrminister, Herr Gröner, hat am vergangenen Sonntag im Reichstag eine Rede gehalten, in der er sich mit der Verbindung der Organisation Consul mit der Reichsmarine befaßte. Er fand die schärfsten Worte des Tabeis für die Angehörigen dieses Geheimbundes. Am darzutun, was er, der neue Mann, der des Vertrauens aller Republikaner würdig sei, schon getan habe, teile er mit, daß ja wegen der ganzen Vorgänge bei der Marine und wegen dieser Verbindung einzelner Kommandostellen mit der OC beim Reichsgericht in Leipzig „ein Verfahrn sich webe“. Er habe einen Offizier nach dort entsandt, um sich nach dem Stande dieses Verfahrens zu erkundigen.

Ueberall im republikanischen Lager erntete der Herr Reichswehrminister ob dieser Energie ein hohes Lob. Ist nun der Herr Reichswehrminister über die Dinge, wie sie wirklich liegen, tatsächlich so schlecht unterrichtet gewesen, daß er sich von diesem Verfahren in Leipzig etwas versprach?

Dieser Prozeß richtet sich gar nicht gegen die beschuldigten Offiziere,

sondern er wurde, ein bezeichnendes Novum, gegen die Zeugen angesetzt, die es genau hatten, bei der Polizei gegen die Offiziere der Reichsmarine belastende Aussagen zu machen!

Was ist es also nun wirklich mit dem Verfahren?

Nach dem zusammengebrochenen Stillerputz wandte sich der frühere Führer der Organisation C in Schleswig-Holstein, der Rittmeister a. D. Lieder, an die politische Polizei Preußens und bat, man möge ihn zu den Vorgängen im Jahre 1923, in dem auch in Schleswig-Holstein ein Staatsstreich geplant war, vernehmen. Er tat des, weil er mittlerweile die Treulosigkeit der OC-Führer erkannt hatte und weil sich in ihm inzwischen die Ueberzeugung gebildet hatte, daß all das, was er im Auftrage der OC in den vergangenen Jahren getan hatte, nicht zum Wohle Deutschlands gewesen war. Er bekannte also freiwillig vor der Polizei alles, was er an politischen Antrieben begangen hatte, stellte schonungslos die Namen sämtlicher, noch aktiven, mitschuldigen Marineoffiziere zur Verfügung und bat, man möge dafür Sorge tragen, daß diesen

Offizieren, die er gründlich durchschaut hatte, das Handwerk gelegt würde.

Die politische Polizei überlieferte die Akten zur weiteren Veranlassung dem Herrn Oberreichsanwalt, der diese ausbreitlich angefordert hatte. Was geschah nun weiter? Würde gegen die schwerbeschuldigten Offiziere das Verfahren eröffnet oder ging man zunächst im Disziplinarwege gegen sie vor? Letztere man eine Untersuchung darüber ein, wohin diese Herren zahllose Mengen von Kriegsgeschütz verfrachtet hatten und disponierte man sie für die Zeit der Unternehmung vom Dienst?

Reinweges! Nichts von alledem geschah. Die meisten der in diese Angelegenheiten verwickelten Offiziere wurden sogar befördert, aber da naturgemäß Strafe sein muß, so handelte man und — erhob gegen den Rittmeister, der keine Aussagen aus freien Stücken gemacht hatte, um weiteren Schaden für das Reich zu verhindern, die Anklage wegen — Hochverrat und nicht nur das, sondern auch gegen die seiner Unterführer, die mit ihm im Einverständnis ebenfalls vor der Polizei ausgefragt hatten. Es war ja so einfach: diese Leute hatten ja selbst erkannt, daß sie schuldig waren und um die ganze Größe ihrer Straftat auch völlig zu klären, vernahm man als Zeugen bzw. informatorisch die angeschuldigten Marineoffiziere!

Somit ist alles vollständig verdreht! Der Rittmeister und seine Kameraden werden vielleicht dafür bestraft, daß sie durch ihr Verhalten der preussischen Regierung die Möglichkeit gegeben haben, gegen diesen Wust von politischen Intrigen und Korruptionsaffären einzuschreiten, aber die schuldigen Offiziere der Reichsmarine wurden bisher nicht belangt! Durch die Worte des Ministers ist im Volke der Eindruck erweckt worden, als ob ein Verfahren gegen die Offiziere bereits im Gange sei. Demgegenüber muß also nothwendig festgestellt werden, daß nichts, aber auch gar nichts gegen diese inzwischen beförderten Herren vor sich geht! Nach dieser Feststellung ist zu hoffen, daß sich der Herr Minister einmal persönlich von dem hier wiedergegebenen Stand dieses Verfahrens überzeugen. Es ist weiterhin dringend zu fordern, daß er sehr bald mitteilt, was nun wirklich gegen seine von Rittmeister Lieder des Hochverrats beschuldigten Untergebenen geschieht!

Wir enthalten uns vorläufig jeden Kommentars zu dieser Darstellung, die wir für unglaubwürdig halten würden, wenn man auf diesem Gebiet nicht schon allenthalben für unmöglich gehaltenes erlebt hätte. Wir sind aber begierig zu erfahren, was Herr Gröner und der Reichsanwalt dazu zu erklären haben.

Der Krieg in Arabien

Die vorliegenden Nachrichten geben immer noch kein klares Bild über die Lage in Arabien. Es scheint, daß man in London bemüht ist, mit Ibn Saud eine Verständigung herbeizuführen. Die Proklamierung des heiligen Kriegs durch Ibn Saud hat sich nicht bestätigt; Kämpfe sind jedoch im Gange. Die Mitteilungen John Philips geben einen interessanten Hinweis auf die politischen Hintergründe dieses Kampfes. Danach sind die verantwortlichen englischen Politiker doch nicht die unschuldigen Lämmer, als die sie jetzt erscheinen möchten. — Die wichtigsten Meldungen lauten:

WTB Jerusalem, 8. März.

Das Sekretariat der Regierung von Palästina gibt bekannt, daß sich das Gerücht, Ibn Saud habe den heiligen Krieg ausgerufen, nicht bestätigt.

WTB London, 9. März.

Der bekannte britische Arabienkenner St. John Philby, der britischer Hauptvertreter in Transjordanland von 1921 bis 1924 war, dröhrt der Daily News and Westminster Gazette aus Djiddah über die Lage an der Irakgrenze: „Zuverlässigsten Informationen zufolge hat das Befehlen der Behörden des Irak und des Transjordanlandes auf dem Bau von Forts an der ganzen Westgrenze den Beduinestämmen erste Besorgnis verursacht. Die augenblickliche Beunruhigung ist allein auf den Bau des Busajra-Forts an der Grenze von Rebbid zurückzuführen. Der allgemeine Eindruck in Djiddah ist, daß Großbritannien wünscht, die Vertragsgrenzen für den Bau einer strategischen Eisenbahn von Utaba nach Basra auszuweiten. Die Verwirklichung einer solchen Absicht würde allgemeine Erregung verursachen und Ibn Sauds Bemühungen, die Stämme zu beruhigen, erschweren. Es heißt, daß Sir Gilbert Clayton, der letztes Jahr für Großbritannien den Djiddah-Vertrag abgeschlossen hat und sich zur Zeit in London befindet, nach Djiddah kommen wird, um die Lage zu erörtern. Das würde zweifellos die beste Lösung sein, weil jeder Bruch der Vertragsverpflichtungen zum Schaden der Unabhängigkeit Arabiens erste Ursachen verursachen würde. Ibn Sauds Haltung ist vollkommen freundschaftlich. Er protestiert nur gegen Aktionen, die die Stämme beunruhigen. Die Annahme, daß Ibn Saud seine Autorität über die Stämme verliere, ist lächerlich.“

II London, 8. März.

Die Kampflage an der Grenze des Irak-Gebietes und Transjordanien hat sich in den letzten 24 Stunden erheblich zugespitzt. Nach den letzten Berichten aus Basra haben die Wahabiten mehrere Dörfer in Transjordanien eingenommen. Eine britische Abteilung mit Panzerwagen und Flugzeugen ist außerhalb der Wüste von Roweit stationiert worden. In informierten Londoner Kreisen verlautet, daß in Kürze Verhandlungen mit Ibn Saud eröffnet werden sollen, um Klarzustellen, welche Fragen er neu geregelt wissen will.

Englische Hilfstruppen gegen Ibn Saud

II London, 8. März.

Die Regierung von Palästina trifft nach Berichten aus Jaffa beschleunigte Vorbereitungsmaßnahmen gegen eine feindliche Bewegung des Wahabitenführers Ibn Saud gegen Transjordanien. An der transjordanischen Grenze wurde der Kriegszustand verhängt. Alle auf Urlaub sich befindlichen Offiziere und Mannschaften sind gestern zurückgerufen worden. Die in Kamle in Palästina stationierte zweite Panzerwagenkompanie der britischen Luftstreitkräfte ging gestern abend nach Amman ab. Aus Ägypten sind Truppen und Flugzeuge von denen jedes 20 Mann lassen kann, nach Amman abgefordert worden. Feindliche militärische Bewegungen der Anhänger Ibn Sauds sind bisher noch nicht festgestellt worden.

Die Lage in Ägypten

Demonstrationen in Kairo

II London, 9. März.

Die Lage in Kairo hat sich weiter zugespitzt. Den streikenden Studenten haben sich rasch zahlreiche Jugendliche angeschlossen, die sich am Donnerstagvormittag vor dem Hauptquartier der Wafd-Partei versammelten, wo es zu einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Polizei war mit Stahlhelmen ausgerüstet und trieb die Schüler unter Gebrauch von schweren Stöcken zurück. Drei der Demonstranten wurden schwer, 25 leichter verletzt. Die Polizei hatte 8 Verwundete zu verzeichnen. Bei dem Versuch, die Studenten eines amerikanischen Kollegs mit in den Streik zu ziehen, was von diesen abgelehnt wurde, wurden die Türen des Gebäudes zerstört und die Fenster Scheiben eingeschlagen. Die Schüler einer anderen Schule verbrannten drei Automobile, unter ihnen das des ägyptischen Polizeibefehlshabers.

Kaditsch provoziert Sturm

Belgrad, 8. März.

In der Stupschina kam es heute gelegentlich der Behandlung balkanischer Fragen zu hitzigen Szenen. Kaditsch sagte wörtlich: „Serbien hat den Weltkrieg wegen der Abria entfesselt, und jetzt vernachlässigt es die Adriaküste.“ Die Stupschina-Mehrheit drang in Entlastungsruhe gegen Kaditsch aus. Einzelne Abgeordnete drangen auf Kaditsch ein. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verurteilte Kaditsch seine Worte abzuschwächen. Es soll hinzugefügt haben, nicht die Serben trügen die Schuld am Kriege, sondern einzelne begeisterte bosnische Jünglinge.

Bier Todesurteile in Moskau

Moskau, 8. März.

Das Moskauer Oberste Kriegsgericht führte in den letzten Tagen einen aufsehenerregenden Prozeß durch. Im Juli 1926 brannten die Schneidemühle der Papierfabrik und zahlreiche andere Gebäude des „Lenin“-Papierwerkes in Dubrowsk ab. Der Schaden betrug über 1½ Millionen Rubel. Vier verhaftete Brandstifter, Angehörige des Werks, sagten aus, im Auftrage des finnländischen Agenten Charlie Bugenhot gehandelt zu haben. Das Gericht verurteilte alle vier unter Ablehnung der Anwesenheit zum Tode durch Erschießen, mit der Begründung, ein abwesend's Urteil sei notwendig, da in letzter Zeit Sabotage- und Brandstiftungen gegen russische Fabriken und Industriewerke sich häuften.



Der Sozialismus in Argentinien

Seine Entwicklung und Erfolge

Von Doktor F. Teufel, Buenos Aires.

Angesichts der starken, ja geradezu leidenschaftlichen Anteilnahme, mit der man in den Kreisen des argentinischen Sozialismus die Ereignisse in der deutschen Sozialdemokratie verfolgt und bei dem außerordentlichen Interesse, mit dem vor allen die argentinischen Sozialisten sich über die Vorgänge auf sozialistischem Gebiete in Deutschland zu unterrichten suchen, ist wohl die Annahme berechtigt, daß man auch bei den deutschen Sozialdemokraten näheres über das Wesen und die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Argentinien zu erfahren wünscht. Die sozialistische Partei Argentiniens ist eine der lebendigsten und zukunftreichsten Parteien des Landes, die erst vor kurzem im Fall Sacco und Vanzetti den Beweis ihrer Kraft und ihrer idealen Gesinnung gegeben hat, als sie es trotz heftigem Widerstand in der Deputiertenkammer durchsetzte, daß die Kammer einen energischen Protest an das nordamerikanische Repräsentantenhaus richtete.

Wenn man dem deutschen Leser von der sozialistischen Partei Argentiniens berichten will, ist es notwendig, eine kurze Aufklärung voranzujuden. Die Verhältnisse in Argentinien sind ganz anders gelagert als in Deutschland. Das Deutsche Reich ist ein dichtbevölkerter Staat mit großen Industriebezirken, mit vielen volkreichen Städten, die eng aneinanderliegen. Argentinien dagegen ist ein riesiges, dünnbesiedeltes Land, das sich von den Tropen bis fast zur Südpolargrenze erstreckt, in dessen Bezirken vorwiegend Viehzucht und Landwirtschaft getrieben werden, und wo die Entwicklung der Industrie noch in den ersten Anfängen steht. Zwischen den einzelnen Städten liegen weite, einsame Strecken; große Gebiete sind von der Eisenbahn noch nicht erschlossen und die Verbindungswege sind oft spärlich und unzureichend. Unter diesen Umständen muß Buenos Aires, die Bundeshauptstadt, auch politisch eine ganz andere, viel bedeutendere Rolle spielen als etwa Berlin, die Reichshauptstadt. Buenos Aires hat ungefähr zwei Millionen Einwohner; es ist der Haupthafen des Landes und sein Einwanderungstor, und hier liegen die meisten Industriewerke. Was sich politisch in Argentinien ereignet, spielt sich in der Hauptsache in Buenos Aires ab.

Argentinien ist ein junger Staat, in dem ununterbrochen ein Strom von Einwanderern aus allen Teilen der Welt, vor allem aber aus Spanien und Italien fließt. Die aus vielen heterogenen Elementen zusammengesetzte Masse der Bevölkerung konnte erst nach und nach den einheitlichen Begriff des Argentiniers hervorbringen, nachdem der Druck der Lebensbedingungen und die Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung eine Homogenität in der Weltanschauung und in der Stellung des einzelnen zu den besonderen Verhältnissen des Landes geschaffen hatte. Der Kapitalist tritt überall mit einer fertigen Sache auf, während die arbeitende Klasse sich erst mühsam ihren Platz erobern und ihren Ansprüchen Geltung verschaffen muß.

Das prägt sich ganz besonders in einem so jungen Lande wie Argentinien aus, wo alle Begriffe eigentlich neu geschaffen werden müssen. So kam es, daß in Argentinien das Bürgertum sich längst einen breiten Platz an der Sonne erhascht hatte, als die große Masse der wertvoll schaffenden Bevölkerung zum Bewußtsein ihrer selbst und ihrer Rechte gelangte. So entstand die sozialistische Bewegung in Argentinien aus der Reaktion gegen die autokratische Souveränität der großen bürgerlichen Parteien, von denen bis zum Jahre 1916 die konservative Partei führend war. Wohl in dem Gefühl, der neuen Zeit Zustände zu schaffen zu müssen, verließen einzelne Gruppen dieser Partei auf eine besondere Roman-Natur, die geradezu auf eine Art Zerschlagung der Wähler hinauszielte. So nennen sich die einzelnen Gruppen der Konservativen in der Provinz Autonomisten, Konzentrationisten, Demokraten, Fortschrittliche Demokraten und sogar Liberale. In Wirklichkeit handelt es sich aber immer nur um Glieder einer und derselben Partei, der konservativen. Im Jahre 1916 wurde diese Partei, gegen die sich aus den Reihen des Bürgertums selbst schon in den neunziger Jahren eine revolutionäre Bewegung erhoben hatte, endgültig aus ihrer Stellung als Regierungspartei verdrängt. Aus dieser Bewegung war die radikale Bürgerpartei hervorgegangen. Das radikale Programm brachte gegenüber der konservativen Regierung im wesentlichen eine Rückkehr zu den Grundgedanken, die in der großzügigen, nach nordamerikanischen Vorbild im Jahre 1853 geschaffenen Verfassung niedergelegt sind. Obwohl das radikale Regime auch in sozialer Hinsicht manchen Fortschritt brachte, konnte es die sozialistische Bewegung nicht aufhalten oder gar erlösen. Denn der bürgerliche Radikalismus in Argentinien hat vom wirklichen Radikalismus, etwa französischer Prägung, nur den irreführenden Namen. Die radikale Bürgerpartei hat daher nichts mit Sozialismus zu tun, ja, sie kommt erst allmählich dahinter, was „sozial“ im modernen Sinne heißt.

Aus kleinsten Anfängen und ohne den Nährboden, den die europäischen Sozialdemokraten in der allgemeinen historischen Entwicklung hatten, mußte sich der argentinische Sozialismus durch eigene sozialpolitische Kraft entwickeln. Daraus erklärt sich seine besondere Struktur, die weniger aus Klassenkampf als auf soziale und kulturelle Evolution gerichtet ist. Immerhin hat der argentinische Sozialismus viel von dem Marxismus übernommen, und Dr. Justo, der das „Kapital“ ins Spanische übersetzt hat, und der Vater der sozialistischen Partei Argentiniens war, hat auch in der Hauptsache auf der Ideologie der deutschen Sozialdemokratie weitergebaut.

Von ihrer Mission hat die sozialistische Partei schon mancherlei und wesentliches erreicht, wie den Achtstundentag, gesetzliche Regelung der Mindestlöhne, Reform der Arbeitsgesetze für Minderjährige und Frauen, Abschaffung der Nachtarbeit in den Bädereien und die gesetzliche Sonntagsruhe. Die Stellung des 1. Mai als Feiertag ist auch in Argentinien noch nicht gesetzlich geregelt, aber die Sozialisten haben es erreicht, daß der 1. Mai alljährlich durch Regierungsdekret zum Feiertag erklärt und, was das wesentlichste ist, auch bis weit in die Kreise des Bürgertums als solcher respektiert wird. Die Feiern des Arbeitertages nehmen hier in jedem Jahre einen imposanten Verlauf, wie es bisher wohl nur an wenigen Orten auf der Erde der Fall ist.

Man kann also mit voller Berechtigung sagen, daß die kulturpolitische Arbeit der sozialistischen Partei Argentiniens bereits von historischer Bedeutung ist. Die sozialistische Partei Argentiniens ist die unermüdlichste Kämpferin für die Trennung von Staat und Kirche und für die bürgerliche Rechtsstellung der Frau. Sie ist radikal antimilitaristisch und hat noch nie einen Pfennig für Rüstungskredite bewilligt. Außerdem haben die Sozialisten die Adoption der Beschlüsse des Genfer Arbeitsamtes durchgesetzt.

Die sozialistische Partei Argentiniens ist gewissermaßen im historischen Augenblick aufgetreten und errang daher nach dem Weltkriege unerwartete Erfolge. So war sie in der Lage, aus der Bundesversammlung allein achtzehn Deputierte und aus dem Landesinnern drei Deputierte in die Kammer zu senden; ebenso errang sie zwei Sitze im Senat sowie mehrere Sitze im Stadtrat der argentinischen Bundeshauptstadt. Auch im Innern gewinnt der Sozialismus vorzugsweise in den Kommunen immer größeren Einfluß. Als besonders charakteristisch sei an dieser Stelle erwähnt, daß die

„Rationalisierung“ der Armeen

Der englische Armeevorschlag 1929

London, 8. März.

Kriegsminister Worthington Evans brachte am Donnerstag nachmittag den Armeevorschlag für 1929 im Unterhaus ein. Die Zahl der Offiziere und Mannschaften wird um 13.000, auf 153.500, vermindert. Die Gesamtausgaben betragen 41.650.000 gegenüber 41.508.000 im Vorjahre. Bemerkenswert ist, daß etwas mehr als die Hälfte der gesamten Einsparungen auf die Verminderung der Rheinlandtruppen entfällt. Das Vorjahr stand, wie der Kriegsminister in Begründung des Antrages betonte, unter dem Zeichen weitgehender Experimente. Gegenwärtig sei es noch zu früh, etwas endgültiges über die Ergebnisse der Experimente zu sagen. Der Minister bezeichnete es als möglich, daß die Dispositionen mit ihren Teilen an Kavallerie, Artillerie und Infanterie in kleinere Gruppen von Mannschaften der verschiedenen Arten der mechanisierten Truppe umformiert werden müßte, wobei die Tanks die große Einheit

darstellten, um die sich die Formationen bildeten. Im einzelnen betonte der Kriegsminister, daß nicht an die Abschaffung der Kavallerie gedacht werde, sondern nur an ihre Umstellung mit einer starken maschinellen Einheit. Jede Brigade soll ein Panzerwagenregiment erhalten, und zwei Kavallerieregimenter sollen ihre Pferde mit Panzerwagen austauschen. Hinsichtlich der Artillerie seien die Schwierigkeiten nicht so groß. Hier sei besonders der beträchtliche Ausbau mit Flugzeugabwehrgeschützen bemerkenswert. Die Territorialarmee soll nach dem Vorbilde der Heilmarmee umgebildet werden, sobald die notwendigen Mittel hierfür verfügbar sind.

Das Luft-Wehrwesen

SPD London, 8. März.

Der Budgetvorschlag für die britischen Luftstreitkräfte, welcher dem Unterhaus am Donnerstag vorgelegt wurde, zeigt eine Erhöhung um 700.000 Pfund Sterling (14 Millionen Mark) gegenüber dem Vorjahre. Der Gesamtetat der Luftstreitkräfte beträgt annähernd 20 Millionen Pfund Sterling (400 Millionen Mark). Im laufenden Jahre ist die Schaffung von vier neuen im wesentlichen für den Dienst im Kolonialgebiet bestimmten neuen Luftschwadrone geplant.

Die Arbeiterpartei hat unmittelbar nach der Vorlage dieses Etats dem Unterhaus einen Antrag unterbreitet, in dem „angesichts der Gefahren der Luftrüstung für die Abwehr der Welt“ das Badewort darüber ausgesprochen wird, daß die konservative Regierung in Genf nicht nachdrücklicher für Luftabrüstung eingetreten sei. Der Antrag der Arbeiterpartei schließt mit der Aufforderung an die Regierung, ein Programm zu entwerfen, das eine völlige Abschaffung der militärischen Luftstreitkräfte auf internationaler Basis und eine internationale Kontrolle der zivilen Luftfahrt vorsieht.

Britischer Großmut

SPD London, 8. März.

Die von den britischen Behörden wegen Organisation einer eingeschorenen Polizeitruppe zu 6 Monaten verurteilten Eingeborenen Samoa sind am Donnerstag in Freiheit gesetzt worden. Der britische Gouverneur von West-Samoa begründete diese Amnestie damit, daß die Samoaner von europäischen Elementen aufgehetzt worden seien.

Wahlen in London

SPD London, 9. März. (Radio.)

Die um 10 Uhr morgens vorliegenden Resultate der Londoner Stadtwahlen (Grafschaftswahlen) lassen erkennen, daß die Arbeiterpartei gegenüber den letzten lokalen Neuwahlen von 1925 gute Fortschritte gemacht hat. Während die unter dem Namen Stadtreformpartei kämpfenden Konservativen 58 Sitze erreichte, erreichte die Arbeiterpartei 31 Sitze. Die Liberalen mußten sich mit 5 Sitzen begnügen. Bisher beträgt der absolute Gewinn der Arbeiterpartei gegenüber den letzten Wahlen 4 Sitze. Zur Stunde ist noch kein einziger Kommunist oder sogenannter Unabhängiger Arbeiterkandidat gewählt worden. Unter den neugewählten Arbeiterkandidaten befindet sich auch Isabel Macdonald. Es stehen noch 30 Wahlbezirke aus.

SPD London, 8. März.

Auf Grund des endgültigen Ergebnisses der Grafschaftswahlen in Durham stehen 47 sozialistische Abgeordnete 27 bürgerlichen gegenüber.

Das Elend demonstriert

SPD Kopenhagen, 9. März. (Radio.)

Nach der Südjütlandschen Zeitung in Vejle sind 50 Polizisten zur Verstärkung der örtlichen Sicherheit geschickt worden, um den Zug der 800 arbeitslosen Demonstranten aufzuhalten. Am späten Abend wird aus Vejle gemeldet, daß die Demonstranten die Auflösung des Zuges beschlossen hätten, zumal er ja seinen Zweck erreicht hat, die Öffentlichkeit auf das Arbeitselend in Südjütland aufmerksam zu machen. Da jedoch zwei bekannte Kommunisten aus Kopenhagen eben in Vejle eingetroffen sind, besteht die Vermutung, daß sie versuchen werden, die Auflösung des Zuges zu verhindern.

Die Verschwörung gegen Calles

SPD Mexiko-Stadt, 9. März. (Radio.)

Im Hofunghaus wurde ein Bombenlager vorgefunden. Die Verschwörer sind überführt worden. Sie sind geständig, Hofnung für kriegsgefährliche Sprengbomben hergestellt. Es handelt sich um ein regelrechtes Komplott. Geplant war die Sprengung des Präsidentenzuges und, falls dieses Attentat misslingen sollte, das Bombardement des Präsidentenspalastes durch ein seit langer Zeit bereitstehendes Flugzeug.

II London, 8. März.

Im Staate Jalisco in Mexiko ist es nach neuerer Meldung zu erneuten Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen gekommen. Die Regierungstruppen übten zehn Aufständische und nahmen sechs weitere gefangen. In Mexquic sind zwei Rebellenführer hingerichtet worden.

Notizen

III. Nach Angabe des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion betrug die Mitgliederzahl am 1. Januar 1928 1.120.000, davon 630.000 Arbeiter, 252.000 Bauern, 213.000 Angestellte und 24.000 anderen Berufs angehörnde.

IV Die Verteidiger des Prinzen Windischgrätz und des ehemaligen Polizeipräsidenten Rabold, der Hauptangeklagte im Frankfurter Prozess, haben im Sinne der letzten Amnestieordnung beim Budapester Gerichtshof ein Gnadengeuch eingereicht. Die Entscheidung wird in der nächsten Woche fallen.

V Aus Washington wird gemeldet: Staatssekretär Kellogg unterbreitete heute dem italienischen Botschafter den Entwurf eines Schiedsvertrages ähnlich dem französischen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig. Verantwortlich für den Inhalt: Hugo Schupfand in Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Aufforderung an Spanien und Brasilien

Sie sollen wieder in den Völkerbund

II Genf, 8. März.

Zu Beginn der heutigen Vormittagsitzung des Völkerbundesrates schlug der Präsident, der kolumbische Delegierte Urutia dem Völkerbundsrat vor, ein von dem Präsidenten des Rates im Namen sämtlicher Mitglieder unterzeichnetes Schreiben an Brasilien und Spanien zu richten, mit der Aufforderung, ihre Beschlüsse auf Austritt aus dem Völkerbund einer Nachprüfung zu unterziehen und eine Rückkehr der beiden Staaten in den Völkerbund zu ermöglichen.

Der Präsident schlug vor, noch in einer der nächsten Sitzungen in dieser Session des Rates den Text des Schreibens an die beiden Regierungen dem Rat vorzulegen. Die übrigen Ratsmitglieder schlossen sich dem Vorschlag des Präsidenten an, wobei der Delegierte von Chile hervorhob, daß die Zusammenarbeit mit Spanien und Brasilien im Völkerbund von der größten Bedeutung für die ganze Welt wäre. Dr. Stresemann schloß sich gleichfalls dem Vorschlag des Völkerbundspräsidenten an und wies auf die Bedeutung der Zusammenarbeit Spaniens und Brasiliens mit dem Völkerbunde hin.

Sozialisten die Kommunalverwaltung des elegantesten und teuersten Seebades ganz Südamerikas, Mar del Plata, beherrschen.

Trotz einiger Schwankungen, die ja in keiner Partei in keinem Lande erspart bleiben, rückt die sozialistische Partei in Argentinien langsam, aber mit unaufhaltsamer Sicherheit voran. Allerdings ist es jetzt zu einer Spaltung in der Partei gekommen, die auf innere Konflikte zurückzuführen ist, deren Hintergründe zu beleuchten im Rahmen dieses Artikels zu weit führen würde und die ausführlich klarzulegen noch Gelegenheit sein wird. Nur soviel sei noch gesagt, daß diese Spaltung ohne Zweifel auf die neueren Tendenzen in dem internationalen Sozialismus zurückzuführen ist, daß sie aber den argentinischen Sozialismus auf seinem Wege weder hemmt noch aufhält.

Reichsamnestie?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Im Reichsausschuß des Reichstags wurde die Amnestiefrage in Angriff genommen. Zur Beratung stand ein Antrag der Kommunisten, in dem unter anderem folgender Absatz enthalten ist:

Ausgeschlossen von dieser Straffreiheit sind nur Personen, die sich an Mordtaten oder Mordverschwörungen der Schwarzen Reichswehr, der Organisation Consul oder der bayerischen Einwohnerwehr als Täter, Anstifter, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt haben.

Trotzdem ist selbst Herr Dr. Goerling, der Heißsporn der Deutschen, der Anwalt der Fürsten, dem Erlass einer Amnestie nicht abgeneigt. Auch Dr. Hergt, der Justizminister, hat sich nicht völlig ablehnend ausgesprochen. Er legte dar, daß in weiteren Bevölkerungsschichten ein solches Verlangen an Stärke gewinne. Das ist auch die Auffassung der Sozialdemokratie, sie hat sich für eine umfassende Amnestierung noch immer eingesetzt. Dies um so mehr, da in der Hauptsache nur „Linkoverbrecher“ verurteilt wurden, denn die Urteile gegen die Fememörder sind nur ein Ausnahmefall.

Aber gerade wegen der letzteren sind die Deutschnationalen so amnestiebereit. Herr Goerling trat für die kommunistische Initiative ein, weil er der Hoffnung ist, damit die Fememörder freizubekommen und er glaubt zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß die Kommunisten auf den wiedergegebenen Absatz ihres Antrages nicht bestehen werden. Es ist wahrscheinlich, daß im Kampfe um die Bestrafung der Fememörder die Frage der Amnestierung entschieden wird.

Das Eisen ist ihm zu heiß

SPD Der Reichsminister des Innern erklärte am Donnerstag im Hauptausschuß des Reichstages hinsichtlich seiner Meldung zum Artikel 48 der Reichsverfassung, daß die Befestigung der versicherungsmäßigen Rechte der gesetzlichen Körperschaften auf Grund des Artikels 48 als unvereinbar mit der Verfassung angesehen werde. Die Ausführungsbestimmungen zum Artikel 48 werden wohl dem nächsten Kabinett überlassen bleiben.

Das Fleischverbot für die Armen

SPD Der Reichsrat nahm am Donnerstag das Gesetz über die vollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch an. Danach wird die jährlich zulässige einzuführende Gefrierfleischmenge auf 30.000 Tonnen herabgesetzt. Ein Antrag, der eine weitere Herabsetzung der zulässigen Gefrierfleischkontingente forderte, fand nicht die genügende Unterstützung. Angenommen wurde ferner eine Novelle zum Josttarifgesetz. Das Einkaufseinkommen wird dadurch auch auf die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch ausgedehnt.

Hohenzollernischer Steuerfandal

Das Berliner Tageblatt meldet aus Siegmaringen: Die Steuerbehörde hat große Steuerhinterziehungen und Verschleierungen bei der Verwaltung des Prinzen Friedrich von Hohenzollern im Zusammenhang mit Holzgesellschaften entdeckt. Die Finanzbehörde hat die Aktien beschlagnahmt. Der Prinz, der zur Zeit in Freiburg weilt, ist nach Siegmaringen zurückgerufen worden.

Sozialdemokratische Etatskritik

71. Sitzung des sächsischen Landtags, Donnerstag, 8. März 1925. Die Sitzung beginnt schon um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die

Beratung des Staatshaushalts 1926.

In Zusammenhang damit kommen zahlreiche Anträge und Anfragen zur Verhandlung. Von der sozialdemokratischen Fraktion liegen Anträge und Anfragen vor, die die Ablehnung der ersten Rate für ein neues Panzerschiff im Reichstage, die Stellungnahme des Ministerpräsidenten bei der Vändertkonferenz in Berlin zur Frage des einheitlichen Staatsaufbaues, die Berichterstattung der Sächsischen Staatszeitung über die Besprechung anlässlich der Beamten demonstration am 28. Juni 1927, die Einstellung erhöhter Mittel für die Jugendpflege, die Anstellung von Baukontrolleuren sowie die Durchführung der bei Kapitel 34 (1927) wegen der Gewerbeaufsicht gefassten Beschlüsse.

Die allgemeine Aussprache eröffnete Genosse Aeg.

Wer geglaubt hätte, daß der Minister in seiner Rede von den wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Problemen unserer Zeit ausgegangen wäre und vielleicht Richtung weisend neue Wege ihrer Lösung gezeigt hätte, war schwer enttäuscht.

Die Rede des Ministers zeigte in ihrer Gesamtheit ein Bild der Zerissenheit und Zersplittertheit der jetzigen Koalitionsregierung.

Die finanzielle Lage des Staates ist außerordentlich ernst. Nicht allein, daß der Etat ein Defizit von über 21 Millionen Mark aufweist, es sind auch 75 Millionen Mark Judizial- und 51 Millionen Mark schwebende Schulden vorhanden. Was aber ganz besonders bedenklich stimmt, ist die Feststellung des Ministers, daß alle Reserven erschöpft sind. (Hört, hört! links.) Wenn der Minister auf andre deutsche Staaten verweist, die in gleicher Weise verfaulend sind, so ist das ein schlechter Trost.

Die vorgenommenen Streichungen können zum Teil unter keinen Umständen gehalten werden. Allein die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge sind um 15 Millionen Mark gekürzt worden. (Hört, hört! links.) Die Darlehen für Schulbauten usw. wurden um 500000 Mk. gekürzt (Hört, hört! links.), die Unterhaltungen der Lehrgänge für Fortbildungsschüler wurden um 100000 Mk. die Erweiterung der Turnhallenbauten um 125000 Mk., die Darlehen an die Deutsche Studentenschaft um 30000 Mk., die Flugverleserungen um 1 Million Mark verringert. Selbst die Mittel für die notleidenden Künstler hat man um 5000 Mk. herabgesetzt.

Die Sozialdemokratie weicht nicht allein in den Ausschüssen jede einzelne Position kritisch beraten, sondern vor allem dort, wo die sozialen Verpflichtungen des Staates nicht in gehöriger Weise gewahrt worden sind, Anträge auf Erhöhungen der Etatkapitel stellen.

Bei Betrachtungen der wirtschaftlichen Lage hat der Minister ausgeführt, daß die Lage der Landwirtschaft der Regierung große Sorge bereitet. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die diese Notlage in keiner Weise unterschätzt, sie war und ist ihr stets bemüht, gerade dem Bauer zu helfen. (Hört, hört! rechts.) Abg. Neu: Den Bauern, nicht den Großagrarern! Es ist bezeichnend, daß die Notlage der Landwirtschaft in dem Augenblick hervortritt, wo sowohl in der Reichsregierung als auch in der sächsischen Regierung deutschnationale Minister sitzen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Krise in der Landwirtschaft ist vor allen Dingen eine Bankrotterklärung der Politik des Landbundes.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstage Anträge eingebracht, die der Not der Landwirte steuern sollen.

Wenn der Landbund jetzt die Bauern auffordert, auf die Straße zu gehen, so ist das insofern interessant, als gerade die Herren von rechts immer behauptet haben, daß sich die Regierung der Politik der Straße beugt. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Soz.) Die Bauern werden, wenn sie aufgeklärt sind, erkennen, daß der Arbeiter nicht ihr Gegner, sondern gerade ihr Freund ist.

Der Bauer muß dem Landbunde den Rücken kehren und Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft für bessere Verhältnisse arbeiten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die staatlichen Unternehmungen sollen für die übrige Industrie in sozialer, in technischer und vor allen Dingen auch in lohnpolitischer Hinsicht vorbildlich sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Beschränkung der Aufgaben der Sächsischen Werke, wie sie von der Wirtschaftspartei angedeutet wird, ist nichts anderes als eine falsche Mittelstandsretterei.

Hochinteressant war es, daß der Minister mit seiner Silbe die Bestrebungen eines Teiles des Hausbesitzes

auf Zuweisung von weiteren 4% Prozent Miete erwähnt hat. Der Minister tut so, als wenn Arbeiter in Sachen überhaupt nicht vorhanden wären. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.)

Von den Arbeitern wird in seiner ganzen Etatsrede überhaupt nichts gesagt.

(Zuruf bei den Soz.: Die sind ja nur Objekte!) Kein Wort auch über die Krisenunterstützung und der Krisenfürsorge. Hinsichtlich der schweren Arbeitskämpfe hat der Minister nichts weiter zu sagen gewagt, daß es im Interesse der Volkswohlfahrt dringende zu wünschen sei, daß unsere Wirtschaft schwere Arbeitskämpfe erpart bleiben und ihre Konkurrenzfähigkeit nicht untergraben werde. Auf der einen Seite ein frommer Wunsch und auf der andern dieselbe Einstellung, wie die der reaktionären industriellen Scharmacher. (Sehr richtig! bei den Soz.) Warum tut die Regierung nichts, um die schweren Lohnkämpfe der Arbeiterschaft zu erleichtern und auf die Kreise der Industrie einzuwirken, daß sie endlich in ihren Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft auch nur einigermaßen nachkommen?

Jetzt verweist darauf, daß die sozialdemokratischen Anträge auf Verbesserung der sozialen Fürsorge abgelehnt worden seien, daß die Mittel für Bekämpfung von Krankheiten, für den Jugendschutz, für Schulmiete usw. viel zu gering sind. Der Minister hat gesagt, wir können nicht anders, weil die Besoldungsordnung so außerordentlich viel Geld verschlungen hat. Die Sozialdemokraten sind Gegner dieser Besoldungsordnung gewesen wegen ihres unsozialen Charakters. Ein Kulturstaat wird selbstverständlich für die Schulerziehung und die Lehrergeschäfte immer sehr viele Ausgaben machen müssen. Stellt man aber zu den Ausgaben für die Kulturaufgaben ein engeren Sinne die Ausgaben für Polizei und Justiz in Vergleich, so ist festzustellen, daß hier noch kein Verhältnis geschaffen worden ist, wie es für einen Kulturstaat würdig und richtig ist.

Der vorliegende Etat ist ein Etat gegen die Arbeiterschaft

(Sehr richtig! bei den Soz.) und deshalb werden wir ihn unter allen Umständen auf das entschiedenste bekämpfen.

In einer, wie eine Zeremonie anmutenden Rede hat der Finanzminister von der finanziellen Aufschlingung durch das Reich gesprochen. Er hat aber vergessen, daraus den richtigen Schluss zu ziehen. Wenn nämlich die Dinge so liegen, dann wird es höchste Zeit, daß wir mit Ernst an die

Bereinigung des deutschen Reiches

herangehen.

Das Problem von Schick wird vom Finanzminister insofern falsch aufgefaßt, als er die Angelegenheit lediglich vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet. Das ganze Problem ist aber vom Standpunkt der Demokratisierung der Verwaltung anzufassen. Wir verhaften uns dagegen, daß die Dinge etwa lediglich auf dem

Verwaltungswege gemacht werden. Das Vorschlagsrecht des Landtags muß gewahrt werden.

Diese Regierung hätte überhaupt keinen Etat mehr vorzulegen, sondern nur die Aufgabe, ein Wahlgesetz noch beraten zu lassen, und dann sollten die Minister ihre Köpfe packen lassen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Regierung wird nur zusammengehalten von einem: von der Angst vor den nächsten Wahlen.

(Sehr wahr! bei den Soz.)

In der Regierungskoalition ist eine Partei, die ASP, die überhaupt keine Mitglieder mehr hinter sich hat. Alle Tage kommen die Anhänger der ASP wieder zu uns herüber, und bald wird die ganze ASP nur noch aus den vier Mitgliedern, die im Landtage sitzen, und dem Ministerpräsidenten bestehen. Wie kann man eine solche Regierung zusammenhalten wollen? Das ist ausgeschlossen. Am besten ist, daß Schluss gemacht wird und daß die Landtagswahlen zu gleicher Zeit mit den Reichstagswahlen stattfinden.

Die Arbeiterschaft brennt auf den Moment der Abrechnung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei diesem Wahlkampf wird sich dann zeigen, daß, wenn das sächsische Parlament nicht nachgibt, doch die vollständig veränderten politischen Verhältnisse im Reiche auch einen Druck auf den sächsischen Landtag ausüben werden.

Und dann ist auch der Augenblick gekommen, wo wir endlich mit dieser reaktionären Regierung abrechnen können. Dann kann die Regierung sprechen: Der Vorhang fällt, die Komödie ist aus! (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Die übrigen Fraktionsredner.

Die Deutschnationalen schieden als Fraktionsredner den früheren Bürgermeister von Riesa, Dr. Oberle, vor, der sich in einer langen philosophischen Betrachtung über den Materialismus gefiel, die auf der linken Seite des Hauses wiederholt stürmische Heiterkeit hervorrief. Man brauche eine Führung mit sittlichen Werten, eine Führung im Sinne Bismarcks und einen deutschen Geist.

Am folgte Paul Wötter, der vom Vorredner sagte, daß er sich als sächsischer Bapille vor dem Landtage produziert habe. Der Etat spiegelt in besonders krasser Form die Klassenengegenseite wieder. Die SPD werde den Etat der Bürgerblockade ablesen. Eine Besserung der Verhältnisse sei nur möglich durch den Sturz der bürgerlichen Republik. Nachdem er dann mit seiner ganzen Lungenkraft gegen die bösen Sozis gewettert hatte, brachte es dieser sonderbare kommunistische Führer fertig, an die SPD einen Appell zur Herbeiführung einer Einheitsfront und zur Abhaltung einer gemeinschaftlichen Mafseier zu richten.

Der volksparteiliche Dresdner Oberbürgermeister und Oberregisseur der Felds-Koalition, Herr Dr. Müller, forderte, daß endlich ernst mit der Verwaltungsreform gemacht werde. Das Mißverhältnis zwischen persönlichen und sachlichen Ausgaben müsse unbedingt beseitigt werden. Als dringlichste Aufgabe bezeichnete er die Förderung des Wohnungsbaues. Die geeignete Mittelbeschaffung sei hierfür die Mietzinssteuer, die auf eine gewisse Zeit festgelegt werden müsse.

Der Demokrat Dr. Seyfert stellte fest, daß der Finanzminister etwas wesentlich anderes als sein Vorgänger nicht habe bringen können; Beweis, daß es nicht auf Wünsche einzelner Parteien oder Wirtschaftsgruppen ankomme. Heute predigen gerade diejenigen am lautesten die Sparsamkeit, denen es beim Schulgeld nicht auf Millionen angekommen sei. Zur Rechten gewendet, warnte er daher, alle Gegenstände in der Koalition sich in der Presse und in der Öffentlichkeit austoben zu lassen. Es gäbe eine Grenze, an der die Gebuld einmal reifen könne. Auch sollten keine unerfüllbaren Forderungen aufgestellt werden. Das gelte besonders für die Hausbesitzerzeitung. (Zuruf bei der Wirtschaftspartei: Das ist kein politisches Organ! Große Heiterkeit.) Eine Erhöhung der Miete oder Kürzung des Wohnungsbauanteils an der Mietzinssteuer sei unmöglich und auch an eine Beschränkung des Staatsanteils sei kaum (!) zu denken. Wenn es nicht gelänge, aus den großen Instandhaltungskosten etwas herauszuholen (Zuruf bei der Wirtschaftspartei: Das geht nicht!), dann sehe er keinen Ausweg.

Die Drohung mit der Landtagsauflösung sei eine leere Drohung.

Wenn Erhöhung des Hausbesitzeranteils sei keine Wahlparole. Finanzminister Weber hielt die Vorwürfe wegen der Herabsetzung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge für unbegründet. Sachlich habe sich streng an das Vorgehen des Reiches gehalten, auch seien noch erhebliche Gelder aus dem laufenden Jahre vorhanden. Wehlich verhalte es sich bei den andern Streichungen.

In der weiteren Aussprache kamen noch zu Worte der Wirtschaftsparteiliche Hentschel, der das Bestehen einer Wohnungsnot überhaupt leugnete, Herr Wehke von der sogenannten ASP, der sich zu der Behauptung verließ, daß trotz der Einsparungen die kulturellen und sozialen Aufgaben nicht zu kurz kämen, und der Aufwärtige Härtel, der die Einstellung von Mitteln für die Aufwertung über die gesetzlichen Vorschriften hinaus verneinte.

Schließlich verlas noch der Ministerpräsident Heldt einige Regierungsantworten auf die vorliegenden Anfragen. Danach hat die Regierung ihren Bevollmächtigten im Reichstag angewiesen, den preussischen Antrag auf Streichung des im Etat eingelegten Panzerschiffes nicht beizutreten. Nahegehend seien dafür die Aufwendungen des Reichswehrministers gewesen. — Auf der Vändertkonferenz habe er für seine Person gesprochen; er habe keine einseitige partikularrichtige Stellung vertreten, sondern bloß vor einem übertriebenen Zentralismus gewarnt. Schließlich nimmt der Ministerpräsident die Staatsregierung gegen den Vorwurf einer einseitigen, parteivollständigen Berichterstattung in Schutz.

Schluss der Sitzung kurz vor 19 Uhr. — Fortsetzung Freitag, 10 Uhr.

100 Ratten und 20 Kinder!

Arbeiterkinder als Experimentierkarnickel

Wir unternahmen diese Versuche an einem Material von 100 Ratten und 20 Kindern. Wir haben unsere Versuchskinder unter ungünstigen Diät- und Lichtbedingungen gehalten ...

Hält man dagegen floride Rachitiser an ungünstigen Plätzen in geschlossenen Räumen, so kann nach unseren Erfahrungen der rachitische Prozeß auch im Sommer monatelang florid bleiben und nicht die geringste Heilungstendenz zeigen ...

Dr. Volkmer, Oberarzt am Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus. (Deutsche medizinische Wochenschrift Nr. 30.)

Diese und ähnliche Sätze schrieb — Ärzte! Jawohl, Ärzte! Sie finden sich in medizinischen Fachzeitschriften, in denen Kinderärzte über ihre Versuche an rachitischen Kindern in öffentlichen Krankenanstalten berichten.

Um die ganze Ungeheuerlichkeit der Geschehnisse zu begreifen, stelle man sich vor:

Die Rachitis ist die typische Proletariatskinderkrankheit, die ihre Ursache in erster Linie in der schlechten Ernährungslage und den besetzten Wohnungsverhältnissen der Arbeiterfamilien hat. Infolge der entsetzlichen Existenzverhältnisse, die unter den Volksmassen Krankheit, Elend und Tod verbreiten, sind diese Kinder rachitisch erkrankt; die Eltern übergeben sie den Heilanstalten in der berechtigten Erwartung, daß sie dort durch sorgfältige Pflege und durch die Bereitstellung aller Mittel auf schnellstem und erprobtestem Wege gesunden.

Was aber geschieht? Mit rohem Ignorismus geben es einzelne „Menschenfreunde“ unter den Ärzten offen zu: Sie betrachten die bedauernswerten Geschöpfe als

Versuchssubjekte für allerlei fragwürdige Experimente, die ihre Heilung auf Monate hinauszögern, ja sogar völlig unmöglich machen können. In unserm angeblich so kultivierten, so sozial denkenden Jahrhundert werden unter der falschen Flagge der „Wissenschaft“ an der Gesundheit wehrloser Kinder Verbrechen begangen, die, wenn es ein Gefühl für Menschenwürde, eine Achtung vor dem Menschenleben als dem höchsten Gut überhaupt noch gibt,

einen einzigen Schrei der Empörung

in der Öffentlichkeit hervorrufen müssen. Wenn schon der kranke Erwachsene als Mensch ein Recht darauf hat, mit aller Sorgfalt und Liebe behandelt zu werden, so hat das kranke Kind ein tausendfach es Recht darauf.

Man nennt unsere Zeit das Jahrhundert des Kindes. Man will mit den vorantiken Vorurteilen, die in dem Kindesstadium eine Etappe geistiger und moralischer Kinderwertigkeit sehen, brechen. Man sucht die Seele des Kindes zu begreifen, seine Psyche zu studieren, seine Erziehung nach neuen Grundrissen zu reformieren. Aber alle diese schönen Absichten, die ohne die Mithilfe der Ärzte erfolglos sind, erweisen sich als ein leeres Gerede, wenn man mit Schaudern erfährt, daß es unter diesen Ärzten „Kinderfreunde“ gibt, welche die ihnen zur Heilung anvertrauten kranken Kinder als Experimentierobjekte verwenden und ihre Leben dem von Ratten gleichstellen.

Ohne Wissen der Eltern — welche Eltern würden wohl dazu ihre Zustimmung geben — werden an hilflosen Kindern Versuche unternommen, die mit dem Heilungszweck absolut nichts zu tun haben. Wenn sagt es nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn er in den ärztlichen Berichten liest, daß diese Versuche an einem „Material von 100 Ratten und 20 Kindern“ unternommen wurden! Im Jahrhundert des Kindes werden Menschenkinder wie Ratten behandelt. Welche Gemütsruhe geht sich schon in der Stillierung der Berichte, die die Ratten den Kindern verwandt stellen! Weiter: „Wir haben unsere Versuchskinder unter ungünstigen Diät- und Lichtverhältnissen gehalten.“ Statt für diese heilungswerten Wesen gerade die günstigsten Nahrungs- und Wohnverhältnisse zu schaffen, statt ihnen Sonne, gute Luft, hygienische Räume, zu geben, statt sie mit Liebe und Heiterkeit auch festlich emporzurichten,

wie es nicht nur Tierpflicht, sondern Menschenpflicht gebietet, hat man sie feilschen und körperlichen Foltern ausgesetzt, über deren Einzelheiten die Berichte in Fachschriften wohlweislich schweigen. — Zwei Fragen drängen sich da auf:

Wer gab diesen Ärzten das Recht, gewisse Kinder als Versuchskinder zu betrachten? Nach welchen Gesichtspunkten wurden diese unglücklichen zwanzig Kinder, die mit 100 Ratten ein gemeinames Schicksal verband, ausgewählt?

Daß diese Ärzte das Leben der Kinder nicht höher bewerteten als jenes der Ratten, geht aus der trivialen Bemerkung hervor, daß „nach unseren Erfahrungen“ der rachitische Prozeß

nicht die geringste Heilungstendenz zeigt, wenn man floride Rachitiser an ungünstigen Plätzen in geschlossenen Räumen hält. Nach unseren Erfahrungen!

Man hat demnach die kranken Kinder unter ungünstigen Verhältnissen in geschlossenen Räumen eingeschperrt, vielleicht wochen- und monatelang, statt ihnen Luft und Licht zu geben. Wer kann ermaßen, welche Qualen diese Kinder ertragen mußten, um schließlich nicht geheilt zu werden. Kein Wort der Beurteilung kann scharf genug sein, um diese Art des Raubbaues an der Gesundheit von Kindern zu charakterisieren. — Von allen ethischen und moralischen Gründen, die gegen ein solches barbarisches und mittelalterliches Verfahren in modernen Krankenanstalten sprechen, ganz abgesehen, mögen die betreffenden Ärzte sich doch selbst überlegen: Sie selbst sind es, die das Vertrauen der Bevölkerung zum Versteilstand untergraben.

Es ist ja kein Wunder, wenn Eltern, die von der Marterung ihrer Kinder in den Krankenhäusern hören, an denen solche Behandlungsmethoden üblich sind, es sich in Zukunft überlegen dürfen, ihre Kinder und sich selbst wieder diesen Instituten anzuvertrauen und lieber einen „Kurzpußer“ aussuchen, der die Kinder als Menschen und nicht wie Ratten behandelt.

Dazu kommt noch, daß diese Kinder aus ihren Erfahrungen mit den Ärzten einen unüberwindlichen Haß, zumindest aber ein nicht mehr zu beseitigendes Mißtrauen gegen die Ärzte überhaupt davontragen müssen.

Wenn sich die Ärzteschaft über das Mißtrauen des Volkes gegenüber den Schulmedizinern beklagt, dann möge sie sich vor allem bei jenen Kollegen bedanken, die den Keim zu diesem Mißtrauen schon in die Kinderhefen gelegt haben.

Es wäre auch zu erwägen, ob die Handlungen dieser Ärzte in der von ihnen selbst geschilderten Art nicht strafgesetzmäßig zu ahnden sind. Man hört oft genug und bei jeder Gelegenheit Vorwürfe der Ärzte gegen die so gefährliche „Kurzpußerei“. Hier aber wurde Kurzpußerei ärztler Art getrieben, es wurden Behandlungsmethoden angewandt, die alles andere als die Heilung der Patienten zum Erfolge hatten.

Es braucht wohl auch nicht gesagt zu werden, daß man sich für diese grauenhaften Experimente nicht die Kinder wohlhaben der Eltern aussuchte, sondern Armeleutkinder, deren Eltern keine Möglichkeit der Kontrolle der Behandlungsmethoden und eines Einpruches dagegen hatten. Vielleicht wird jemand einwenden, daß diese Experimente im Interesse der Wissenschaft nötig sind. Gut. Dann mögen jene Ärzte ihre eigenen Kinder dazu verwenden.

Ein großer Arzt und Menschenfreund hat einmal gesagt: Ein guter Arzt muß ein guter Mensch sein. Sind die Ärzte, die Ratten und Kinder in gleicher Weise maltätieren, gute Ärzte?

Dr. Julius Moses.

Die amtliche Befähigung

Die Tel.-Union berichtet: In der heutigen Abendigung des Haushaltusausschusses des Reichstages be sprach der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Samuel die vom Abgeordneten Dr. Moses angeführten Experimente mit im Sterben liegenden Kindern. Im Augusta-Viktoria-Hospital in Charlottenburg sei bei rachitischen Kindern nur ein neues Mittel, „Vigantol“ gegen Rachitis ausprobiert worden. Es sei den Kindern dabei „nur“ die Rachitis-Diät und die Höhen Sonne vorenthalten worden. Damit würden also die himmelschreitenden Zustände im öffentlichen Bestätigt.

Reichstagung der Berufskraftfahrer Veranstaltung des Deutschen Verkehrsbundes in Leipzig

Am Freitagmorgen gegen 10 Uhr eröffnete der Bundesvorsitzende Schumann die Reichskonferenz der Berufskraftfahrer in Leipzig. Er begrüßte die annähernd 100 Delegierten sowie die auswärtigen Gäste, unter denen besonders der Kollege Fortner vom Freien Gewerkschaftsbund Oesterreich, der Kollege Rathans-Amsterdam von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und der Kollege Guinhard-Paris von der Föderation Nationale des Mogens de Transport zu erwähnen sind. Vertreten ist außerdem der Arbeiter-Abtinentenbund Berlin.

Schumann wies zunächst auf die außerordentliche Wichtigkeit der Tagung hin. Die Sektion der Berufskraftfahrer ist seit ihrer Gründung bereits zu der drittgrößten Organisation innerhalb des Deutschen Verkehrsbundes angewachsen, und es steht zu erwarten, daß sie in vielleicht nicht allzulanger Zeit an die erste Stelle aufgerückt sein wird. Manche Bestrebungen, die der Verband gegenüber den Vertretern „alter“ Transportmittel nicht voll durchsetzen konnte, wird er bei den Kraftfahrern bestimmt durchsetzen können.

Als Vertreter der Leipziger Mitgliedschaft begrüßte Kollege Reber sodann die Anwesenden. Er betonte die Schwierigkeiten, die die Unterbringung der Delegierten zur Zeit der Messe in Leipzig gemacht habe. Er empfahl der Versammlung für den Sonnabend stattfindenden Besuch der Automobil-Ausstellung besonders die Besichtigung der Ausstellung des Deutschen Verkehrsbundes. Als nächster Redner nahm der französische Kollege Guinhard zu einer außerordentlich herzlichen Begrüßungsrede, die er in seiner Muttersprache hielt, das Wort.

Die Tagesordnung steht zunächst den Bericht des Vorstandes, den Kollege Reich erteilen wird, vor. Sodann wird Kollege Reber über die Zunahme der Berufsgefahren im Kraftfahrwesen und ihre Verhütung ein Referat halten. Ueber die deutsche und die internationale Gesetzgebung für den Kraftverkehr und unsere Forderungen hierzu, spricht Kollege Reich. Sodann werden die eingegangenen Anträge behandelt und wird der Sektionsvorstand neu gewählt. Am Freitagabend findet zur Begrüßung ein Festkommers im großen Volkshausaal unter Mitwirkung einer Reihe namhafter Leipziger Kräfte statt.

Textilkämpfe

Allenthalben Tarifforderungen

SPD. In der Textilindustrie sind dieser Tage für Nord- und Südbayern, Württemberg, die Pfalz, die Lausitz und für Teile Nord-Ost-Deutschlands Tarifforderungen zum 31. März erfolgt. Für Nordbayern wurde der Lohnsatz gekündigt, für Südbayern der Mantel- und Lohnsatz. Für beide Bezirke wurde ein Spitzenstundenlohn für Hilfsarbeiter von 70 Pfennig und für Hilfsarbeiterinnen von 55 Pfennig, sowie eine entsprechende Erhöhung der übrigen Lohnsätze und der Urlaubslöhne gefordert. Beim Mantelsatz drehen sich die Forderungen in der Hauptsache um Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung.

In Württemberg wird ein Spitzenstundenlohn von 75 Pfennig für die Männer und 60 Pfennig für die Frauen verlangt. Der Mantelsatz-Entwurf fordert bessere Akkordentlohnung, Erhöhung der Fahrarbeiterzuschläge, Arbeitszeitverkürzung und bessere Ferienregelung.

In der Pfalz wird ein Spitzenstundenlohn von 76 Pfennig (für Ludwigshafen ein solcher von 78 Pfennig) gefordert, desgleichen günstigere Abstaffelung für Frauen und jüngere Altersklassen. In der Lausitz fordert der neue Mantelsatzentwurf bessere Urlaubs- und Akkordregelung.

In Bereich des Nord-Ost-deutschen Textil-Arbeitgeber-Verbandes wurden zum 31. März gekündigt: der Lohnsatz für Groß-Berlin und Romawas, der Lohnsatz und das Arbeitszeitabkommen für Brandenburg a. d. S., sowie der Lohnsatz für die Jute-Spinnerei und Weberei und Barch (Pommern).

Angestelltenstreik in Berlin Nach Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung Arbeitsniederlegung im Speditionsgewerbe

SPD. Berlin, 8. März.

In einer starkbesetzten Versammlung haben heute die Angestellten des Berliner Speditionsgewerbes einstimmig beschlossen, morgen in den Streik zu treten. Die Veranlassung zu diesem Streik ist, wie wir von der Streikleitung erfahren, folgende: Im Speditionsgewerbe wurde vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlins ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Gehälter um 3 bis 5 Prozent vorschlug und den Angestellten eine Bindungsdauer bis 31. März 1929 auferlegte. Diesen Schiedsspruch haben die Angestellten abgelehnt, während die Arbeitgeber ihn angenommen und die Verbindlichkeitsklärung beim Schlichter für Groß-Berlin beantragt haben. Der Schlichter hatte die Parteien für den gestrigen Mittwoch zu einer Verhandlung eingeladen, die jedoch zu keiner Einigung führte. Nunmehr hat der Schlichter den beteiligten Kreisen heute mitgeteilt, daß er die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs ablehnt.

SPD. Berlin, 9. März (Radio).

Nachdem die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für das Berliner Speditionsgewerbe abgelehnt wurde, beschlossen die Speditiionsangestellten den Streik bei sämtlichen dem Verband Berliner Speditoren angehörenden Firmen. Der Streik setzte heute früh ein.

Schlechte Wahl für SPD Berliner Holzarbeiter bleiben „amsterdamsch“

SPD. Berlin, 9. März (Radio).

In der Berliner Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat die SPD noch einen starken Anhang. Sie versuchte jetzt mit allen Mitteln, die Mehrheit zur Generalversammlung zu erhalten und damit die Zahlstelle zu erobern. Und doch wurde die sogenannte Opposition zurückgedrängt. Von den 12 208 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste Amsterdam 6435, auf die Liste der „Opposition“ 5771. Im vorigen Jahre waren von 11 180 Stimmen auf die Amsterdamer Liste 5771 und auf die „Opposition“ 5379 Stimmen entfallen.

Eine nette Gewerkschaft

GDV schmückt sich mit fremden Federn und Inter-nemerlob

In Nr. 1 des Angestellten in der Chemischen Industrie, Fachgruppenblatt des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDV), wird in einem „Ausschnitt - Ausblick“, berichtet, daß von dem Verband in zwei Sondertagungen der Angestelltenratsmitglieder in Halle und in Frankfurt a. M., die besonderen sozialpolitischen Verhältnisse der Angestellten in der F.-G. Farbenindustrie behandelt worden sind. In dem Bericht heißt es:

„Hervorzuheben ist, daß auf die Initiative des Koll. Böttner ein besonderer sozialpolitischer Ausschuß im Aufsichtsrat der F.-G. Farbenindustrie, L.-G., geschaffen worden ist, der vor jeder Aufsichtsratsitzung zusammentritt und sich mit allen wesentlichen Angelegenheiten beschäftigt. Die dem Ausschuß gehört sowohl der Vorsitzende des Aufsichtsrats wie auch der Vorsitzende des Vorstandes der F.-G. an, so daß die Möglichkeit zur positiven Arbeit für die Angestellten in dieser Körperschaft gegeben ist.“

Diese Behauptung ist falsch: Nicht Herr Böttner vom GDV, sondern unser Kollege Sparre vom Fabrikarbeiterverband hat im Aufsichtsrat den Antrag gestellt, daß ein besonderer sozialpolitischer Ausschuß geschaffen werden soll, der nicht nur die Belange der Angestellten, sondern auch die der Arbeiterschaft wahrnehmen soll.

In demselben Artikel wird auch die Zweckmäßigkeit der Zeitung des GDV, „Der Angestellte in der Chemischen Industrie“, hervorgehoben, und als Kronzeugen dafür beruft man sich auf den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Geheimrat Dr. Duisberg, mit nachfolgendem Satz:

„Der gediegene Inhalt der Zeitung hat auch die Anerkennung der Arbeitgeberseite gefunden, so hat z. B. der Aufsichtsratsvorsitzende der F.-G. und Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herr Geheimrat Duisberg, sich anerkennend über den Inhalt unserer Zeitung ausgesprochen.“

Wenn das nicht reicht, reicht gar nichts mehr. Ob die Angestellten im GDV mit diesem Bericht über ihre Zeitung konform gehen, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber soviel steht fest, daß man in Gewerkschaftskreisen auf solche Anerkennungen, die von Arbeitgebersseite kommen, keinen allzu großen Wert legt und es einzig darauf ankommt, daß eine Gewerkschaft sich darauf beruft. P. Hertwig.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten veranstaltet am Sonnabend, dem 10. März, 15,45 Uhr, in der 4. Berufsschule, Leipzig W 33, Meißnerstraße 58/59, einen Lesebildervortrag über Sachens Berufsschulen, gehalten von Herrn Berufsschul-Oberlehrer Engelmann. Mit diesem Vortrag ist eine Besichtigung der Lehrwerkstätten verbunden. In Anbetracht der Wichtigkeit für die ins Berufsleben tretende Jugend bittet der Bund Eltern und Erzieher, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Der Eintritt ist kostenlos.

Der Verkehrsband Frankfurt a. M., Abt. Straßenbahner, hat das Lohnabkommen mit dem rhein-mainischen Bezirksarbeiterverband der Gemeinden und Kommunalverbände zum 31. März gekündigt. Es werden neue Lohnforderungen eingereicht, über deren Höhe die Gewerkschaft bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen hat.

14 000 Eisenbahner, die in den Lilloan-Werkstätten der Ostindischen Eisenbahn beschäftigt waren, sind in Verbindung mit einem Streik der ungelerten Eisenbahnarbeiter, die höhere Löhne verlangten, ausgesperrt worden.

EIN VORBILD DER SCHÖNHEIT

ist und bleibt unsere anerkannt erstklassige Kleidung für jeden Herrn, welcher Wert darauf legt, auch in seinem Äußeren Gediegenheit und guten Geschmack zu bekunden. Die allgemeine Beliebtheit der von uns geführten Modelle verdanken wir in der Tat dieser besonderen, in allen Einzelheiten durchdachten, stilvollen Eleganz. Sie ist das Ergebnis einer von Überlegung und Sorgfalt geleiteten Arbeit, der große Erfolg eines guten, zielbewußten Gedankens. So geben wir Ihnen mit den Neuheiten der

Frühjahrs- und Sommermoden

in den von uns gepflegten, für jedermann kleidsamen Formen, Farben und Ausmusterungen ein vollkommenes Resultat: unsere hochwertige Fertigung von vorbildlicher Schönheit, von zuverlässig gutem Sitz, tadelloser Verarbeitung und überzeugender Preiswürdigkeit.



Sakko-Anzüge Frühjahrs-Neuheiten in Mittel-Qualitäten ... **39.- 49.- 59.- 69.-**

Sakko-Anzüge Frühjahrs-Neuheiten besserer und bester Qualitäten ... **79.- 98.- 120.- 145.-**

Sport-Anzüge lange Hosen und Breeches oder Gollhose ... **49.- 69.- 98.- 125.-**

Frühjahrs-Ulster neumodische Chevots ... **34.- 49.- 59.- 69.-**

Frühjahrs-Ulster bessere und beste Qualitäten ... **79.- 98.- 120.- 145.-**

Covercoat-Paletots auf Satinella oder K'selde gefüttert ... **54.- 74.- 98.- 110.-**

UNSER FRÜHJAHR-KATALOG IST ERSCHIENEN / VERLANGEN SIE KOSTENFREIE ZUSENDUNG

Hollenkamp

LEIPZIG BRÜHL

Größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Konfektion

Achtung!

Anfall-, Invalidentrentner und Fürsorgeempfänger

Sonntag, den 11. März 1928, vormittags 9 Uhr, findet im Volkshaus, großer Saal, eine

Öffentliche Versammlung

hat - Tagesordnung: Die Anträge unserer Organisation auf Erhöhung der Invalidentrenten, sowie Neuregelung der Unfallversicherung. Referent: Kollege Wöhe, Berlin. Aller Erscheinen ist dringend notwendig. Die Gruppenleitung

Geschäftsstelle: Leipzig, Sonnenmühlstraße 8 II, St 71

Ämliche Bekanntmachungen

Die vom Polizeipräsidenten Leipzig am 11. November 1919 unter der Listennummer 440 auf den Namen **Friedrich Alfred Schneider** ausgeteilte Führerschein-Zweitkarte für Kraftwagen ist abhandlungsgeworden. Zur Verhütung von Mißbrauch wird dieser Führerschein hiermit für ungültig erklärt. V. R. III 674 Leipzig, den 8. März 1928. Das Polizeipräsidentium.

Der vom Polizeipräsidenten Leipzig am 23. Juli 1925 unter der Listennummer 13924 auf den Namen **Karl Richard Stübber** ausgeteilte Führerschein für Kraftwagen ist abhandlungsgeworden. Zur Verhütung von Mißbrauch wird dieser Führerschein hiermit für ungültig erklärt. V. R. III 985 Leipzig, den 6. März 1928. Das Polizeipräsidentium.

Tausch Die Lieferung der Lernmittel für die Volks- und für die Berufsschule in Tausch für das Schuljahr 1928 ist zu vergeben. Angebotsordrude im Rathaus Zimmer 4. Die Angebote sind nach dem im Angebotsordrude enthaltenen Bedingungen bis zum 15. März 1928 abzugeben. **Stadtrat Tausch**, am 8. März 1928.

Liquidations-

Ausverkauf

Grimmischer Steinweg 8, I. Um die Liquidation möglichst bald zu beenden, verkaufen wir:

- Herren-, Sport-, Burschen-, Konfirmanden-Anzüge
- auch bessere Qualitäten, zu nochmals herabgesetzten Preisen.
- Kleider 4.00 8.00 12.00
- Konfirmanden-Kleider 4.-, 6.-, 12.-
- Damen-Mäntel u. -Kostüme
- Herren- u. Burschen-Covercoats, Windjacken
- Sum Teil weit unter Einkaufspreis
- A. Hermsdorf & Co. in Ligu.**
- Paul Alfred Gärtner, als Liquidator

Landestonkervatorium der Musik zu Leipzig

Direktion: Professor Max Bauer. 86. Studienjahr, zur Zeit 750 Studierende. Vollständige Ausbildung in der Musik als Kunst und Wissenschaft: Theorie der Musik und Komposition, sämtliche Instrumentalfächer (Geige, Violine, Klarinette, Horn, Fagott, Trompete, Orgel, Cello, Kontrabaß, Schlagwerk, Chor- und Opernschule, Staatliche Prüfungen. Im Laufe des Studienjahres finden 6 Orchester, 3 Chor-, 10 Solisten-, 20 Orchestersolisten-, 1-2 Opernaufführungen und ca. 40 Vortragsabende (Solisten- u. Kammermusik-Konzerte) statt. Sämtliche Aufführungen öffentlich. **Kirchenmusikalisches Institut der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens.** Direktion: Prof. Max Bauer und Prof. Dr. Karl Straube. Ausbildung und Prüfungen als Kirchenmusiker (Kantoren und Organisten). Im Institutsgebäude: 1 Konzertsaal und 6 Übungsorgeln. Aufnahmepflicht für beide Institute am 12. u. 13. April, vorm. 9 Uhr. Prospekte mit Anmeldeformularen kostenlos. Leipzig C 1, Grasslstraße 8. Tel. 23228 und 21594.

Kleide Dich gut und Du hast Erfolg!

Unsere

Teilzahlung

für elegante Frühjahrsmoden in

Herren-Anzügen / Uebergangs-Mänteln
Burschen-Anzügen / Konfirmanden-Anzügen

1/4 Anzahlung

Rest in 3-4 Monats- oder 16 Wochenraten

Durch die **Selbstfabrikation** unserer Gesellschafter für über 20 eigene Geschäfte bieten wir Ihnen **große Auswahl und billige Preise**

Franz Mettner

Zeitzer Straße 8 - im Hause G. D. A.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Für sofort werden gesucht:
Mehrere geübte Sprüherinnen für Gummiplatten
Mehrere geübte Arbeiterinnen für Gummihandschuhe
Mehrere geübte Präservativtaucher und
mehrere geübte Patentgummiarbeiter als Vorarbeiter

Mit Wohnungsmeldeschein und Arbeitszeugnissen in der Zeit von 8 bis 15 Uhr zu melden beim

Arbeitsamt Leipzig,
Fachabteilung für Fabrikarbeiter,
Sternwartenstraße 15/21, Erdgeschoss

Frühjahrs-Neuheiten

in **Damen-, Herren- und Konfirmanden-Bekleidung** jetzt **Größte Auswahl!**



Gardinen - Betten - Teppiche auf **Teilzahlung!**

M. Baumgärtel
Königsplatz 9, I., Durchgang Kramerstr.

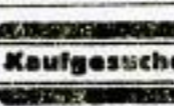
Radio - Lautspr. u. Fernsprechanlage, kompl. Anlage, wochtl. M 2.50, E. Grob, Hainstr. 14, Gebr. Nähmasch. Rittersstr. 4., Schuba Nähmasch.-Geschäft



Presto, Adler, Weltradbabeln billig, Teilschulds, halbjährl. R. 50 **Reinhardt**

Kinderwagen Klappwagen, Kuppelwagen, Kinderstühle usw. Teilschulds, ist mittelm. **Elsterstraße 46. I**

Tiefen Kinderwagen weiß, ol. bill. Martin, Bauerstraße St. 14 III. c.



Kanarienhähne u. -Weibchen laufs Sonnabend, d. 10. März u. 13. 5 Uhr in Leips. Lindenau, Stelanderstr. 18 II r **Schulle**.

Diverses

Verleih von Gesellschaftsanzügen **Baumgärtel** Königsplatz 9, I.

Vermietungen

Best möbl. Zimmer zu verm. an berufstät. alt. Herrn od. Frau. **Sternstr. 19 I. r.**

Wohnungen

6 möbl. berufstät. ges. Ehepaar sucht zum 15. März 1. u. 2. H. leere Zimmer, möbl. St. Off u. O. 4 St. **Elisabethstr. 19 erb.**

Mehrere Zurlichter stellen sofort ein **Gebr. Hecht,** Rauchwaren-Zurlichter, O. m. b. H., **Lindenu, Panasstrasse** Endstation Linie 15.

Kanarienhähne v. Mollwitz, 54 IV. I beim Hausmann.

Elegant Schuhwaren erhalten Sie auf Teilzahlung bei wochentl. Ratenzahlung von 2.- **Nachwakti** Taubchenweg 64

Verkäufe

Speise-Kartoffeln weiße, rote, gelbe, Zr. von 3.50 an **P. Hachenberger,** Ladestraße 4.

Seberjaden sind stattlich u. Mod. für Sport und Beruf, in allen Größen liefern billig **Gold & Co. Leipzig, Münzgasse 9**

Reformbetten Holzbetten - Kinderbetten Auflegematrizen **Ref.-Uniorbot an - Steppdecken** **Solas - Cha'selongs** Teilzahl. ohne Aufschlag, sof. Lieferung **F. Enke, Elsterstraße 46, I. Etz.**

Waldwannen, Brühfläßer circa 1000 und billig, verkauft **Anna Sprewitz, Karl-Heine-Str. 84**

HAHN

Liefert Ihnen sehr preiswert das und en. auch auf Kredit **Anzüge, Sportanzüge, Mäntel, Covercoats, auch Damen - Mäntel** usw. Mehrere Auswahl überbindl. Beibehaltung sehr erbeten. **Johannisplatz 6-7** in den neuen Gebäuden.

Bou Herrschaften (spento getragen) **Herr. Garderobe** bill. zu ver. **Wittles, Pöhlstraße 12, v.** Ein- u. Verkaufsgesch.

Ges. Kleid, Duffel, Sportjaden, Gardin, Bettwäsche, Kasset, Hand- und Wäsche, Damen- und Herrenwäsche, erb. Sie auf Teilzahlung gegen wöchentliche Raten von **Mark 2.-** an bill. Preisen. **Rachwa ski, Taubchenweg 64.**

Möbel solange Vorrat, noch a. alten, niedrigen Preisen. **Krause** Humboldtstr. 18

20-25 Küchen und diverse lackierte und furnierte **Schlafzimmer** gibt billigst ab **Lendel, Möbelhandlung, Jöhlichstr. 33**

Maurer Zimmerer-Reisung Reparaturen Kost. Schürmerh. 23. Lab

Gutes haltene **Maßanzüge** wie neu sehr bill. **Aitmanns** Garderobengeschäft **Preußergasse 9, I.** gegenüb. Althoff

Hallo! Kinderbetten 18 Mark nur kurze Zeit! **Elsterstr. 46, I.**

95-Tage

Lassen Sie sich die Vorteile dieser Verkaufs-Veranstaltung nicht entgehen!

- | | |
|-------------------------------------|---|
| 1/2 Pfd. Kaffee gebr. 95 | 1 Dose Corned-Beef 95 |
| 4 Pfd. Gerste gebrannt 95 | 2 Dosen Olsardinen 95 |
| 4 Pfd. Korn gebrannt 95 | 1 Pfd. Edamer Käse 95 |
| 3 Pfd. Malzkaffee 95 | 1 Schacht. Emmenthaler 95 |
| 4 Pfd. Graupen 95 | 3 Pfd. Kunsthonig 95 |
| 4 1/2 Pfd. Vollreis 95 | 1 Pfd. Fleischsalat 95 |
| 2 Pfd. Makkaroni 95 | 1 Pfd. Mayonnaise 95 |
| 2 1/2 Pfd. Hausm.-Nud. 95 | 2-Pfd.-Eimer Pflaumenmus 95 |
| 2 Pfd. Suppeneinlage 95 | 2-Pfd.-Eimer Oranfr.-Marmel 95 |
| 4 1/2 Pfd. Weizenmehl 95 | 2-Pfd.-Dose Erbsen, mittelfein 95 |
| 3 Pfd. Kartoffelmehl 95 | 12 frische Eier 95 |

- | | |
|---|---|
| 1 Fl. Rotwein Montagne 95 (1 1/2 Flaschenpfand) | 2 Liter Apfelwein 95 vom Faß |
| 4 Tafel. Speiseschokol. 95 100 Gramm | 2 Tafel. Vollmilchschokol. 95 100 Gramm |
| 3 Tafel. Milchschokol. 95 100 Gramm | 1 1/2 Pfund Mürbe-Keks 95 |
| 10 Tafel. Speiseschokol. 95 25 Gramm | 3 Tafeln Milch-Block 95 100 Gramm |
| 4 Tafel. Blockschokol. 95 100 Gramm | 1 Pfd. Nußbrot 95 |
| 1 Pfund Blockschokol. 95 | 1 Pfd. Nougat 95 |

In allen Abteilungen tägl. Bedarfs-Artikel zum Einheitspreis von **95**

Um den „Industriefrieden“

Der kluge Generalrat

Der britische Gewerkschaftsbund und die Besprechungen mit den Unternehmern

(303) Um die angeschlossenen Organisationen über die mit einer Gruppe von Großunternehmern geführten und noch zu führenden Besprechungen genau auf dem laufenden zu halten, wurde von der letzten Sitzung des Generalrates des britischen Gewerkschaftsbundes beschlossen, den Verbänden einen Vorbericht über die erste Besprechung zu unterbreiten. Es wird darin auf die große Wichtigkeit und die ernste Lage in der Kohlen-, Eisen-, Stahl-, Schiffbau- und Maschinenbauindustrie hingewiesen sowie der Ansicht des Generalrates Ausdruck verliehen, wonach eine Exekutive, die es unter solchen Umständen unterlassen würde, jedes zur Verbesserung der Lage der Mitglieder in Betracht kommende Mittel ausfindig zu machen und zu prüfen, nicht wünschenswert wäre, im Amte zu bleiben.

Soll etwas unternommen werden, so stehen nach Ansicht des Generalrates drei Wege offen:

1. kann man offen sagen, daß die Gewerkschaften alles tun werden, um den industriellen Apparat stillzulegen und unter der Annahme einer revolutionären Lage zu schaffen, daß sich diese zum Vorteil der Arbeiter gestalten und zur Beseitigung des Kapitalismus führen werde.

2. kann man sich abseits halten und den Unternehmern jagen, sie sollen mit den Schwierigkeiten selber fertig werden. Die Gewerkschaften können dann im übrigen bestrebt sein, da und dort für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen.

3. kann man offen sagen, daß die Gewerkschaften nicht nur das Wohlergehen der Industrie als Ganzes angeht, sondern daß sie sogar ein Wort bei ihrer Gestaltung mitreden wollen, so daß sie Gelegenheit haben, die neue sich geltend machende Entwicklung zu beeinflussen.

Die erste Alternative lehnte der Generalrat als wirkungslos ab. Er sieht darin eine Methode, die lediglich zu Blutvergießen und Elend führt. Die zweite Möglichkeit läßt sich in keiner Weise vereinbaren mit der modernen Forderung betr. eine vollständige Umgestaltung der Lage des Arbeiters in der Industrie. Es wäre ein Eingeständnis der Ohnmacht der Gewerkschaften, d. h. die Gewerkschaften würden damit sagen, daß sie an der zur Zeit im wirtschaftlichen Leben der Nation in Erscheinung tretenden Umwälzung nicht teilnehmen.

Soll die Gewerkschaftsbewegung als eine lebendige, aufbauende Kraft bestehen bleiben, so steht nach Ansicht des Generalrates nur ein Weg offen: Sie muß zeigen, daß sie die Wohlfahrt der Industrie etwas angeht und sie die wirtschaftliche Reorganisation der Industrie sowie die Erzielung materieller Vorteile auf Grund dieser Reorganisation fördern und führen will.

Was die Auswahl der zu besprechenden Punkte betrifft, so wurde im Zusammenhang mit den von den Unternehmern unterbreiteten Fragen (Rationalisierung, Fusionen, Sicherheit und Lebensstandard des Arbeiters, Wohnungsbau, Hygiene und Arbeitslosenversicherung, Erziehung und Industrie, Auswirkung der Lagen und Steuern, Betriebsräte, finanzielle Beteiligung der Arbeiter, Erhebungen über die Ursache von Konflikten, Schaffung eines permanenten Komitees) von Seiten der Gewerkschaften festgestellt, daß in keiner Weise der Gedanke bestehen dürfte, irgendwelche Fragen aus der Diskussion auszuschalten, deren Besprechung die Arbeiter als wichtig betrachten, und zwar auch im Hinblick auf die Möglichkeit, daß die Besprechungen, die vorläufig nur mit einigen individuell auftretenden Unternehmern geführt werden, später von einer Körperschaft fortgesetzt werden könnten, die für die ganze Industrie sprechen kann.

Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß zum erstenmal in der Geschichte die Vertreter der organisierten Arbeiter eingeladen worden seien, eine Gruppe bedeutender Industrieller zu treffen, um mit ihnen die materielle Lage und die Leitung der Industrie, neue Entwicklungen auf technologischen und organisatorischem Gebiet, die nationale und internationale Organisation der Industrie, die Prüfung von Mitteln zur Verbesserung des Status und der Sicherheit der Arbeiter und Methoden zur Herbeiführung eines möglichst hohen Lebensstandards für das Volksganze zu besprechen.

Dem Bericht zufolge ist der Generalrat überzeugt, daß nicht nur seine Beschlüsse und die daraus erflandenen Schritte klug, richtig und im Interesse der Arbeiter waren, sondern daß er die Klüge der angeschlossenen Organisationen verdienen würde, wenn er einen gegenseitigen Beschluß gefaßt hätte.

Der „Friedensweg“ der Unternehmer

Eine Antwort an die friedenswilligen Gewerkschaften

Wir haben nicht die Absicht, dem Generalrat der britischen Gewerkschaften das Vergnügen zu bestreiten, sich selbst als klug zu bezeichnen und seine Schritte als richtig. Ueber die Klugheit und Richtigkeit der englischen Industrie-Friedensverhandlungen entscheiden letzten Endes die Tatsachen der sozialen Entwicklung. Mehrere solcher Tatsachen scheinen uns aber schon heute dafür zu sprechen, daß die industriefriedlichen Erwartungen in England reichlich hoch gespannt sind.

Wir haben nicht die Absicht, dem Generalrat der britischen Gewerkschaften das Vergnügen zu bestreiten, sich selbst als klug zu bezeichnen und seine Schritte als richtig. Ueber die Klugheit und Richtigkeit der englischen Industrie-Friedensverhandlungen entscheiden letzten Endes die Tatsachen der sozialen Entwicklung. Mehrere solcher Tatsachen scheinen uns aber schon heute dafür zu sprechen, daß die industriefriedlichen Erwartungen in England reichlich hoch gespannt sind.

Wir berichten schon, daß die Baumwollunternehmer in Lancashire eine Lohnherabsetzung von 2,5 Prozent und eine Arbeitszeitverlängerung von 48 auf 52 1/2 Stunden wöchentlich verlangen. Ueber diese Absichten wird nun schon seit vielen Wochen verhandelt. Am 14. Februar beschloßen die Unternehmer nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Gewerkschaften, den Tarifvertrag, der sich auf mehr als eine halbe Million Arbeiter und auf acht Gewerkschaftsverbände erstreckt, zu kündigen, um ihre Absichten durchzusetzen. Vorsichtigerweise hatten sie ihren Beschluß aber so weit befristet, daß in der Presse sofort die Auffassung vertreten wurde, daß damit nur die Gewerkschaften erneut an den Verhandlungstisch gezwungen werden sollten.

Von den Gewerkschaften wurde dann auch die Erklärung abgegeben, sie hätten nur abgesehen, über die oben mitgeteilte Formulierung der Unternehmerforderungen zu verhandeln. Sie seien aber nicht aufgefordert worden, im allgemeinen die Frage der Löhne und der Arbeitszeit in ihrer Bedeutung für die Erzeugungskosten zu erörtern. Nunmehr luden die Unternehmer die Gewerkschaften zu einer neuen gemeinsamen Konferenz ein und nahmen Abstand davon, das Lohnabkommen zu kündigen. Diese neue Konferenz fand am 27. Februar statt. Die Arbeitgeberverbände erklärten dabei, sie seien bereit, ihre genau fixierten Forderungen auf Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung zurückzugeben, verlangten aber eine Untersuchung über die Wirkung der augenblicklichen Löhne und der Arbeitszeit auf die Preisbildung. Die Konferenz wurde dann nochmals auf den 5. März vertagt. Sie schloß an diesem Tage an der Unmöglichkeit, für eine gemeinsame Untersuchungskommission sich auch nur auf einen beiden Parteien genehmen unabhängigen Vorsitzenden zu einigen.

Wir stellen diese Tatsachen jedem Arbeiter zur Entscheidung darüber, ob diese Probe auf das Industriefriedensgerade ernsthaftem Ausschließen für gewerkschaftliche Erfolge auf solchem Wege läßt.

Wetterbericht der Arbeiter-Zeitung u. Sportschule

Oben. 2 Grad Ralte, 15 Zentimeter Schneehöhe, 3 bis 5 Zentimeter Neuschnee, Föhnwind, St. und Nebel auf.
Wald. 2 Grad Ralte, 4 Zentimeter Schneehöhe, 4 Zentimeter Neuschnee, nur Nebel möglich.
Mitteberg. 4 Grad Ralte, 15 Zentimeter Schneehöhe, 7 Zentimeter Neuschnee, Föhnwind, St. und Nebel möglich.
Oberrheinland. 4 Grad Ralte, 1 Zentimeter Schneehöhe, fast verhaselt, St. und Nebel auf Waldwegen.
Wald. 4 Grad Ralte, 60 Zentimeter Schneehöhe, 1 Zentimeter Neuschnee, gelblich, St. und Nebel auf.
Waldweg. 4 Grad Ralte, 2 Zentimeter Schneehöhe, 2 Zentimeter Neuschnee, verhaselt, St. und Nebel auf Waldwegen.
 In den Schließigen Gebieten ist Neuschnee gefallen; in den Tälern herrscht leichtes Tauwetter. In Riefen und Harzgebirge bei Föhnwind St. und Nebel sehr gut.

Der Unglückschacht

Auf der Benzelsaus-Grube in Melle bei Neurube, die am Mittwoch wiederum zur Unglücksstätte für acht Personen wurde, hat sich erst vor etwa zwei Jahren in der gleichen Absektion ein ähnliches Unglück ereignet, bei dem vier Bergleute ums Leben kamen. Auch damals soll, wie bei der jetzigen Katastrophe, ein Kohlenäureausbruch die Explosion verursacht haben. Der Staatsanwalt stellte nach dem ersten Unglück gegen die Direktion der Grube einen Antrag wegen fahrlässiger Tötung. Termin war für den 17. März d. J. vor dem Stahler Schöffengericht angesetzt. Inzwischen ereignete sich das zweite, noch schwerere Unglück auf der Benzelsausgrube.

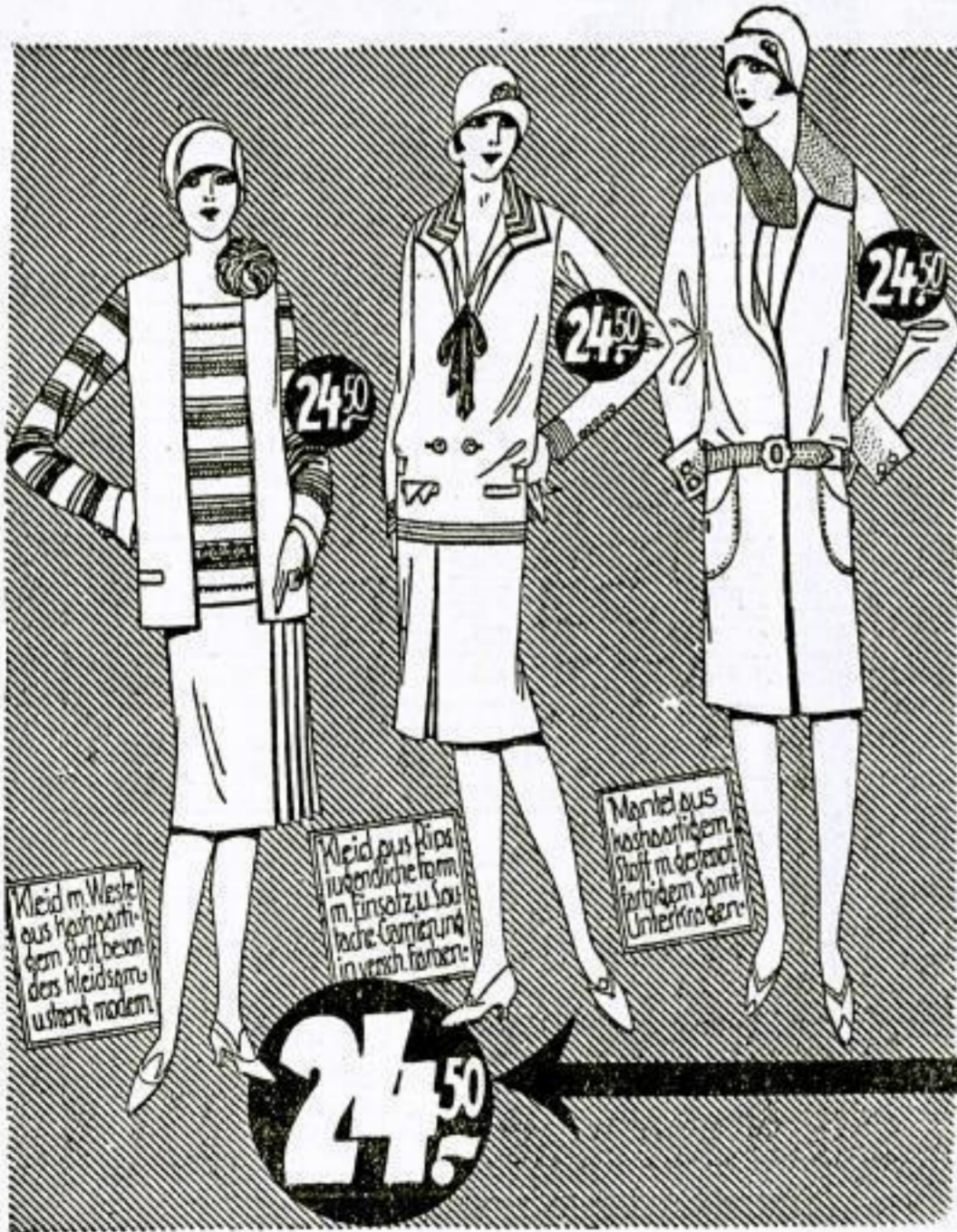
Die Katastrophe hat sich wie folgt zugetragen: Die Bergassessoren Kasse und Heine waren am Mittwoch im amtlichen Auftrag in das Neuruber Grubenrevier gereist, um die Verhältnisse in der Benzelsausgrube zu untersuchen. Sie wurden von vier Bergleuten begleitet. Einige Zeit nach der Einfahrt wurde plötzlich in der zweiten Absektion des Wilhelm-Flozes von einem Aufschlagsbeamten ein starker Luftzug bemerkt, der einige Lampen in der Grube auslöschte. Die Stelle, wo der Luftzug aller Wahrscheinlichkeit nach seinen Ausgang nahm, befindet sich 400 Meter unter der Erdoberfläche. Der Luftzug wurde von dem Beamten sofort als ein Anzeichen für einen bevorstehenden Kohlenäureausbruch gedeutet. Das Grubenpersonal ist mit derartigen Erscheinungen vertraut, da in der Benzelsausgrube schon wiederholt Gasausbrüche erfolgt sind. Trotz den aus den bisherigen Kohlenäureausbrüchen gezogenen Lehren und den getroffenen Vorbeugungsmaßnahmen wurde bisher jedoch ein vollkommener Schutz gegen derartige Vorkommnisse noch nicht gefunden. Der Aufschlagsbeamte alarmierte sofort die Rettungskolonnen nach dem gefährdeten Abschnitt, in dem sich außer den beiden Assessoren und ihren beiden Führern noch eine Anzahl Bergleute befanden. Ein Trupp Bergarbeiter hatte versucht, den giftigen Gasen zu entweichen. Dem meisten gelang das auch; zwei ihrer Kollegen brachen jedoch unterwegs tot zusammen. Die übrigen vermochten so lange durchzuhalten, bis sie von den Rettungsmannschaften geholt wurden.

Die Rettungskolonnen traf wenige Minuten nach dem Alarm in der Grube ein. Zunächst wurden die beiden Assessoren mit ihren vier Begleitern als Leichen gefunden; in den benachbarten Gängen fand man später noch zwei weitere Tote.

Rundfunkprogramm Leipzig

Sonnabend, den 18. März.

- 10.20 Uhr: Befanntgabe des Tagesprogramms.
- 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11.40 Uhr: Wetterdienst und -vorausgabe (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsbesonderheiten.
- 11.50—12.50 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Künstlerische Darbietungen für die Schule. „Frühlingsfreude in Wort und Ton aus dem 18. Jahrhundert“.
- 12.55 Uhr: Kauenor Zeitzeichen.
- 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 13.30—18.30 Uhr: Musikalische Kaffeestunde mit Funkwerbung.
- 16.30—18.00 Uhr: Konzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. F. K. Duse.
- 18.00—18.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Dr. D. Neurath: „Die neue Bildschiffahrt als Mittel sozialer Aufklärung“.
- 18.30—18.45 Uhr: Funkballstunde.
- 18.45—19.00 Uhr: Walter Großmann vom Gewerkschaftsbund der Angestellten: „Aus der Praxis des Arbeitsrechts“.
- 19.00—19.30 Uhr: Oberregierungsrat Dr. Heiland vom Leipziger Volkstheater: „Polizei und Publikum“.
- 19.30—20.00 Uhr: Lehrer Robert Gerber: „Das Studium der Vogelkimmern“.
- 19.30—20.00 Uhr: Wettervorausgabe und Zeitangabe.
- 20.15 Uhr: Funkspiel. I. Teil. Mitwirkende: Elise Helwig (Registrierende), Nora Ritsch (Chanson), Reinhold Balgus (Vaterbistisches) und Erhard Biedel (Chansons und Humor) und das Leipziger Rundfunkorchester. II. Teil. Der Einbringling. Schwanke in einem Aufzuge von Max Mendheim. Spielleitung Hans Wesen Schmiedel. Personen: Der Vater, Reinhold Balgus, Der Großvater, Erhard Biedel, Tante Malchen, Elise Helwig, Hedwig, Annemarie Henckel, Lasso, Sophie Cassef, Paul, Nora Ritsch, Die Schlemichen, Hebamme, Marie Dalhoff, Mimma, Magd, Marie Schippang. 22.00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22.15—24.00 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.



Das Äußerste

Erzielt sich beim Einkauf nur durch die Vergebung großer Aufträge, erzielen. Weil wir das wissen, decken wir durch unser Berliner Einkaufsbüro, einen großen Teil des Gesamtbedarfs sämtlicher Häuser an einer Stelle. Die dadurch erzielten vorteilhaften Bedingungen ermöglichen es uns, unseren Kunden ebenfalls die denkbar größten Vorteile zu bieten. Ein markantes Beispiel aus der Praxis

ist dieser Preis!

Was wir zu demselben liefern, muß jeder Dame Achtung abtrotzen.

ALTHOFF

Jubiläums-Verkauf

in Gardinen, Teppichen, Lüsterstoffen, Sofabezügen, Vorlegern, Feilen, Tisch-, Diwan-, Schlaf-, Stopp-, Decken, Reise-, Kamelhaar- zu unseren stadtbekannt billigen Preisen

Gutschein!

Als Anerkennung gewähren wir bei Einkauf von 10 Mark an 1 Mark Vergütung

25 Jahre
Engel
 Praußergäßchen 1-5
 Ecke Petersstraße

Brauchen Sie Beltragsmarken?



Lieferung gut, schnell und preiswert durch

Leipziger Buchdruckerei A.-G.
 Leipzig, Tauchaer Straße 19/21
 Telefon 73206



Rauhes Märzwetter

Das wolkenlose, nachts noch kalte, tagsüber jedoch frühlingshafte Hochdruckwetter hat, wie erwartet, in der zweiten Hälfte dieser Woche seinen Abbruch durch veränderliche Märzwitterung gefunden. Die lange Dauer der beständigen Witterungsperiode, die volle vierzehn Tage angehalten hat, bildete den charakteristischsten Gegenfah zu der seit dem Beginn des Jahres nie ununterbrochenen Veränderlichkeit. Ihr Abbruch wiederum ist nicht minder charakteristisch; denn dieser nun eingetretene Rückschlag ist mit seinem rapiden Temperatursturz bis nahe an den Gefrierpunkt auch in den Tagesstunden, mit seinen Regen- und Schneefällen nur scheinbar ein Rückfall in den Winter; es ist in Wirklichkeit der erste jener Frühjahrsrückfälle, die für das Witterungsbild in unseren Breiten so bezeichnend sind, und die uns so oft fast völlig um den Gewiss des Frühlings überhaupt bringen. Denn Jahre, in denen diese Rückfälle ganz ausbleiben, sind höchst selten; ein solches ist im 20. Jahrhundert bisher nur ein einziges Mal, nämlich 1920, vorgekommen, und es kann sehr wohl sein, daß die heute lebende Generation ein Frühjahr ohne Rückfälle nicht zum zweitenmal erlebt.

Die klimatische Begünstigung West- und Mitteleuropas, verursacht durch die Nähe des Ozeans sowie durch den günstigen Einfluß von Nord- und Ostsee, kehrt sich im Frühjahr in ihr Gegenteil um. Da das Meer erst am Ende des Winters seine größte Abkühlung erreicht, so macht sich in dieser Zeit in den hohen ozeanischen Breiten die Tendenz zur Luftdrucksteigerung geltend; denn die Kälte des Meeres begünstigt die Bildung von Hochdruckgebieten. Daher kommt es, daß während der Frühlingssmonate das Maximum des Luftdrucks meist im Nordwesten Europas lagert, wohin aus dem Raum von Grönland bis über Island hinaus kalte Polarluft abfließt, um sich von hier aus oft über den ganzen Erdteil bis ins Mittelmeergebiet auszubreiten, sobald durch die erste stärkere Erwärmung auf dem europäischen Festland Zyklogen entstanden sind, auf deren Rückseite die kalte Polarluft gemäß den atmosphärischen Drehungsgesetzen nach Europa abfließen kann.

Jeder Frühjahrsrückschlag bedeutet somit ein Vorbringen der Polarfront und damit ein nachwintertliches Witterungsbild. Die verbreiteten Schneefälle am Donnerstag und die den Gefrierpunkt nur wenig übersteigenden Temperaturen waren die Folge des Kaltstufeneintruchs nach Mitteleuropa, das an Stelle des verschwundenen Hochdruckgebieten nunmehr von einem flachen Tief eingenommen wird. Das Luftdruckmaximum von über 770 Millimeter Höhe befindet sich bei Island und wird sich während der nächsten Tage über den ganzen Norden des Erdteils ausbreiten, wogegen die ozeanischen Wirbel längs seinem Südrand, aber nur langsam, in den Erdteil eindringen werden. Damit ist der frühlingshaften Wärme der letzten Zeit, bei der die Temperaturen in West- und Süddeutschland sowie in der Nordschweiz wiederholt auf 14 bis 16 Grad Wärme gestiegen waren, vielleicht auf Wochen hinaus ein Ziel gesetzt. Die Wetterlage wird vielmehr vorläufig ungünstig bleiben; sie läßt sich am treffendsten durch die Bezeichnung „rauhes Märzwetter“ charakterisieren.

Wie die Konsum-Vereine die Preise regeln

Ein großer Teil der Verbraucher begreift immer noch nicht, welchen Einfluß die Konsumvereine auf die Preisgestaltung ausüben und wie notwendig der weitere Ausbau der Konsumvereine ist. Welche Preise gezahlt werden müssen, wenn die Konsumvereine nicht bestanden, das zeigt folgender Fall:

In einem Orte bei Eisenach wurden von den Händlern derartig hohe Preise gefordert, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung genötigt sah, den Konsumverein in Eisenach um die Eröffnung einer Verkaufsstelle zu ersuchen. Kaum war die Verkaufsstelle eröffnet und schon setzten die Händler die Preise herunter. So wurde z. B. der Preis für Schmalz von 1,20 Mark auf 88 Pfg., der Preis für Zucker von 40 auf 31 Pfg., der Preis für Mehl von 30 auf 25 Pfg. herabgesetzt. Auch der Brotpreis wurde beträchtlich reduziert. Ja, nachdem die Konkurrenz des Konsumvereins da war, gingen die Händler noch weiter und verkauften einige Waren noch etwas billiger als der Konsumverein, um zu erreichen, dem Konsumverein die Kundenschaft wieder abzutreiben. Das Borgehen der Händler blieb jedoch ohne Erfolg. Der Vorgang zeigt deutlich, daß die Händler die Waren sehr gut billiger verkaufen konnten und auch dabei noch verdienten. Hätte der Konsumverein die Verkaufsstelle nicht eröffnet, dann hätte die Bevölkerung die hohen Preise auch noch weiter zahlen müssen. Und so dürfte es allgemein sein, wenn die leistungsfähigen Konsumvereine nicht bestanden.

Noch ein anderer Fall:

In Bremen setzte die Bäderinnung höhere Preise für Brot und Kleingebäck fest. Der Konsum-Verein befehlt jedoch die alten Preise bei. Die Folge davon war, daß auch die Bäderinnung die Preise wieder herabsetzen mußte. Die Bäderinnung hätte niemals daran gedacht, die Preise wieder herabzusetzen, wenn der Konsum-Verein nicht vorhanden gewesen wäre und geringere Preise gefordert hätte.

In Leipzig hat die Bäderinnung ebenfalls einen höheren Preis festgesetzt als der Konsum-Verein. Die Mitglieder des Konsum-Vereins zahlten 20 Pfg. pro Pfund Brot, bei den Bädermeistern kostete aber das Pfund Brot 21 Pfg. Der Preis für Brot und andere Backwaren würde bei den Bädermeistern ohne Zweifel noch höher sein, wenn der Konsum-Verein nicht fortgesetzt auf den Preis drückte.

Aber noch in einer anderen Beziehung wirken die Konsum-Vereine prelosgesetzend. Der Konsum-Verein L.-Plagwitz zahlt ebenso wie auch andere Konsum-Vereine für die entnommenen Waren eine Rückvergütung (Dividende). Die Folge davon ist, daß bereits Geschäftskleute es dem Konsum-Verein nachmachen und einen Rabatt gewähren. Auch der Einzelhandelsverband hat sich bereits gezwungen gesehen, zu der Rabattfrage Stellung zu nehmen, wobei selbstverständlich die Angst vor den Konsum-Vereinen eine große Rolle spielt. Wenn auch die Rabattgewährung der Privatgeschäfte keineswegs der Rückvergütung des Konsum-Vereins entspricht und oftmals auf eine Täuschung der Bevölkerung hinausläuft — ein Teil der Geschäftskleute gibt nicht auf alle Waren Rabatt, ein anderer Teil zahlt den Rabatt nicht in Geld aus, sondern gibt für den in Frage kommenden Betrag nur Waren ab usw. —, so wird doch damit, daß die Privatgeschäfte gezwungen sind, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, wenn sie ihre Kundenschaft nicht noch weiter verlieren wollen, der Zweck erreicht,

Freibrief für brutale „Herrenfahrer“

Ein Rittergutsbesitzer als Angeklagter — Miasowski als Richter! — Ein unerhörtes Klassenurteil

Am 14. November 1927 verurteilte das Gemeinsame Schöffengericht den Rittergutsbesitzer Siegfried Crusius auf Sahlis bei Froburg wegen fahrlässiger Tötung zu 10 Monaten Gefängnis. Der Junfer legte Berufung ein, die am Donnerstag vor Miasowski's Strafkammer verhandelt wurde. Da Miasowski den Vorsitz hatte, konnte der Ausgang des Prozesses nicht zweifelhaft sein; Crusius hätte sich die zwei Rechtsanwältinnen sparen können. Obwohl derselbe Tatbestand wie in der ersten Instanz festgestellt wurde, sprach Miasowski, dem gleichgesinnte Richter und Schöffen zur Seite standen, den Standesgenossen kurzerhand frei! Ein Justizskandal sondergleichen!

Der Tatbestand: Der dreißig Jahre alte Crusius zeichnet sich wie alle Vertreter seiner Rasse durch Rücksichtslosigkeit aus. Wegen Autoraserei ist er bereits mehrmals verurteilt worden; merkwürdigerweise kam der Herr Rittergutsbesitzer stets nur mit Geldstrafen davon, die er aus der Westentasche bezahlen konnte. Wie wenig sich Crusius aus dieser Art Bestrafung machte, geht daraus hervor, daß seine brutale Autoraserei nun auch ein Todesopfer forderte. Anfang August 1927 hielt sich Crusius bei Artzengossen in Pommerau auf. Am 3. August fuhr er nach Berlin; nachmittags nach 16 Uhr am gleichen Tage raste er mit einer Stundengeschwindigkeit von mehr als 50 Kilometern nach Leipzig, so daß er hier kurz vor 20 Uhr ankam. Nun begann mit weiblichen und männlichen Kumpanen abwechselnd in einem Café und einer Weinstube eine Sauferei, bei der Bier, Schnaps und Sekt durcheinander vertilgt wurden. Das ging etwa sechs Stunden lang bis gegen 2 Uhr morgens am 4. August. In einem Zustande, den man sich ausmalen kann, setzte sich Crusius mit einem total betrunkenen Freund in sein Wanderauto, um zunächst den Bekannten nach Kalschwitz zu bringen und dann weiter nach seiner Kitzsche zu fahren. Crusius, der ja in dem trunkenen Zustande überhaupt nicht steuern durfte, raste ohne Rücksicht auf Verkehr und Fußgänger durch die Zeiger Straße. Am Südrand bog er in die Kochstraße ein. Der achtunddreißig Jahre alte Dentist Schmidt überfuhr die Straße, um nach der Autohaltestelle an der Verkehrslinie zu gelangen. Er war fast in der Mitte der Straße, als Crusius zum letzten Male — 70 Meter vor Schmidts Standort — vor der Körnerstraße hupte. Erstens konnte Schmidt nicht wissen, daß das Auto in die Kochstraße einbiegen würde — es konnte ja ebenso gut die Südrstraße weiterfahren — zweitens mußte er sich in Sicherheit wiegen, da er sich nicht mehr auf der rechten Straßenseite befand. Schmidt hatte aber weder mit der Schnelligkeit des Autos, noch mit der Trunkenheit Crusius', noch mit dessen vor-schriftswidrigen Vorkursen gerechnet.

Crusius feuerte seinen Wagen ungefähr in der Mitte der Straße

aber mehr nach der Linken, also falschen Seite. Obwohl die Stelle, wo sich Schmidt befand, besonders gut beleuchtet war, rief er ihn rücksichtslos um, statt nun wenigstens sofort zu halten und viel leicht nach zu retten, was zu retten war, schleißte Crusius den Mann — wenn auch in vermindertem Tempo — 25 Meter weit, so daß das Auto über den selbstgeklemmten Körper holperte, bis der Schwerverletzte liegen blieb. Crusius fuhr aber auch dann noch 55 Meter weiter und hielt erst 80 Meter hinter der Unfallstelle auf der linken Straßenseite!

Passanten hatten den Eindruck, daß Crusius sich der Verantwortung durch die Flucht entziehen wollte. Nach vierzig Minuten starb der von Crusius auf so leichtfertige und rohe Weise über-fahrene unglückliche Mensch. Alle Zeugen waren damals außer-ordentlich empört über die Brutalität Crusius'. Es ist also ein glück-licher Zufall zu bezeichnen, daß der Rittergutsbesitzer nicht noch mehr Menschen überrollte und tötete.

Der Staatsanwalt konnte mit Recht betonen, daß in der Berufungsverhandlung der Sachverhalt nicht wesentlich anders als in der ersten Instanz festgestellt wurde. Ohne weiteres sei wieder einwandfrei festgestellt, daß Crusius schuldig ist und groß fahrlässig handelte. Die Berufung müsse unbedingt verworfen werden.

Aber Herr Miasowski hatte schon durch seine Verhand-lungsführung erkennen lassen, daß er anderer Meinung ist. Gern hörte er ganz überflüssige Zeugen über die „guten“ Charaktereigen-schaften des Crusius und die angeblich schlechten des Toten, des Opfers an, während er wichtige Belastungszeugen der ersten Instanz nicht wieder geladen hatte. Das war überhaupt ein Novum. Wäh-rend Klassenengenossen des Rittergutsbesitzers, der Varrer seines Gerichtsbezirks durfte nicht schenken, sich in Lobpreisungen des „edlen“ und „seinfühligsten“ (!) Crusius überließen, wurde von anderen Augen in des Geächteten Privatleben herumgeschuliffelt und ge-händert. Dabei lagen die angegebene Dinge Monate vor dem Unglücksfall. Was hatte das mit dem von Crusius verschuldeten Tod des Unglücklichen zu tun? Die Zuhörer empfanden das als Leidenstrafung. Trotz aller Feststellungen und obwohl ein Zeuge sofort nach dem Unglücksfall an die Stelle, wo die Schleiße vor be-gann, einen Nagel geschlagen hatte, so daß das vorchriftswidrige Fahren des „Herren“fahrers selten genau und einwandfrei erwiesen war, wagte Miasowski mit seinem Gericht einen Freibrief für die Allgemeinheit verpfändet, Revision beim Reichsgericht anzumelden.

Dieser Freibrief setzt Miasowski's Rechtsprechung die Krone auf.

daß die Konsum-Vereine einen bedeutenden Einfluß ausüben. Je größer und leistungsfähiger die Konsum-Vereine aber sind, um so größer ist ihr Einfluß auf die Preisgestaltung. Deshalb, hinein in die Konsum-Vereine.

Der Mistwagen der LMI

Eine reizende Reklameidee hatten die Leipziger Neuesten Nachrichten. Wer rechtzeitig aus dem Bahnhof trat, konnte fast über die ganze Breite des Bahnhofspfluges den Auszug der L. M. I. fahren sehen, schön geputzt mit der Farbe des blauen Dunstes. Voran einige Postkötze mit dicken Rollen ungeschulden weißen Papiers, dann Lieferautos, die die weniger ungeschulden bedruckten Blätter in die Welt hinausstragen, und Motorräder — wie man es schon öfter gesehen hat. Das Neue war aber diesmal ein Wagen der Städtischen Düngerabfuhrgesellschaft, der ungefähr in der Mitte des Zuges, sozusagen als Höhepunkt des reklamefompostorischen Aufbaus mitfuhr.

Tiefe Aussprüche oder Kunstleistungen haben die anregende Eigenschaft, daß man sich bei ihnen die verschiedensten Dinge denken kann; jeder weiß das, der schon einmal zuerst etwas von Goethe selbst gelesen und dann von einem Literaturgelehrten erfahren hat, was alles Goethe sich dabei gedacht hat oder wenigstens haben könnte, möchte oder dürfte. So auch bei diesem Düngerabfuhr-wagen: Er wirkte befruchtend auf das Denken des Beschauenden wie der Dünger auf das Feld, und das ist eben das Merkmal einer tiefen Idee, wobei es ganz gleichgültig ist, was die L. M. I. sich nun wirklich dabei gedacht haben mögen.

Der Sentimentale konnte eine poetisch-allegorische Darstellung darin erblicken, etwa das Erdwallen der L. M. I. Erst schönes weißes Papier, dann bedruckt ins Publikum, dann — mit Ueber-springung eines Vorgangs, den sich die Phantasie leicht ergänzen kann — in den Düngerwagen und aufs freie Feld, wo die Sonne Gerechtes und Ungerechtes mit gleicher Liebe befruchtet. Oder: Es mag Mist probiert werden, soviel man will, es ist dafür gefordert, daß er unerschütterlich gemacht wird; der Düngerwagen, der das tut, trägt aber nicht die Firma der L. M. I.

Welcher Mist gemeint ist, das selbst dem Beschauer über-lassen. Kurz, man sieht, wie anregend die L. M. I. sein können und daß sie dabei auch vor drastisch-humoristischen Mitteln nicht zim-perlich zurückschrecken. Oder sollte der Düngerwagen nur zufällig in den Festzug hineingeraten sein? Karl.

Wie der Rat der Kirche die Schäfchen erhält

Die Kirche weiß öfters auf die große Schar ihrer Anhänger hin, um damit ihre Macht, ihre Anziehungskraft und ihre Notwendigkeit zu erweisen. Wie es tatsächlich damit steht, weiß jeder, der die Dinge einigermaßen durchschaut. Die große Mitgliederzahl ist weniger ein Verdienst der Kirche selbst. Sie hat genug Hilfs-truppen auch heute noch, die ihr die Schäfchen im unumgänglichen Alter zutreiben und dann alles tun, sie durch Erziehung und Gewöhnung bei der Stange zu halten. Wie man dabei mithilft, aber eigentlich nicht mithelfen sollte, zeigt der Leipziger Rat in seiner Stellung-nahme zu einem sozialdemokratischen Antrage, der bei der vor-jährigen Haushaltsberatung von unserer Fraktion gestellt wurde. Der Antrag lautete: Die Leiterinnen der Kindergärten und -tages-heime sind anzuweisen, Gebete und religiöse Beeinflussungen in den Anstalten zu unterlassen.

Die Stadtverordneten stimmten diesem Antrage mit Mehrheit zu und man konnte einigermaßen gespannt sein, wie sich der Rat dazu stellte. Die Antworten liegen nunmehr vor und sollen einmal richtig gekennzeichnet werden.

Vom Standpunkt der religiösen Beeinflussung aus gibt es nach Ratsmeinung zweierlei Anstalten. In den einen wird beeinflusst, in den anderen nicht. Zu welcher Sorte ein Kindergarten oder ein -tagesheim zählt, dafür ist die historische Entwicklung maßgebend. In den Heimen, wo das Personal von früheren Vereinen oder von Stiftungen übernommen wurde, wird ein kleines Tischgebet gesprochen. Dieser Zustand wird so belassen, ja man fühlt sich sogar dazu verpflichtet, das Tischgebete zu erhalten. Die anderen von der Stadt errichteten Heime blieben von Anfang an davon ver-schont. Die sozialdemokratische Fraktion ist nun der Meinung, daß man unmöglich in ein und derselben Angelegenheit zwei Stand-punkte einnehmen kann. Warum hat man denn in den einen An-stalten von Anfang an abgesehen, die kleinen, unumgänglichen Men-schen religiös zu beeinflussen? Hier ist mal vernünftig gehandelt worden. Man kann sich aber nicht aufschwingen, gleich vernünftig

gemäß im anderen Falle vorwärtszugehen. Es gehört nicht einmal Radikalismus dazu, um die Forderung der Sozialdemokratie als richtig anzuerkennen. Fast liegt es so aus, als wolle man die Ge-schäfte der Kirche wenigstens zum Teil besorgen, da man das nicht mehr ganz tun kann. Und wer bezahlt's? Die Stadt. Wer hat den Nutzen? Die Kirche. Ein solcher Zustand. Bei einer solchen von kirchlicher Einstellung beeinflussten Stellungnahme muß man sich wundern, daß nur in einem Teil der Anstalten gebetet wird. Denn das Argument von der historischen Entwicklung ist geradezu großartig, damit kann man zurück bis ins Mittelalter, siehe Reichs-schulgeseß. Daß der Rat diese Begründung gibt, erregt auch wiederum keine Verwunderung, denn er selbst ist fast historisch zu nennen. Dagegen hilft nur eins: Mutig zur Schere! Religiöse Beeinflussung gehört in der heutigen Zeit nicht mehr in häßliche Anstalten, die von den Geldern aller Steuerzahler erhalten werden. Es ist keine Sache, daß Andersdenkende mit ihrem Gelde helfen müssen, andere ihnen feindliche oder gleichgültige Insti-tutionen zu unterstützen. Es muß damit Schluss gemacht werden, unter Bemäntelungen den Sonderinteressen überlebensfer Glaubens-bekennnisse zu dienen. Der Rat sei doch noch an, um die Zulassung religiöser Beeinflussung — denn weiter ist die Betelei nichts — zu recht fertigen, die Leiterinnen und Gehilfinnen dieser Anstalten sollten nicht in Gewissenskonflikte gebracht werden. Das ist eine der üblichen kirchlichen Begründungen, sie wird aber nicht dadurch besser, daß das Jugendamt davon Gebrauch macht. Niemand wird den Leiterinnen verwehren können, ihren persönlichen religiösen Bedürfnissen zu leben, nur möchten dabei die Kinder als Objekte und Mitwirkende aus dem Spiele bleiben. Daß die Schule als Kronzeugin für solche Anschauungen, wie sie vom Rat vertreten werden, herangezogen wird, ist bezeichnend. Es spornt dazu an, dort verlorenes Terrain zurückzuerobieren. Wir lehnen überall aus den bekannten Gründen eine religiöse Beeinflussung in öffentlichen Anstalten ab und verlangen deshalb auch, daß Kindergärten und -tagesheime auf eine Grundlage gestellt werden, auf der für alt-hergebrachte Sitten kein Platz mehr ist.

Nicht zum Waggonfenster hinaushängen

Wie gefährlich es für Reisende ist, ihren Kopf während der Fahrt zum Waggonfenster eines Eisenbahnzuges hinauszuhängen, dafür liefert ein Vorfall ein Beispiel, der sich auf einer Bahnfahrt zwischen Leipzig und Halle ereignete und uns von einem Loko-motivheizer mitgeteilt wird. Dem von einer elektrischen Loko-motive gezogenen Zug begegnete auf der Strecke ein Güterzug, in dem an einem Kühlwagen die Tür offen stand. Es gab einen starken Anstoß und Führer und Heizer der elektrischen Lokomotive standen in einem Trümmerhaufen. Sie können von Glück reden, daß außer einigen Glassplitterverletzungen ihnen weiter nichts geschah. Sie wären schwer verletzt worden, wenn sie nicht im letzten Augenblick die Gefahr erkannt und helleiße Sprünge wären. Die Lokomotive war so zerrümmert, daß sie an P. Betrieb gestellt werden mußte. Wäre die Tür des Kühlwagens nach Passieren der Personenzug-lokomotive aufgesprungen und hätten Passagiere sich aus dem Fen-ster herausgehängt, so hätte es Schwerkverletzte oder gar Tote gegeben. Der Vorfall sollte für alle Eisenbahnreisenden eine Warnung sein, während der Fahrt den Kopf nicht über die Fensteröffnung hinaus-zuhängen.

Vorschule der Kunstgewerbeschule für Mädchen. Der Ratspre-sident schreibt: In die Vorkursklasse der Kunstgewerbeschule, Got-tschalkstraße 23, werden Schüler und Schülerinnen vom 14. Lebens-jahre an aufgenommen. Kunsthandwerklich Interessierten gibt sie für solche Berufe, für die keine Meisterlehre besteht (Email, Metall, Schmutz, Webereien; Schaufenerdekoratation; Textil; Wäsen, Farben, Stoffdruck) eine gründliche handwerkliche Vorbereitung und Vertiefung der allgemeinen Bildung. Der Lehrplan umfaßt hand-werkliche Technik, zeichnerische und gestaltende Arbeit, rhythmische Gymnastik und Körperbildung, Kunstgeschichte, Deutsch, Rechnen, Staatsbürgerkunde, Buchführung und Preisberechnung. Das er-langte Zeugnis der Vorschule ermöglicht schöpferisch begabten den Lebertritt in die entsprechenden Berufe der Kunstgewer-beschule nach praktischer Tätigkeit. Der Unterricht beginnt am 16. April 1928, früh 8 Uhr. Tagesunterricht, 2- bis 3-jährig. Zwei-jähriger erfolgreicher Besuch befreit von der Berufsschulpflicht. Aufnahmeprüfungen: 16. März 1928, Gottschalkstraße 23, Beginn 8 Uhr früh. Anmeldungen und Auskünfte in der Kanzlei der Höheren Schule für Frauenberufe, Schillerstraße 8.

Wo ruft die Pflicht?

Frauen.

Entscheid. Wir beteiligen uns geschlossen an der öffentlichen Versammlung des Ortsvereins am Dienstag, dem 13. März, 20 Uhr, im Gohlis-Löcher.

Gohlis. Dienstag, den 13. März, 20 Uhr, im Ridau-Kutschant, Vortrag des Genossen Böhle: „Warum ist Gas, Wasser und Elektrizität so teuer?“

Gewerkschaften.

SPD-Schumacher. Montag, den 12. März, 17.30 Uhr, wichtige Versammlung im Volkshaus. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz. Erscheinen aller ist Pflicht.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Groß-Leipzig. Helfer-Musikgruppe Freitag, den 7. März, 20 Uhr, im Gohliser Heim.

Gohlis. Sonntag, Treffahrt aller Gruppen nach dem Oberholz. Treffen 7.30 Uhr am Heim, 20 Uhr mitbringen.

Osten II. Gruppe Hilde-Friedel trifft sich Sonntag, 8 Uhr, Ede Eisenbahn- und Kirchstraße. Gruppe Willi Sonntag, 8 Uhr, Volkmarvorwerk Markt, 20 Uhr mitbringen.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Heute Freitag, 20 Uhr, Helfersitzung in der Bibliothek.

Mit-Leipzig, Süden und Norden. Helfersitzung morgen Sonnabend, 20 Uhr. Treffen 20 Uhr an der Oberpostdirektion, Südstraße.

Mitglieder-Veranstaltungen

Schönewitz. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, im Alten Gasthof Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme und Bericht über die Einverleibung. 2. Partei- und Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.

Zwenkau. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, in der Sommerluft, Mitgliederversammlung. Genosse W. Zeller spricht über: Politische Lage im Reich und die Reichstagswahl. — Komitee: SPD-Gewerkschaftsfunktionäre müssen schon um 19 Uhr erscheinen.

Mittw. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Bahnhofrestaurant.

Reinischöcher. Sonnabend, den 10. März, 20 Uhr, in der Terrasse Mitgliederversammlung. Bericht vom Unterbezirksparlament, Parteianglegenheiten, Bezirksparlament betreffend. Zahlreicher Besuch, vor allem der Funktionäre, wird erwartet.

WVJ, Kunststelle. Wir machen darauf aufmerksam, daß am Sonntag, 11. März, 11 Uhr, in der Albertstraße das letzte Einlosterkonzert der Winterreihe 1927/28 stattfindet. Leitung: Prof. Heinrich Leber. Vortragsfolge: 1. Dvorak: Sinfonie E-Moll; 2. Liszt: Die neuen Welt; 3. Richard Strauss: 4 Gesänge mit Orchester (Solistin: Fanny Tiede); 4. Reger: Variationen über ein Thema von Mozart. Eintritt 80 Pfennig. Jugendliche und Erwerbslose 40 Pfennig.

WVJ, Sonnabend, 10. März, 20 Uhr. Spricht der bekannte Architekt Bruno Taut im Museum der bildenden Künste, Augustusplatz, über „Wohnungskultur“. Anredner 75 Pfennig, Nichtanredner 1.50 Mark, Jugendliche und Erwerbslose 40 Pfennig.

Bogelstimmführung. Das Naturkundliche Helminthologium am H. J. J. Platz (Eingang Vorhängestraße 3) veranstaltet Sonntag, 11. März, eine Führung zum Studium der Bogelstimmen in den sächsischen Kavalen (H. Gerber). Die Teilnehmer treffen sich 8 Uhr am Bismarckdenkmal im Johannapark.

Freizeitverkauf der Freibank. Sonnabend: Freibank I 3051 bis 500, 1 bis 1600. Freibank II 501 bis 2200.

Polizeinachtichten

Diebstahl an einem Kaufmannslehrling. Am 6. März gegen 0.30 Uhr wurden einem Kaufmannslehrling im Volkshaus, Grimmaischer Steinweg, 320 RM. gestohlen. Der Lehrling hatte einen größeren Geldbetrag für seine Firma abgehoben, schob das Geld auf dem Schalterdeckel fortwärts und hat dann den abgehobenen Betrag einzeln in eine Aktentasche gelegt. Hierbei muß der Diebstahl der 320 RM. ausgeführt worden sein. Als Täter kommt ein unbekannter Mann in Frage, der sich in der Nähe des Bekleidungs befand. Er war etwa 1,70 Meter groß, stark, barlos, hatte volles, gesundfarbiges Gesicht, am rechten Mundwinkel eine kleine Schmarre, trug Smokinganzug, schwarze Halbschuhe, welchen Stehumschlag mit Selbstbindung und graugelbte Sportmütze. Wer sachdienliche Angaben machen kann, wolle sie dem Kriminalamt mitteilen.

Wohnungseinbrüche. Am 29. Februar zwischen 15 und 19.30 Uhr wurde in eine Wohnung im Grundstück Mendelstr. 12, Leipziger Gohlis, eingebrochen. Die Täter haben sich vermutlich durch Nachschlüssel Eingang in die Wohnung verschafft. Gestohlen wurden u. a.: Eine eiserne Geldkassette, braun gestrichen, auf dem Deckel einen schmalen gelben Strich, enthaltend: 90 Aktien auf die Firma Bogenhardt K.-G., Erfurt, à 100 RM. und viele Schmuckstücke und Wertgegenstände. Gegen 19.25 Uhr am genannten Tage sind im Grundstück drei unbekannte Männer gesehen worden, die vermutlich als Täter in Frage kommen. Von ihnen können nur folgende Beschreibungen gegeben werden: 1. Etwa 1,80 Meter groß, dunkler Leberziefer, dunkler weicher Hut. 2. Etwa 1,61 Meter groß, gestrichelter schwarzer Bart, dunkle Gesichtsfarbe, bekleidet mit dunklem weichen Hut und Lederziefer. 3. Etwa 1,73 Meter groß, weicher Hut, dunkler Mantel. — Ferner wurde am 29. Februar gegen 18 Uhr in eine Wohnung im Grundstück Leipzig-Entzich, Belschertstraße 10, ein Einbruch verübt. Auch dort wurden verschiedene Wertgegenstände gestohlen. Im vorliegenden Falle wurden zwei unbekannte Männer im Grundstück gesehen, die als Täter in Frage kommen dürften. Nicht ausgeschlossen ist, daß zu beiden Einbrüchen dieselben Täter in Frage kommen. Wer Beobachtungen gemacht hat, die zu ihrer Ermittlung und zur Wiederherstellung der gestohlenen Gegenstände führen können, wird gebeten, sie dem Kriminalamt mitzuteilen.

Seedenitz-Gärtnerei. Am Sonntag, dem 11. März, findet im Gasthof Gärtnerei ein Kabarett-Abend mit Tanz statt. Ausführende des Abends sind Leipziger Genossen und Genossinnen. Besuch zahlreich diesen Abend. Der Tanz beginnt 19 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten

Wahlreden zum Etat

Dresden, 8. März.

Solange sich die Koalitionsbrüder in ihrer Stellung nicht fühlten, haben sie bei allen wichtigen Anlässen im Landtage geschwiegen oder nur eine kurze Erklärung für alle Regierungsparteien abgegeben. Diese Praxis wurde geliebt bei der Statberatung, bei der Aussprache über Regierungserklärungen oder bei sonstigen politischen Anlässen. Bei der diesjährigen Aussprache über den Etat sprach jede der Regierungsparteien und jede hielt eine Wahlrede halbiert! Das zeigt, wie sehr sich die Regierungsparteien der Heilkoalition auf den Wahlkampf einrichten.

Bei aller Bemühung der Koalitionsredner, durch ihre Debatten die Schwierigkeiten der Koalition nicht noch weiter zu vergrößern, kam doch der Widerstreit in der Koalition scharf zum Ausdruck. Während der sozialdemokratische Redner, Genosse Arzt, in feilschem Angriff die Schwächen der Koalition und ihre Gefahren für die Arbeiterklasse aufzeigte, bemühten sich die Koalitionsredner, in gequälten Reden die Vorgänge der Koalition in allen Farben schillern zu lassen. Dazwischen schoben die Klopfschüler des Bürgerblocks ihren Strauß untereinander aus: Der Deutschnationale Dr. Eberle mit abgestandenem, dunkelverwobenem Kerndeutschtum, das zu dem Geräuße der Deutschnationalen um materielle Vorteile, Ministerposten, Steuergeschenke, Staatsunterstützung usw. paßt wie die Faust aufs Auge. Eberle griff die Deutsche Volkspartei an. Der Volksparteiler Blüher klopfte auf die Deutschnationalen, dann sprach Blüher so, daß ihm mit Recht zugerufen werden konnte: Sie reden heute anders, wie Sie sonst handelten. Blüher hielt eben eine Wahlrede!

Dr. Siefert, der die demokratische Unterstützung der Heilkoalition zu verleiben hatte, war in einer besonders schwierigen Situation. Angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes hielten es die Demokraten sogar für nützlich, der Wirtschaftspartei zu sagen: Keine Mieterhöhung! Keine Verminderung des Anteils für den Wohnungsbau! Keine Verminderung des Teiles aus der Mietzinssteuer, der den öffentlichen Kassen ausfließt!

Wenn die Demokraten nach diesen Worten handeln, so bedeutet dies schon den Zusammenbruch der Koalition. Aber man kann wohl mit größerem Recht sagen: Die Demokraten würden nicht so reden, wenn sie nicht wüßten, daß die sächsische Koalition mit den bevorstehenden Reichstagswahlen zu Ende ist. Daran ändert auch die Rede des Herrn Bethe nichts, der mit dem ihm eigenen „Mut“ den Anschein zu erwecken versuchte, als ob bei den Koalitionsparteien alles in schönster Ordnung wäre.

Sogar die Auswerter und die Nationalsozialisten versuchten sich in Wahlreden, was aber der Aufwarter Härtel vorzies, war ebenso ungerichtetes Zeug wie das, was der Nationalsozialist Dr. Grobe zum besten gab. Beide ernteten ungeteilte Heiterkeit.

Nicht unerwähnt möchte bleiben, daß der Ministerpräsident Heide die Zustimmung Sachsens zum Bau eines Panzertrügers damit verteidigte, daß die Küsten geschützt und das Arbeit beschafft werden müßte, worauf ihm der Nationalsozialist Timmann zurief: „Sehr richtig!“

Dieses nationalsozialistische „Sehr richtig!“ hat Heide, der „Nationalsozialist“ verdient!

Was tun die Demokraten?

Uns wird geschrieben:

N. Aus politischen Gründen stimmen die bürgerlichen Parteien im Landtage gegen den sozialdemokratischen Antrag, aus den Urteilen des Staatsgerichtshofes gegen die Mecklenburger und Hamburger Wahlbestimmungen die Forderung für Sachsen zu ziehen und den Landtag scheinunglos aufzulösen. Dabei war aber die Stellung der Regierungsparteien nicht einheitlich. Man muß bei der Haltung der bürgerlichen Parteien zwischen den Parteien unterscheiden, die auf dem Boden der Demokratie kämpfen und den Gruppen, für die die Demokratie offen zugegeben nur ein nicht mal sehr geringes Mittel der Herrschaftsausübung und nichts mehr darstellt. Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sind nicht demokratisch im Sinne einer Festlegung ihrer Politik auf dem Boden demokratischer Grundsätze. Von den nationalsozialistischen Winnig-Deuten braucht in dem Zusammenhang gar nicht gesprochen werden.

Reiben noch die Demokraten übrig. Bisher hatten sie die Möglichkeit — zumindest formal gesehen — den ordnungsgemäßen Ablauf des Gerichtsverfahrens, den Ausgang der Klage des Zentrums und der Unabhängigen beim Staatsgerichtshof abzuwarten. Die Situation ist nun grundlegend durch die Mitteilung geändert, daß die sächsische Regierung beim Staatsgerichtshof eine Verlängerung der Erklärungsfrist bis zum 10. April bewilligt erhalten hat. Durch den Antrag der sächsischen Regierung ist eine bewußte Sabotage der gesetzlichen Bedingungen und der Grundsätze der Demokratie eingetreten; das Verhalten der Heilkoalition ist mit dem Geiste der Demokratie in Widerspruch geraten.

Wir trauen den sächsischen Demokraten soviel Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe zu, daß sie selbst zugeben, daß Herr Heide eine Ver-

längerung der Erklärungsfrist nicht aus sachlichen Notwendigkeiten gefordert hat, sondern um den Verlauf des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof zu sabotieren. Wir glauben, um es deutlich auszusprechen, daß sich die Nationalsozialisten unter Unterstützung der Deutschnationalen bewußt vom Boden der Demokratie entfernen!

Wenn die Sozialdemokratie den Antrag auf Auflösung des Landtages stellte, so tat sie dies — neben rechtlichen Erwägungen — vor allem aus politischen Gründen, weil sie die Auffassung vertritt, daß der Landtag in seiner heutigen Zusammensetzung nicht mehr dem Willen der sächsischen Bevölkerung entspricht. Aus politischen Gründen, aus Motiven der politisch-parlamentarischen Taktik stimmten die bürgerlichen Parteien, darunter auch die Demokraten, gegen unseren Antrag. Jetzt hat aber die Heide-Regierung durch ihren Verschleppungsantrag offensichtlich den Versuch gemacht, die Durchführung der demokratischen Forderung zu sabotieren.

Diese Sabotage darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen, indem man sich sagt: auf die paar Wochen Warten! Die Heide-Regierung kommt es nicht mehr an. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat allen Anlaß, sich gegen jede Bedrohung der demokratischen Rechte und Einrückungen durch sächsische Methoden zu wehren. Es ist ganz gleichgültig, ob Herr Heide durch einen offenen Staatsstreich oder Verfassungsverstoß die Lebensdauer des gegenwärtigen Landtages über den Spruch des Staatsgerichtshofes verlängert, oder ob er — wie geschehen — durch verwaltungstechnische Maßnahmen die Durchführung dessen, was unvermeidbar, hinauschiebt.

Die Arbeiter und die Deutschnationalen, innigst befreundet und seelenverwandt durch die ihnen gemeinsam eigene Vorliebe für sächsische Methoden, haben sich mit seltenem Eifer und unerschütterter Selbstverständlichkeit zu einer Mißachtung der demokratischen Rechte hergegeben. Herr Heide hat gegen sein besseres Wissen eine Verlängerung der Erklärungsfrist beim Staatsgerichtshof durchgesetzt. Mit diesem Vorgehen hat die sächsische Regierung offensichtlich dem Geiste der Demokratie zuwidergehandelt. Wir wundern uns über das Vorgehen der USP nicht, für sie hängt ihre Existenz mit dem Weiterbestehen des gegenwärtigen Landtages zusammen. Sie kämpfen mit allen Mitteln gegen eine Landtagsauflösung, weil sie sich vor der Abrechnung durch die Entscheidung des Volkes fürchten. Wir wundern uns auch nicht über das Verhalten der Deutschnationalen, denn für sie bedeutet die heutige Regierungskoalition den größten Vorteil. Die Deutschnationalen, die Marktschreier sächsischer Gewaltmethoden, haben allen Anlaß, sich über jedes Abweichen vom Boden der Demokratie zu freuen.

Über die Demokraten! Die Demokraten haben aus taktischen Gründen innerhalb der gegenwärtigen Regierungskoalition große Opfer gebracht. Das war ihre eigene Angelegenheit. Was sagen sie aber in dem Augenblick, wo der Ministerpräsident Heide einen Anschlag auf die Grundsätze der Demokratie durchführt, wo er ganz offen die sächsische Bevölkerung um das Recht betrügt, daß ohne jeden Bezug über die Rechtmäßigkeit des gegenwärtigen Landtages entschieden wird? In dem Verhalten der Demokraten zu dem neuesten Schieberstück des Herrn Heide wird sich erweisen, wie die Demokraten zu ihren demokratischen Grundprinzipien stehen.

Das ev.-luth. Landeskonfistorium berichtet

Zu unserer Betrachtung vom 24. Februar über den sächsischen Kirchenetat schickt das ev.-luth. Landeskonfistorium eine Richtigstellung, die besagt, daß die Kirche im Gelde schwimmt. Die finanzielle Lage der Landeskirche sei im Gegenteil sehr ernst. Weiter sagt die Richtigstellung:

„Die Leistungen des Staates an die Evangelisch-lutherische Landeskirche, die übrigens nach Artikel 137 der Reichsverfassung auch jetzt noch eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes und keine Privatgesellschaft ist, beruhen auf Gesetz oder besonderen Rechtsmitteln. Durch die Reichsverfassung ist festgelegt, daß diese Staatsleistungen bis zur Durchführung ihrer Ablösung fortzugewähren sind. Neben den Umfang einzelner Staatsleistungen bestehen zwischen Staat und Kirche Meinungsverhältnisse. Dadurch, daß nach Ansicht der Kirche der Staat seine Befehle nicht im Ausmaß seiner Verpflichtungen leistet, ist die Landeskirche gezwungen, zur Deckung ihres Bedarfs die Kirchensteuern in einer ihr selbst sehr unerwünschten Höhe zu erheben, wobei immer wieder darauf hingewiesen ist, daß für die Kirchensteuererhebung nach Landesgesetzlicher Vorschrift kein anderer Weg, als der des Zuschlags zur Reichseinkommensteuer zugelassen ist. Gerade in diesem Umfange liegt der Grund, daß die Steuererträge bei gleichbleibendem Steuerfakt in den letzten Jahren immer geringer geworden sind, weil die Grenze für das steuerfreie Einkommen durch die Reichsgezeigung mehrfach heraufgehoben worden ist und die allgemeine Wirtschaftslage zahlreiche Steuer-Stundungs- und Erlaß-Gesuche zur Folge gehabt hat.“

Dann teilt das Landeskonfistorium mit, die Landeskirche habe zunächst keine Betriebsmittel gehabt und für 1928 bestche die starke Befürchtung, daß die Betriebsmittel nicht ausreichen.

Dazu sei folgendes bemerkt: Die Zahlen des Kirchenetats reden von gewaltigen Ueberschüssen. An dieser Tatsache wagt auch die wortreiche Richtigstellung nicht abzufreten. Das ist ja das Kennzeichen aller Kasser, (die sich manchmal als vorzorgende Hausväter drapieren), daß sie immer starke Befürchtungen haben, ihre Betriebsmittel könnten nicht ausreichen! Wenn die Kirche selbst berichtet, daß zu Beginn des Rechnungsjahres 1928 mehr als die Hälfte des Jahresbedarfes der Betriebsmittel vorhanden waren, dann kann daran jeder erkennen, was es mit den Klagen der Kirche auf sich hat.

Sad Brambach. Selbstmord eines Liebespaars. In der Gemeinde Fleißchen haben sich in einem Teich der 21 Jahre alte Kanalarbeiter Walter und seine 18 Jahre alte Kollegin Fortner ertränkt. Die Ursache zu der Tat ist darin zu suchen, daß ihrer ehelichen Verbindung Schwierigkeiten in den Weg gestellt wurden.

Dresden. „Ich komme gleich wieder!“ Einen Zettel mit vorstehender Aufschrift hatte eine in der Bismarckstraße wohnhafte 82 Jahre alte Rentnerin während ihrer Abwesenheit an ihrer Stubentür angebracht. Unbekannte Diebe machten sich dies zunutze, drangen mittels Nachschlüssels in die Wohnung ein und entwendeten der alten Frau ihre Ersparnisse in Höhe von 500 Mark.

Konfirmanden-Anzüge

blau und modern gemustert, I- und II-reihig

Mk. 17.-21.-24.-29.-33.-bis Mk. 68.-

Jünglings-Sport-Anzüge

M. 15.-19.-23.-29.- bis Mk. 39.-

Knaben-Anzüge

M. 4.50 5.00 7.00 9.75 10.75 bis Mk. 37.-

Manchester-Knaben-Anzüge

Mk. 9.50 10.50 11.50 12.50

Leipzig, Roßplatz 1 neben der Markthalle

Jetzt Konfirmanden-Anzüge

Friedrich Treumann

Herren-Anzüge

I- u. II-reihig, hell u. dunkel

Mk. 19.-24.-29.-33.-bis Mk. 59.-

Ersatz für Maß

Mk. 69.-79.-89.-98.-105.-112.-

Herren-Ulster u. Paletots

Letzte Neuheiten

Mk. 19.-29.-39.-49.-59.-62.-

Ersatz für Maß

Mk. 69.-73.-79.-89.-98.-106.-

Leipzig, Roßplatz 1 Hotel „Grüner Baum“

Vortrag. Sonnabend, den 10. März, 20 Uhr, im Museum der bildenden Künste. Bruno Laut: Wohnungskultur. Anrechtler 75 Pf., Nichtanrechtler 1,50 Pf., Jugendliche und Erwachsene 40 Pf.

6. (letztes) Sinfoniekonzert. Sonntag, den 11. März, 11 Uhr, in der Alberthalle. Leitung: Prof. Heinz Haber. Vortragsfolge: 1. Ouvertüre Sinfonie E-moll: Aus der neuen Welt. 2. Ad. Strauß: 4 Gesänge mit Orch. (Sol. Fanny Cleve). 3. Reger: Variationen über ein Thema von Mozart. Sinfoniekonzert 80 Pf., im Abonnement 5 Pf. Jugendliche und Erwachsene 40 Pf. Für letztere Karten nur an der Kasse erhältlich.

Film-Palast

Lindenau, Gundorfer Str. 31
Anf.: Woche 1/7, Sonntag 1/6 Uhr
Letzte Vorstellung 1/9 Uhr

Das Film-Ereignis für den Westen!

Der Fremdenlegionär
(Wenn die Schwalben heimwärts ziehn.)

Der herrliche Film von Menschen und Tieren
Rex, der schwarze Satan.

Luna-Lichtspiele

Eutritzsch - Schlebestraße
Anf.: Woche 1/7, Sonntag 1/4 Uhr
Letzte Vorstellung 1/9 Uhr

Das Doppel-Programm!

D. L. S. in Front!
Der prachtvolle Gesellschafts- und Ausstattungsfilm

Die berühmte Frau mit Lily Domita.
Dazu:
Der 6 aktige Lachschiager
Die von der Infanterie.

Golipa

Gohlis, Lindenthaler Str. 41
Anfang: Woche 6, Sonntag 5 Uhr
Letzte Vorstellung 1/9 Uhr

Auch für Jugendliche.

Ein Programm, so recht zum Vertreiben der Sorgen.

Pat u. Patachon auf dem Pulverfuß.
Das Sensat.-Lustspiel in 8 Akten.
Die Fremdegasse von New York.

Reformbetten-Rockstroh
Spezial-Geschäft
Nicolaistr. 10
Beste Qualitäten
Reichhaltigster



Heute
sowie jeden Sonnabend erhält jeder Käufer beim Einkauf von 1 Mark an 1 kleine Tafel Schokolade gratis!
Markenartikel ausgeschlossen!
Besonders preiswert:
Seifenpulver 22 Pf.
Soda 5 Pf.
Seifen-Zentrale
Josef Heller,
Neumarkt 24
ferner: Bayerische Str. 56
Blücherei 18
Lindenthaler Str. 33
Gundorfer Straße 19

Kleine Anzeigen
in der
Leipziger Volkszeitung
bringen Sie
große Erfolge!



- Herrn-Anzug** Vornehm gemustertes Grauton, 2-reihig, flotte Form **53.-**
- Herrn-Anzug** Gute Cheviot-Qualität, 1-reihig, in hochmodernem Farbton **65.-**
- Herrn-Anzug** Vorzügliche Gabardine-Qualität, neueste Farbstimmung, 2-reihig **96.-**
- Herrn-Mantel** Schwedenform, bestbewährte Qualität, mit □ Rückfalte, gute Ausführung **54.-**
- Herrn-Mantel** Schwedenform, Gabardine, mit neuartigem Bindungsbar und □ Rückfalte **66.-**
- Herrn-Mantel** Schwedenform, unifarbige Gabardine, neueste Modertüchtung **82.-**

Anzüge zur Schulentlassung
in größter Auswahl und bekannt guten Qualitäten

Konsumverein

Leipzig-Blagwitz und Umgegend

G. m. b. H.

Blagw.-Bindenau, Josephstr. 44-46 / Reudnitz, Dresdner Str. 55

Abgabe nur an Mitglieder



Abgabe nur an Mitglieder

Veranstaltung der Leipziger Kulturfilmgemeinde e. V.
Nur Sonntag, den 11. März, vorm. 11 Uhr
im Planetarium am Zoo
FILMVORTRAG
Kanada
das Land der eigenen Scholle
Alaska
Überfahrt auf einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd, Bremen
Der bekannte Vortragsredner
Kapitän Karl Held, Bremen
Der neue große Reisefilm von Ober-Ingenieur Dreyer zeigt nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch die Schönheiten und Reize, sowie einige seltene Naturwunder des unbekanntesten Kanada
Hersteller: Döring-Film-Werke, Hannover, in Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd, Bremen
Eintrittspreise:
Erwachsene Mk. 1,20
Mitglieder und Studierende erhalten Ermäßigung.
Vorverkauf: Planetarium werktäglich 9-1 Uhr, Norddeutscher Lloyd, Poststraße 1, und Maßamt (Lloyd-Agentur). — Näheres siehe auch Plakate.

Besucht die Stötteritzer Lichtspielhäuser!
Viktoria - Lichtspiele
Wasserturmstraße 33
Von Freitag, den 9. bis Montag, den 12. März
Die Hose Skandal in einer klein. Residenz mit Carlo Aldini.
Anfangszeiten: Wochentags 1/7 und 1/9 Uhr
Sonntags 1/5, 1/7 und 1/9 Uhr
Palast-Theater, Oberdorfstraße 22
Von Freitag, den 9. bis Montag, den 12. März
Die Geheimagentin (I. Teil)
Der II. Teil läuft im Anschluß vom 13 bis 15. März.
Anfangszeiten: Wochentags 1/7 und 1/9 Uhr
Sonntags 6 und 1/9 Uhr
Jeden Sonntag, nachmittags 1/3 Uhr
Große Jugend-Vorstellung
in den Viktoria-Lichtspielen.
Erstklassige Künstler-Orchester

Wollen Sie einige genußreiche Stunden verbringen, so besuchen Sie
Kaffeehaus Küster
Neu: Salon- und Exzentrik-Kapellmeister F. Tossy-Kluba, der hervorragende Geiger und Dirigent mit seiner erstklassigen Salon-, Jazz- und Stimmungs-kapelle.

Die Umschau
muß jeder Gebildete kennen. Sie ist die beste illustrierte Wochenschrift in wissenschaftl. Technik. Probeheft 10 sendet kostenlos d. Verlag in Frankfurt a. Main, Niddastraße 81/83. Schreiben Sie auch heute eine Postkarte für 8 Pfennig

Katzensprung-Pflaster
gegen Rheuma und Reiben
gar. gut klebend, nur 50 Pf.

Deutschnationaler Bankrott

Ein dunkles Kapitel kapitalistischer Wirtschaftsführung

Ge. Weimar, 4. März.

Anfang Februar d. J. erfolgte in Weimar der Zusammenbruch des Bankhauses Johannsen, der weit über Thüringen hinaus Aufsehen erregte. Weniger durch die Tatsache des Zusammenbruchs selbst, als vielmehr durch die Begleitumstände, die bei dem Konkurs zutage traten und ein trübes Bild kapitalistischer Wirtschaftsführung enthielten. Johannsen, der besonders von nationalen Kreisen stark protegiert wurde, errichtete im Jahre 1922 ein Bankeigenschaft, dessen Goldmarkbilanz ein Kapital von 208 700 M. vermerkte. Anfangs handelte es sich bei dem Geschäft um eine Spekulationsbank. Johannsen widmete sich damals nur dem Ankauf von Wertpapieren für Rechnung Dritter. Zum ordnungsmäßigen Bankbetriebe bzw. zur Kreditgewährung dürften die Geldmittel gefehlt haben. Nach der Stabilisierung der Mark gelang es Johannsen, große Kreditmittel zu erhalten, so z. B. von Behörden (Landkreis Weimar) etwa 225 000 M., und er legte seine Mittel hauptsächlich in der Industrie fest. Im Verlauf des Jahres 1924 stellten sich aber bereits nicht unbeträchtliche Verluste ein. So verminderte sich der Wert seiner Effekten um rund 31 000 M., und weitere 60 000 M. verlor er an einem Banablungsgeschäft. Gerade das letztere ist bezeichnend für das Verhalten gewisser „streng nationaler“ Kreise, denen Johannsen angehörte. Im Jahre 1924 war Johannsen ein Beleihungsgeschäft an der Erwerbung sequestrierter Befähigungsware angeboten worden, also ein Geschäft, dessen Gegenstand Ware ist, die von den Befähigungsträgern bei Deutschen beschlagnahmt worden war. Nach Zahlung der Kaufsumme, die gegen Auswändigung der Dokumente zu bewirken war, stellte sich heraus, daß

die Dokumente gefälscht waren. Auch die mitwirkenden Mitglieder der interalliierten Kommission waren Schwindler.

Die Wirtschaftskrise des Jahres 1925 brachte auch Johannsen in sehr starke Bedrängnis. Die im Hauptbuch nicht unterschriebene Bilanz vom 31. Dezember 1925 vermerkte ein Kapital von 103 084 M.; die an die Reichsbank abgegebene Bilanz weist ein Kapital von 251 950 M. aus. Johannsen hatte bei der Aufstellung der Bilanz Abschreibungen von ausgefallenen und zweifelhaften Forderungen nicht vorgenommen. Eine Apoldaer Firma, in der er größere Betriebsmittel angelegt hatte, wurde illiquid. Johannsen konnte zu dieser Zeit erteilte Wertpapierkaufaufträge nur zum Teil ausführen, auch verschaffte er sich Mittel, indem er

schon damals begann, rechtswidrig Kundendepots zu veräußern. Als im März 1926 die Befragung auskam, daß ein großer Geldposten (200 000 M. vom Landkreis Weimar) zum Abzug gelangen sollte, trat Johannsen mit einzelnen seiner Kunden in Verbindung; er veranlaßte diese, Hypotheken aufzunehmen, die die Geldstelle, der Landkreis Weimar, gewähren sollte. Johannsen verstand es, trotzdem er innerlich vom Gegenteil überzeugt sein mußte, den Geldgebern die richtigen Gewinncharaktere vorzuführen. Daß es bei diesen Geschäften nicht besonders regulär zuging, beweist ein Fall, bei dem Johannsen allein eine Vermittlungsprovision von 15 Prozent einbehielt.

Die Geldstelle (Landkreis Weimar) hatte den Hypothekenbetrag voll ausgezahlt, während Johannsen ihn nur mit 85 Prozent weitervergrüßte.

Aus den Büchern des Geschäftsmannes ist auch zu entnehmen, daß Angestellte von Geldinstituten und Behörden namhafte Provisionen erhalten haben.

Im Jahre 1926 trat auch die Thüringer Staatsbank mit Johannsen in Verbindung. Ihm wurde dort ein ungedeckter Kredit von 77 000 M. erteilt. Im September teilte ihm die Staatsbank mit, daß sie den Kredit nicht weiter gewähren könne. Johannsen hatte ungedeckte Schecks aus Berlin bezogen, sogar Postchecks, die der Staatsbank überreicht waren, in Höhe von 8000 M. Die Staatsbank forderte die Zahlung des Betrags oder die Einreichung von Wertpapieren. Sie hätte sich eigentlich fragen müssen, ob Johannsen, der keine flüssigen Gelder mehr besaß, noch eigene Wertpapiere besitzen konnte. Ein ehrlicher Bantier, der dauernd in Geldverlegenheiten steckt, verliert doch wohl zunächst seine eigenen Werte zu veräußern, ehe er dazu übergeht, fremde Werte zu verwenden.

Eine gereinigte Bilanz vom 31. Dezember 1926 verzeichnet außer dem Ausfall des eigenen Kapitals noch einen Verlust von etwa 50 000 M., der Gesamterlust im Jahre 1926 würde demnach 117 000 M. betragen haben. 1927 geriet Johannsen immer mehr

in eine schwierige Lage. Er konnte erteilte Aufträge nur verzögert ausführen, Kaufaufträge von Wertpapieren für seine Kunden zeigte er als ausgeführt an, obwohl sie gar nicht ausgeführt waren. So kam es auch, daß Johannsen sich durch Verprechungen größerer Vergütungen Geld zu verschaffen wußte.

U. a. vergütete er für Darlehen von Wertpapieren 70 Proz. Im Dezember vergütete er für Hergabe von 5000 M. in bar auf 19 Tage 600 bzw. 800 M. Das entspricht einem Zinssatz von etwa 250 Prozent.

Sein Geschäft vollzog sich unauffällig. Die Feststellungen des Konkursverwalters haben ergeben, daß die Deputierten seit Oktober 1927 nicht mehr geführt wurden. Die Bilanzen im Hauptbuch sind nicht unterschrieben und falsch bewertet. Unrichtige Buchungen befinden sich auf Provisionskonten, Effektenkonto, Scheckkonto und dem persönlichen Konto Johannsens. Als Anfang 1928 Verträge, in letzter Stunde von der Staatsbank Gelder zu erhalten, fehlgeschlagen, verließ Johannsen Weimar, wurde flüchtig, die Geschäftsräume wurden geschlossen, und am 8. Februar trat die Staatsanwaltschaft ein. Zu dieser Zeit beliefen sich die Passiven der Bank auf 296 240 M., darunter 263 200 M. Vorrechte, deren Lösenanteil auf die Staatsbank entfällt. Nichtvorrechte Verpflichtungen sind in Höhe von rund 834 000 M. vorhanden, zu deren Befriedigung nach Festlegung eines entsprechenden Betrags für Prozess- und Verfahrenskosten vorerst nur etwa 21 000 M. zur Verfügung stehen, woraus eine

Konkursquote von 2,5 Prozent

verteilt werden könnte. Die schonende Behandlung des Falles Johannsen in der bürgerlichen Presse, der Umstand, daß es gerade deutschnationale Kreise sind, die den Mann pflügen und protegierten,

beweist, daß hier eine Affäre ihren Ausklang findet, die kennzeichnend für kapitalistische Wirtschaftsführung ist. Die Frage, ob es für Kreisgerichte keine andere Unterbringungsmöglichkeit gab als in einer von vornherein zweifelhaften Instanzbank, ob die Staatsbank in ihrem Verlehen mit Johannsen und besonders bei der Übernahme von Wertpapieren, die auf den Inhaber lauteten, mit peinlichster Vorsicht, die jede Mißdeutung ausschloß, handelte, werden noch aufs genaueste geprüft werden müssen.

Gewinnsteigerung auf der ganzen Linie

SPD Berlin, 9. März (Radio).

Alle Unternehmer sind sich gleich in der ewig wiederkehrenden Beteuerung, daß nichts oder zu wenig verdient wird. Im Laufe des Donnerstags wurden nun 16 Jahresabschlüsse von größeren Firmen Berlins bekannt, von denen allein 13 ihre Dividende heraufsetzten. Es zahlten im Jahre 1927 gegenüber dem Jahre 1926:

J. Berger, Tiefbau-A.-G., 20 Prozent (1926 15 Prozent), Neue Baumwerkspinnerei Hof A.-G. 16 (12) Prozent, Sarotti A.-G., Berlin, 12 (12) Prozent, Zuteilspinnerei und Weberei Bremen 10 (7) Prozent, Industriebau Feld & Franke, Berlin, 10 (0) Prozent, Niederlausitzer Kohlenwerke 10 (10) Prozent, Aktienfabrikerei Münchberg 10 (8) Prozent, Stralauer Glashütte, Berlin, 9 (8) Prozent, A.-G. für Glasindustrie, Dresden, 9 (8) Prozent, Staader Lederfabrik 8,5 (6) Prozent, Vereinigte Holzstoff- und Papier-A.-G., Niederhölzchen, 8 (6) Prozent, Prehluft-Werkzeug, Berlin, 8 (8) Prozent, Vereinigte Märkische Tuchfabriken 7 (0) Prozent, Württembergische Porzellan-A.-G. 6 (0) Prozent, Textilindustrie A.-G., Niederhölzchen, 6 (0) Prozent, Stofspiralspinner- und Maschinen-A.-G. 5 (0) Prozent.

Eine glänzende Schiffahrtbilanz

Von einer erfreulichen, sonst selten anzutreffenden Offenheit ist die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“ in Bremen in ihrem Jahresabschluss für 1927 und dem dazugehörigen Geschäftsbericht. Sie macht nicht den Versuch, ihre hohen Gewinne hinter den üblichen Klagen über zu hohe Steuern,

Soziallasten usw. vergessen zu machen, sondern gibt zu, daß mit der unerschöpflichen großen Zunahme der Gewinne die Zunahme der Aufkosten nicht annähernd Schritt gehalten habe. Der Betriebsergebnis stieg von 4,4 auf 10,8 Millionen Mark, der Reingewinn von 90 000 auf 2,9 Millionen Mark, also auf das Dreifache. Die allgemeinen Aufkosten aber nur von 728 000 M. auf 962 000 M., also um ein Drittel. Steuern von 428 000 M. auf 652 000 M., also um die Hälfte, und soziale Beiträge von 404 000 M. auf 502 000 M., also um ein Viertel. Obwohl auch die Abschreibungen verdreifacht worden sind, konnte die Dividende von 6 auf 10 Prozent steigen. Die Dividende bezieht sich aber diesmal auf ein Aktienkapital, das statt 12 Millionen Mark, wie im Vorjahre, 24 Millionen Mark beträgt, sich also verdoppelt hat. Noch mehr als der Dividendenfuß ist demnach die Dividendensumme angewachsen.

Der „Hexenmeister“

In der kleinen oberthüringischen Ortschaft Bese mitting in der Nähe von Weimar wohnt der Tierarzt Joseph Turnberger. Im Jahre 1925 glaubten die abergläubischen Bauern in der Gegend, daß der arme Mann ein Hexenmeister sei, weil bei einem Bauern das Vieh massenhaft gestorben war und eine alte Frau, die sich auf diese Dinge verstehen soll, den Tierarzt als den Schuldigen bezeichnet hatte, der das Vieh verhext habe. Sie fand das in der Weise heraus, daß sie den Bauern sagte, man solle alle schwarzen Katzen in der Gegend töten und wenn dann keines von diesen schrecklichen Tieren mehr übrig sei, den ersten Mann, der auf den verhexten Hof komme, packen, das sei dann der Schuldige. Turnberger hatte das Vieh, wegen irgendeiner Kleinigkeit am Tage nach der feierlichen Hinrichtung der letzten schwarzen Katze auf den Hof des verhexten Bauern zu kommen.

Die Sache war für ihn verhängnisvoll. Er wurde nicht nur mit Prügelein davon gejagt, sondern die Bauern beschloßen, ihn unmöglich zu machen, weil sie mit einem so gefährlichen Hexenmeister — niemand in der Gemeinde zweifelte an der Schuld des Tierarztes — nicht zusammenleben wollten. Da man ihn nicht gleich von seinem Hause wegtreiben konnte, schloßte man sich gegen die Gefahren, die von dort drohten, dadurch, daß man mit Drahtverhauen, durch Gräben und allerhand ähnliche Hindernisse das Haus des Zaubers absperrte. Besonders der Wirt Franz Kalkmair und der Bauer Franz Oppenber taten sich dabei hervor. Sie verperrten einen Weg, der an ihrem Besitz vorbeiführte, gegen den Zauberey. Der Weg wird aber noch von anderen Menschen benötigt und so verlangte die Gemeinde Steinertleben, daß er wieder freigegeben werde, und die Landesregierung von Oberthüringien bestätigte dieses Verlangen. Davon wollten aber die biedereren Teufelsbekämpfer nichts wissen. Sie erhoben die Beschwerde an den Verwaltungsgerechtigten, der sich mit dieser seltsamen Sache zu befassen hatte. Natürlich konnte vor dem Gerechtigten nicht die Frage zur Sprache kommen, ob der arme Teufel, den die Bauern so verhassten, ein Zauberey ist, sondern nur die, ob die Bauern berechtigt waren, den Weg abzusperrten. Da mußte sich der Verwaltungsgerechtigten auf die Seite der Hexenaustreiber stellen, weil ein dringendes allgemeines Verkehrsbedürfnis nach diesem Wege nicht nachgewiesen wurde. Es bleibt also bei den Schlingengräben gegen den Zauberey von Bese mitting . . .

Raubüberfall

SPD Berlin, 9. März (Radio).

Im Vorraum der Reichsbank-Nebenstelle in Altenburg wurde am Donnerstagnachmittag ein dreifacher Raubüberfall verübt. Dort hatten zwei Kassaboten der Dresdner Bank einen Betrag von 110 000 Mark abgehoben. Plötzlich versuchte ein unbekannter Mann dem einen Boten die mit Geldscheinen gefüllte Aktentasche zu entreißen. Der andere Kassabote, ein Schwertrübebeschädigter namens Bernhardt, sprang seinem Kollegen bei. Darauf gab der Räuber auf ihn mehrere Revolverkugeln ab, von denen einer ihn in die Brust traf, so daß er zusammenbrach. Der Verbrecher ergriff dann die Flucht, ohne daß ihm der geplante Raub gelungen ist. Der schwerverletzte Kassabote wurde ins Krankenhaus gebracht, der Täter konnte bis jetzt noch nicht ergriffen werden.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Schinkenknödel mit Tomatensauce 45 S. Schweinsroulade mit Kartoffeln 1,20. Sprawlader Saitganssch 1,20. — Morgen: Frankfurter Speckkarthoffeln 50 S. Pökelschinkenbrust mit Meerrettich und Brunkartoffeln 1,10. Schweinsknochen mit Meerrettich und Klößen — Schmalzfest.

Neueste Übergangshüte

Filzkopf mit Glanzstrohrand

5.75

Glanzstrohkopf mit Filzrand

5.75

nur in schwarz mit reicher Bandgarnitur und farbiger Unterblende

KORMANN Klosterstraße 12

Markt 11
Putz-Großhandlung und Einzelverkauf

Wir bauen um

und haben unsere Preise rücksichtslos teilweise bis

50%
herabgesetzt.

Unsere Auswahl

in Herren-Anzügen und Mänteln ist enorm
Konfirmanden- u. Entlassungs-Anzügen

Unsere Qualitäten sind das Beste vom Besten

Schulze & Maas

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung, Herren- u. Sportartikel
Leipzig-Flagwitz, Karl-Heine-Straße 71, Ecke Morsburger Str.



Conrad Müller
Leipzig

Bei Gicht, | Jschias, | Nerven- u. Kopfschmerz, Rheuma, | Grippe, | Erkältungskrankheiten

haben sich Togonal-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt!
Togonal scheidet die Harnsäure aus! Fragen Sie Ihren Arzt!



PREIS
M. 1.40



In allen
Apotheken

In unserer Verlage erziehen:

Die freien Gewerkschaften in der großen Krise Bürgerblock und Gewerkschaften

von Johannes Kresen

Preis 60 Pfennig

Alle Austräger und Mitgl. der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilung Buchhandlung - Tauhaer Straße 19-21

Achtung, Gastwirte! Wiederverkäufer!

Primo harte Zerv. u. Salamiwurst,
Thüringer harte Knackwurst,
Kohlschneidbällchen,
Täglich frisch gekochten Schinken,
Beine-Würstchen, Junger in Dosen,
Täglich frische Blut-, Leber-, Knack-
und Jandwurst, warme usw.

Kurt Oertel, Markthalle, Galer e 8

Nähmaschinen

Phönix - Mundlos - Orig Victoria

Herm. Schube

Ritterstraße 4 Tel. 235 85

Reparaturen - Nadeln - Öl

Die Frauenwelt

Ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Angestellten- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt bekannt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen nicht mehr in ihrem Hause sitzen und zählen zu den großen treuen Leserkreise, der von Zeit zu Zeit um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt

erscheint 14tägig. Jedes Heft enthält die vierseitige Modenschau. Selbst ist die Frau ein, jedes Heft enthält außerdem eine vierseitige reich illustrierte Sonderbeilage: Kinderland.

Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 40 Pfennig. Alle Austräger und Mitgl. der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Tauhaer Str. 19/21
Abt. Buchhandlung

Elektrischer Zugbetrieb

In Mitteldeutschland wurde bereits im Januar des Jahres 1911 die Versuchsstrecke Dessau-Bitterfeld für den elektrischen Betrieb eröffnet. Die Erfahrungen waren so günstig, daß noch im selben Jahre der Ausbau der gesamten Strecken Magdeburg-Bitterfeld-Leipzig, Leipzig-Halle und Bahren-Engelsdorf beschlossen und mit den Bauarbeiten begonnen wurde. Die Arbeiten waren nahezu vollendet, als der Krieg ausbrach. Die Bauarbeiten kamen nicht nur zum Erliegen, es mußte sogar das eingebaute Kupfer wieder ausgebaut werden, um es für den Massenmord zur Verfügung zu stellen.

Als nach dem Kriege die Bauarbeiten wieder aufgenommen wurden, schritten sie nur langsam voran. Die erste Teilstrecke Bahren-Engelsdorf konnte erst im Januar 1921 dem Betrieb übergeben werden. Auf den Gesamts Strecken wurde der Betrieb im Juli 1923 aufgenommen.

Seit dem gelungenen Versuch auf der Strecke Dessau-Bitterfeld gewann der Gedanke der elektrischen Zugförderung immer mehr an Boden. Es wurden auch in Schlesien, Bayern und Baden auf die neue Betriebsart umgestellt. Aber auch hier trat die Kriegszeit der Entwicklung hemmend in den Weg, so daß erst nach dem Kriege eine lebhaftere Ausdehnung des elektrischen Betriebes einsehen konnte. Namentlich in Bayern, wo die Vorbedingungen für eine rasche Ausdehnung der neuen Betriebsart in Folge des Ausbaues der reichlichen Wasserkrafts besonders günstig liegen, machte die neue Betriebsart große Fortschritte. Hier werden zur Zeit die hauptsächlichsten von München ausgehenden Strecken mit einer Gesamtlänge von 660 Kilometer elektrisch betrieben. Dann folgen die schlesischen Strecken von Görlitz bis Breslau nebst Seitenlinien mit einer Gesamtlänge von 310 Kilometer. Der elektrische Betrieb in Mitteldeutschland umfaßt rund 180 Kilometer Streckenlänge. In Baden und im Bezirk Altona werden noch rund 50 Kilometer elektrisch betrieben, so daß zur Zeit bei der Reichsbahn, abgesehen von Vorortlinien, rund 1200 Kilometer Fernbahnen im elektrischen Betrieb stehen; das sind 2,3 Prozent des rund 53.500 Kilometer Streckenlänge umfassenden Netzes der Reichsbahn. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Schweizerischen Bundesbahnen seit Ende 1927 etwa 1500 Kilometer Streckenlänge elektrisch betreiben.

Das mitteldeutsche elektrisch betriebene Bahnnetz steht sonach an Ausdehnung erst an dritter Stelle der elektrischen Zugförderungsanlagen der Reichsbahn. An betrieblicher Bedeutung steht es jedoch den anderen Netzen keineswegs nach. Durchschneidet es doch das verkehrsreiche mitteldeutsche Braunkohlengebiet, wo es die bedeutenden Städte Leipzig, Halle und Magdeburg miteinander verbindet (vergleiche den Uebersichtsplan).

Während sich die süddeutschen Linien auf Wasserkrafts und die schlesischen Linien auf Steinkohle stützen, wird zum Betrieb der mitteldeutschen Strecken die Braunkohle des Bitterfelder Reviers herangezogen.

Das bahneigene Kraftwerk, das die mitteldeutschen Strecken mit Bahnstrom (einfacher Wechselstrom mit niedriger Periodenzahl) versorgt, liegt in der Nähe von Bitterfeld bei Müdenstein. Es hat eine Leistung von 16.500 Kilowatt in 5 Turbinenstromerzeugern. Der mit 3300 Volt Spannung in den Maschinen erzeugte Strom wird zur Herabminderung der Uebertragungsverluste für die Fernleitung auf 60.000 Volt heraufgeholt. Mit dieser Spannung wird der Strom durch eine etwa 100 Kilometer lange Fernleitung, die größtenteils auf den Fahrleitungstragwerken verlegt ist, den drei Unterwerken Bahren, Marke

und Gommern zugeführt. In den Unterwerken wird der Strom durch ruhende Transformatoren auf die Fahrleitungsspannung von 15.000 Volt herabgesetzt, mit der die Fahrleitungen gespeist werden. Das Unterwerk Bahren speist die Strecken Leipzig-Halle, Leipzig-Delitzsch und Bahren-Engelsdorf, das Unterwerk Marke die Strecke Delitzsch-Jerbst und das Unterwerk Gommern die Strecke Jerbst-Magdeburg. Die Fahrleitung ist einpolig ausgeführt, d. h. über jedem Gleis befindet sich nur ein Fahrdrabt, der zur Zuleitung des Stromes von den Unterwerken zum Fahrzeug dient. Nachdem der elektrische Strom in den Motoren der Fahrzeuge keine Arbeit verrichtet hat, fließt er durch die Schienen wieder zum Unterwerk zurück. Die Transformatoren der Unterwerke sind mit den Fahrleitungen über selbsttätige Dehlschalter verbunden, die im Falle einer Störung den betreffenden Streckenabschnitt sofort abschalten, ohne daß der Betrieb auf den übrigen Strecken abgebrochen in Mitleidenschaft gezogen wird. Außerdem sind die Fahrleitungen noch durch Streckenschalter in zahlreiche Unterabschnitte zerlegt, damit Störungen sich nur auf verhältnismäßig kleine Streckenteile auswirken können.

Die Beförderung der Züge geschieht hauptsächlich durch elektrische Lokomotiven. Neuentwickelt werden die von uns bereits beschriebenen Triebwagen verwendet. Einige



Uebersichtsplan der elektrischen Zugförderung Leipzig-Halle und Leipzig-Bitterfeld-Magdeburg.

Lokomotiven stammen noch aus der Vorkriegszeit. Sie sind den derzeitigen gesteigerten Betriebsanforderungen nicht mehr voll gemessen und werden noch im laufenden Jahre durch neue, erheblich leistungsfähigere Lokomotiven ersetzt werden. Die beiden übrigen Lokomotivabteilungen sind neuerer Bauart. Die neuen Lokomotiven sind mit nur einem großen Motor ausgerüstet, der vorübergehend bis zu 3000 PS leisten kann. Diese Lokomotiven sind imstande, Schnellzüge bis zu 650 Tonnen mit 100 Kilometer in der Stunde zu befördern. Ihre Höchstgeschwindigkeit beträgt 110 km/h. Die neuen Güterzuglokomotiven befördern Güterzüge von 1300 bis 2000 Tonnen mit Geschwindigkeiten bis 60 km/h.

Wegen der Kürze der Strecken können sich die Vorteile der elektrischen Zugförderung, die in der höheren Leistungsfähigkeit der elektrischen Lokomotiven begründet sind, für das reisende Publikum nicht stark bemerkbar machen. Immerhin sind beispielsweise bei Einführung des elektrischen Betriebes die Fahrzeiten der Schnell- und Personenzüge auf der Strecke Leipzig-Halle um rund 10 Minuten gekürzt worden, d. h. etwa um 20 Prozent.

Der elektrische Betrieb widet sich nach Ueberwindung der Schwierigkeiten, die mit jeder Neuerung in der ersten Zeit verknüpft sind, im allgemeinen störungsfrei ab. Im Jahre 1927 sind im Kraftwerk Müdenstein 13 Millionen kWh erzeugt worden, womit auf den elektrisch betriebenen Strecken 1,4 Milliarden Brutto-kilometer geleistet wurden. Hierdurch sind rund 45.000 Tonnen wertvoller Steinkohle, die erst von der Ruhr oder aus Oberschlesien herbeigeschafft werden mußten, erspart und durch die heimische billige Braunkohle, die sich aus technischer Eünden zur Lokomotivfeuerung nicht eignet, ersetzt worden. Auch die Ersparnis bei der Unterhaltung und dem Betrieb der elektrischen Lokomotiven ist bedeutend.

Das Erdbeben in Italien

SPD Berlin, 9. März (Radio).

Das Erdbeben in Calabrien hat die Bevölkerung in vielen Orten so eingeschüchtern, daß sie in Befürchtung weiterer Erschütterungen die ganze Nacht im Freien zubachte. In Catanzaro ist es in den Schulen und auch im Gerichtshaus zu Panikszenen gekommen. Nur mit Mühe konnte der Direktor des Gefängnisses eine Meuterei der erregten Häftlinge verhindern. Das Erdbeben war besonders stark in Monte Leone, wo der alte Turm des historischen Klosters eingestürzt ist. In Roccella ist ein Teil des Campanils von St. Vittorio eingestürzt und hat eine Person verletzt. In Sorriano wurden viele Häuser beschädigt, so daß behördliche Hilfe für die Niederreißen häufiger gewordenen Mauern notwendig wurde. Ebenso haben die Häuser von Filandari und St. Onorio gelitten, wo ein Passant durch eine einstürzende Mauer schwer verletzt wurde. In dem erst kürzlich in reizender Lage aufgebauten Dorfe Soverato blieb fast kein Haus unversehrt.

Verfammlungskaender

Freitag, 9. März 1928.

- Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Großschoder, Lindengarten, 20 Uhr.
- Schmiede, Betriebsräte und Vertrauensleute, Volkshaus, 19.30 Uhr.
- Sonnabend, 10. März 1928.
- Bund soz. Freidenker, Ortsgruppe Engelsdorf, Gasthof, 20 Uhr.

Unsere neuen Frühjahrs-Mäntel

zeichnen sich aus durch beste Qualität, elegante Verarbeitung und große Preiswürdigkeit



Seibener Mantel, schwarz, ganz moderne Ausführung

17⁵⁰



Wollrips-Mantel, Jugendl. flotte Machart, schöne Farben

21⁵⁰



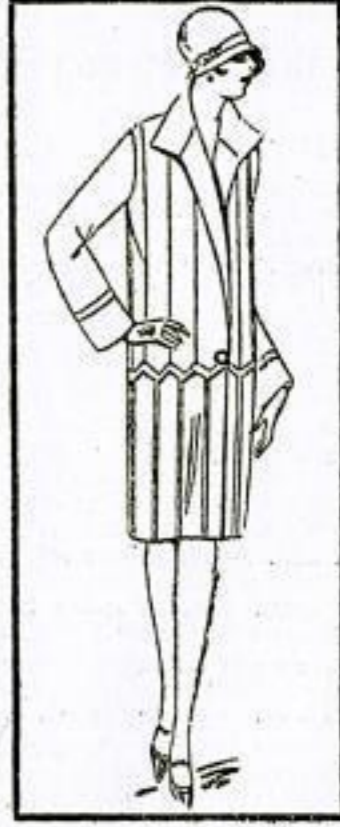
Wollrips-Mantel, hell. Farbe halb auf Seibe gefüllt ...

27⁵⁰



H. Wollrips-Mantel, reiche Eisenverz., halb a. Seibe gef.

31⁵⁰



Eleganter Wollrips-Mantel, ganz auf Seibe gefüllt ...

39⁰⁰

Konsumverein Leipzig-Blagwitz

Blagwitz-Strand, Josephstr. 44-46 / Reudnitz, Dresdner Str. 55 / Abgabe nur an Mitglieder

Roskitten

Wer weiß, daß es in Deutschland einen Landstrich gibt, auf dem sich in wüstenhafter Einsamkeit wandernde Dänen bis zu 60 Meter hoch türmen...

Das ist die faszinierende Rechnung mit ihrer Dale Roskitten. Bienenfisch ein Menschenalter hat Prof. Thienemann — ein Thüringer, der in Leipzig studiert hat — in jener Einsamkeit zugetrachtet...

Keine Angst vor dem reichlich 300 Seiten. Sie sind nicht von Literatur bedient; wurden sie doch abseits einer Blüherlei geschrieben...

Sie erzählt vom Rinde, dem allmählichen Gestalter der Rechnung, der wie eine unsichtbare Hand über die Landschaft fährt und wandelnde Berge baut...

Es ist ja zum Totlachen, was Sie z. B. über die glanzvollen Veranstaltungen der heimischen Schühengilde ausplaudert! Wenn da der modere Hauptmann nach dem Frühstücken, bedubelt wie eine Fimpelkröte...

Dann geht's auf Fahrt: zunächst über Land. Was schaffen da die braunen litauischen Pferdchen vom Wagen oder Schlitzen in unwegsamem Gebiet...

Rechnolle Beiträge zur Zoologie eines wellabgeschützten Häufleins aufeinander angewiesener Menschen, die sich nicht aus dem Weg gehen können...

Das ist ja ein Buch, das man mit Recht als ein Meisterwerk der deutschen Literatur bezeichnen kann...

zung die weißen Häufe, die kamelartige Ransnase und den hohen Widerrist einer starken Kuh erkannte. Was weiß nun Thienemann alles davon zu sagen...

Das Interessanteste freilich bringt der Hauptteil des gemeinverständlichen Wertes; es zeigt Roskitten als Vogelwarte und Professor Thienemann als Forscher...

Die hoch liehen opferstrebige Hände die wohlthätige „Hütte“ Almonhorst erstehen, von Birken umtaucht, inmitten von Dünen, Wald und Meer...

Als eines der stärksten Mittel, nicht in das dunkle Triebleben der Jugend zu bringen, hat sich der Beringungsexperiment...

Soviet Theorien über die Orientierung der Wanderer, da oben ausgelegt worden sind, endgültige Klarheit hat noch keine gebracht...

Das ist ja ein Buch, das man mit Recht als ein Meisterwerk der deutschen Literatur bezeichnen kann...

Das ist ja ein Buch, das man mit Recht als ein Meisterwerk der deutschen Literatur bezeichnen kann...

Das ist ja ein Buch, das man mit Recht als ein Meisterwerk der deutschen Literatur bezeichnen kann...

Das ist ja ein Buch, das man mit Recht als ein Meisterwerk der deutschen Literatur bezeichnen kann...

handen, aber freilich nicht vorherrschend. — Mit einem Adagio im Sogkopenhagener beginnt die Einleitung leise in den Cello und Flöten. Erst dann geht der Meister zum kräftigen Hauptthema über...

In den Variationen benutzte Reger ein Thema aus der A-Dur-Jugendsonate von Mozart. Er schrieb darüber acht Variationen und eine Fuge...

Die Regensburger Musikschule hat sich in etwas derber Form äußert. Das zweite Thema (Trio) ist dagegen ruhig und ernst...

Die Regensburger Musikschule hat sich in etwas derber Form äußert. Das zweite Thema (Trio) ist dagegen ruhig und ernst...

Die Regensburger Musikschule hat sich in etwas derber Form äußert. Das zweite Thema (Trio) ist dagegen ruhig und ernst...

Die Regensburger Musikschule hat sich in etwas derber Form äußert. Das zweite Thema (Trio) ist dagegen ruhig und ernst...

Die Regensburger Musikschule hat sich in etwas derber Form äußert. Das zweite Thema (Trio) ist dagegen ruhig und ernst...

Kleine Chronik

Preisaus schreiben für Operntexte. Das stärkste und gefährlichste Hindernis für die Popularität der Oper heute ist der Mangel an brauchbaren Textentwürfen...

Königliches Verbot für „Metropolis“. Fritz Langs „Metropolis“ wurde eine Woche lang in Rom vor ausverkauftem Haus gesperrt...

Keine Psychoanalyse auf den französischen Eisenbahnen. Die französische Eisenbahnverwaltung verbietet das in Frankreich übertriebene Werk von Sigmund Freud...

Rundfunkchor. Wieder einmal ein Arbeiterchor im Rundfunk. Am Sonntag, dem 11. März, 16 Uhr, singt der Gesangsverein Gutenberg bei der Mitzg...

Sinfoniekonzert des ABS

Sonntag, den 11. März, 11 Uhr, in der Albertshalle. Es kommen zwei größere Werke zu Gehör, von Anton Dvorak (sprich Dwořak) die E-Moll-Sinfonie Nr. 5 op. 95...

Leben und Sterben von Sacco und Banzetti

9 | Von Eugen Lyons.

Deutsche Zeitungsgesellschaft: Ernst Engel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 9.

Eine ungeheure offizielle Propagandamaschine wurde in Washington organisiert, die es nur zu gut gelang, Kriegshysterie und Haß zu entfachen...

Dieser ungeheure Apparat, der für die Jagd auf Kriegsspione geschaffen war, wurde nun zur Bekämpfung der fortschrittlichen Teile der Arbeiterbewegung eingesetzt...

Die Bureaucratie des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes beilegte sich auf diesen Kreuzzügen gegen die Radikalen. Mitglieder der „Industriearbeiter der Welt“ wurden verhaftet...

Der Donner der Revolution, der das Kanonengebrüll in Europa überlärte, steigerte die Furcht der Kapitalisten und damit die Verfolgungen der revolutionären Arbeiter in den Vereinigten Staaten...

In diesem Wirbel von Furcht und Haß war die eingewanderte Bevölkerung der Vereinigten Staaten den schwersten Schlägen ausgesetzt. Die eingeschüchterte fremdsprachliche Presse überschlug sich in Loyalitätsbetuerungen...

Der rabidale Minderheit erschien der Krieg nur als mörderischer Raubzug um die Güter der Welt. In dem die Arbeitermassen der Nacht- und Geldspäter ihrer Ausbeuter gewiffert wurden...

* Charles F. Beard und Mary Beard: „Entwicklung der amerikanischen Zivilisation“, Neugot, 1927.

Mutigen unter ihnen widersetzten sich der Kriegsmaschine. Sie lehnten es ab, sich an diesem millionenfachen Morden zu beteiligen. Im Mai 1917 ging eine Gruppe italienischer Arbeiter nach Mexiko...



Richter Thayer.

beiteten, wenn sie Gelegenheit hatten, und teilten jeden Bissen Brot miteinander. Banzetti fand in einer Bäckerei Beschäftigung, und oft nahm er seinen Lohn in Form von Brot, um es mit seinen Freunden zu teilen.

Nach und nach ging einer nach dem anderen wieder zu seiner Familie und zu seiner Arbeit zurück. Auch Sacco kehrte zu Romina und seinem Sohn Dante nach Stoughton, Massachusetts, zurück...

Banzetti zog wieder zu seinen Freunden, den Frinks. Er fand Gelegenheitsarbeit als ungelernter Arbeiter. Im Frühjahr 1919, als seine Freunde sich wegen seiner mangelnden Gesundheit Sorgen

machten, kaufte er sich ein Mägelchen, Mägelchen und andere Kleinigkeiten von einem Fischhändler, der nach Italien zurückging, und begann einen Fischhandel.

„Nun wollen wir sie drehen!“ Der Krieg „für Demokratie“ wurde durch den Kaufvertrags von Versailles abgeschlossen. Die komplizierte Regierungskontrolle des ganzen Lebens ließ allmählich nach...

Lange noch nach dem Waffenstillstand wurde das Spionage- und Aufruhrgeheiß gegen die Arbeiterklasse angewandt. Albert S. Burleson übte nach wie vor die Zensur der Presse aus...

Der während des Krieges systematisch aufgeschüttete Haß suchte irgendein Ventil. Die heimkehrenden Soldaten, die zum Leben gebrückt, aber an der Ausübung ihres Handwerks durch den Waffenstillstand verhindert wurden...

Die während des Krieges systematisch aufgeschüttete Haß suchte irgendein Ventil. Die heimkehrenden Soldaten, die zum Leben gebrückt, aber an der Ausübung ihres Handwerks durch den Waffenstillstand verhindert wurden...

Der während des Krieges systematisch aufgeschüttete Haß suchte irgendein Ventil. Die heimkehrenden Soldaten, die zum Leben gebrückt, aber an der Ausübung ihres Handwerks durch den Waffenstillstand verhindert wurden...

Der während des Krieges systematisch aufgeschüttete Haß suchte irgendein Ventil. Die heimkehrenden Soldaten, die zum Leben gebrückt, aber an der Ausübung ihres Handwerks durch den Waffenstillstand verhindert wurden...

Der während des Krieges systematisch aufgeschüttete Haß suchte irgendein Ventil. Die heimkehrenden Soldaten, die zum Leben gebrückt, aber an der Ausübung ihres Handwerks durch den Waffenstillstand verhindert wurden...

Der während des Krieges systematisch aufgeschüttete Haß suchte irgendein Ventil. Die heimkehrenden Soldaten, die zum Leben gebrückt, aber an der Ausübung ihres Handwerks durch den Waffenstillstand verhindert wurden...

(Fortsetzung folgt.)

Sichere Bürgschaft
für
gute Waren
bietet das
bewährte Haus

Herren-Anzüge modern, 1- und 2reihige Formen in Cheviot-, Gehärding- und Kammgarn-Stoffen	23⁵⁰
Herren-Mäntel 2reihig, mit Rücken- oder Rundgürt, moderne Farben	28⁵⁰
Herren-Covercoats auf prima Sattella gefüttert, vorzügliche Qualitäten	33⁵⁰
Herren-Sport-Anzüge elegante Ausführung mit Bre- ches, Knickerbocker oder langer Hose	27⁵⁰
Konfirmanten-Anzüge 1- und 2reihig, aus guten blauen und farbigen Kammgarn- und Cheviot-Stoffen	19⁵⁰
Herren-Hosen strapazierfähige Qualitäten in farbig und gestreift	3⁹⁵
Herren-Wind-Jacken vorzügliche imprägnierte Quali- täten mit Quetschhalte, Rücken- oder Rundgürt	9⁸⁰
Knaben-Anzüge u. Mäntel in reichhaltiger Auswahl und sehr aperten Formen	7⁵⁰

Jailpon

Zeitzer Straße
9
Die große Ecke



Ein Vergleich

Wie der Staubsauger durch bloßes Saugen den Staub entfernt, so zieht Suma durch seine wunderbare Sprudelwirkung schon beim Kochen allen Schmutz aus der Wäsche.

Das verdankt Suma neben seinem hohen Seifengehalt seiner ganz neuartigen Zusammensetzung. Es entwickelt beim Kochen einen lebendigen Strom von Seifenbläschen, die den Schmutz förmlich herauspülen. — Betrachten Sie die Lauge nach dem Kochen, und beachten Sie wie viel mehr Schmutz Suma aus der Wäsche herausgeholt hat als andere Waschmittel!

Suma macht Waschbrett und Bürste überflüssig und gibt ohne schädliche künstliche Bleichwirkung eine blauenreine Wäsche. — jedes Fädchen unversehrt!

SUNLICHT GES. MANNHEIM

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsauschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig
Gruppenveranstaltungen:
Stattatoure und Puffer Montag, den 12. März, 17.30 Uhr, im Volkshaus.
Mauer Dienstag, den 13. März, 19 Uhr im Volkshaus. Tagesordnung wird in den Versammlungen bekanntgegeben. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Zeitungen.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Leipzig Tel. 34121 u. 34011 Geschäfts, vorm. v. 9-12 Uhr nachm. 1/5-1/7 Uhr Sonntags vorm. 9-12 Uhr
Offen Montag, den 12. März, 19 Uhr, **Funktionärsversammlung** in der Grünen Aue, Anger, Bernhardtstraße 26.
Bautlempner Freitag, den 16. März, 20 Uhr, **Vollversammlung** im Volkshaus.

Freude und Leid
verkündet Verwandten und Bekannten die
Familien-Anzeige

Familien-Nachrichten

Am 6. März verschied nach langem, schwerem Leiden im 82. Lebensjahre unsere gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter
Johanne Jeché
Ihr Leben war nur Arbeit!
Leipzig, Bunzlau, Neukölln,
Bayersche Straße 87.
In tiefem Schmerz
Louis Jahrmarkt und Frau geb. Jeché
nebst Angehörigen.
Beerdigung Sonnabend, den 10. März, nachm. 1/3 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus

Nach kurzem schweren Leiden verschied in der Nacht zum Donnerstag im Krankenhause St. Jakob meine liebe Frau unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter
Selma Wagner geb. Schladitz
im 57. Lebensjahre
Leipzig-Bo., den 8. März 1928
Geburtsjahr 33.
In tiefer Trauer
Otto Wagner
nebst allen Hinterbliebenen
Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. März, nachm. 14.30 Uhr im Altertore des Südfriedhofs statt. Blumenpenden dankend abgelehnt.

Speisezimmer, Herrenzimmer
Schlafzimmer, Küchen, noch wirtlich
lehr billig. **Möbel-Müller**,
Grümmacher Steinweg 10. I.

Unser großer Verkauf
während des
Erweiterungshaues
bietet Ihnen zur **Konfirmation** die größten **Vorteile**, welche Sie unbedingt wahrnehmen müssen.
Hier nur einige Beispiele:
Für die Konfirmandin:
Taghemden pa. Hemdentuch, reichliche Stückerel, volle Weiten **1.20**
Prinzebrücke und Hemdhosen in Qualität, in großer Auswahl **2.45**
Garnituren 3teilig, Hemd, Beinkleid, Prinzebrück, reichliche Stückerel **7.90**
Nachjacken aus gutem Hemdentuch, besonders preiswert **1.65**
Strümpfe schwarz und alle Modelfarben **39**
Für den Konfirmanden:
Normal-Hemden mit Doppelbrust, pa. vollgenischt **1.50**
Oberhemden aus prima Hemdentuch, Zephyr und Perkal **3.75**
Schlosser-Anzüge prima Körperware **5.25**
Sommerjoppen und Windjacken wasserdicht imprägniert **4.35**
Socken schwarz und braun, haltbare Qualität **38**
Kleiderstoffe
Schürzen
Jacken
Lumberjacks
in
allerneuesten Eingängen
besonders **billig!**
Kaufhaus Gebr. Fried
Windmühlenstraße 1-5, gegenüber der Markthalle.

Außergewöhnliche Angebote
in moderner
Herren- und Damen-Konfektion
Konfirmanten-Kleidung
auch auf
Teilzahlung
Brecher
Richard-Wagner-Str. 12

ZU SEHR BILLIGEN PREISEN -- UND -- TROTZDEM -- AUF --
Möbel
TEILZAHLUNG
1/10 ANZAHLUNG
24 MONATS RATEN!
Küchen-Schlafzimmer
Speise- u. Herrenzimmer
Teppiche u. Linoleum
Korbmöbel-kleinstmöbel
Einzelmöbel
Polstermöbel

Stante ohne Anzehlung | Kredit auch nach Auswärts
PETER & Co
KATHARINEN - STR. 1, II
Schreibtische
von **65.00** an
Bücherstände in niedrigen Preislagen
Eisenstraße 57, Jürgersche Schreibstiftfabrik.

Dienstag, den 6. März, verschied durch Unglücksfall unser lieber guter Vater, Schwieger- und Großvater
Friedrich Leinitz
Leipzig C 1,
Friedrich-Wilhelm-Str. 14 II.
Seine trauernden Kinder.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 10. März, 14 Uhr, auf dem Trinitätsfriedhof statt

Bereit sein, ist alles
Im Leben. Dazu gehört heute unbedingt auch die Kenntnis über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik. Diese Kenntnis vermittelt in fesselnder Form die illustrierte Wochenschrift „Die Umschau“. Verlangen Sie kostenlos das Probeheft 10 vom Verlag der Umschau in Frankfurt a. Main, Niddastraße 81/83. Die Umschau ist seit 90 Jahren auf dem Gebiete das beste Blatt
in der Welt!

